

Wortprotokoll zu TOP 7 EP 27

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

87. Sitzung
17. Oktober 2025

Beginn: 10.07 Uhr
Schluss: 18.02 Uhr
Vorsitz: Stephan Schmidt (CDU)

Vorsitzender Stephan Schmidt: Wir kommen jetzt zu

Punkt 7 der Tagesordnung

Fortsetzung der Haushaltsberatungen 2026/2027 (1. Lesung)

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2627

[2400](#)
Haupt(f)

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2026 und 2027
(Haushaltsgesetz 2026/2027 – HG 26/27)**

hierzu:

**Austauschseiten im Band 7 –
Drucksache 19/2627-1
Kapitel 0730, Titel 52135 und 54059**

[2400-1](#)
Haupt

Mitberaten werden:

- a) Vorlage – zur Kenntnisnahme –
Drucksache 19/2626 [2401](#)
Finanzplanung von Berlin 2025 bis 2029
(überwiesen gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs auf Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) Haupt
- a1) Bericht SenStadt – IV A 16 – vom 31.07.2025 [2131 G](#)
Investitionsprogramm 2024 bis 2028
Eigenkapitalzuführung an landeseigene
Wohnungsbaugesellschaften für die Förderung des
Wohnungsbaus
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen
(Berichtsauftrag aus der 72. Sitzung vom 19.02.2025) Haupt
- a2) Bericht SenFin – II A – vom 04.09.2025 [1941 C](#)
Disponibilitätsindex (Finanzplanung 2024-28)
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025) Haupt
- b) Bericht SenFin – Fin II B 13 WT – vom 25.08.2025 [2400 A](#)
IKT-Titelliste 2026/2027 Haupt
- c) Bericht SenFin – II B 13 WT – vom 27.08.2025 [2400 B](#)
FM-Titelliste 2026/2027 Haupt
- d) Vertraulicher Bericht SenFin – I A 12 – vom [2222 B](#)
12.06.2025 Haupt
Kreditermächtigungen gemäß § 3 Abs. 3
BerlSchuldenbremseG für die Jahre 2025 und 2026
für die als Extrahaushalte eingestuft
Landesunternehmen
hier: Nachfragen zur Kredithöhe zum 31.12.2024
sowie zur BEN
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025) Vertrauliche
Beratung
- e) Bericht SenFin – Fin II B Ne – vom 21.08.2025 [2379](#)
Bericht zu doppelt veranschlagten
Verpflichtungsermächtigungen für den
Doppelhaushalt 2026/2027
(Berichtsauftrag aus der 79. Sitzung vom 02.07.2025) Haupt

- f1) Bericht SenFin – II A – vom 15.06.2025
Möglichkeiten der Schuldenaufnahme für den Klimapakt
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025) [1872 C](#)
Haupt
- f2) Vertraulicher Bericht SenFin – I A 1 – vom 28.07.2025
Klimapakt
(Berichtsauftrag aus der 69. Sitzung vom 04.12.2024 und 65. Sitzung vom 04.09.2024) [1872 D](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung
- f3) Vertraulicher Bericht SenFin – I A 1 – vom 02.10.2025
Entwurf des Klimapakts 2025-2030 – Gemeinsame Erklärung des Landes Berlin und bedeutender Landesunternehmen zur beschleunigten Erreichung ihrer Klimaschutzziele
(Berichtsauftrag aus der 81. Sitzung vom 17.09.2025) [1872 E](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung
- g) Bericht SenFin – II B Ne – vom 17.08.2025
Budgetübersichten nach Politik- und Querschnittsfeldern für den Haushaltsplanentwurf 2026/2027
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025) [2376](#)
Haupt
- h) Bericht SenFin – Fin II LIP 6 / II BfdH (V) – vom 20.08.2025
Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) Controlling 2025 (Statusbericht)
(Berichtsauftrag aus der 73. Sitzung vom 05.03.2025) [2377](#)
Haupt
- i) Bericht SenFin – II F 24 – vom 03.09.2025
Neue Praxis zur Veranschlagung von Investitionsmaßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 72. Sitzung vom 19.02.2025) [1905 H](#)
Haupt

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke

A. Bezirke (Anhörung)

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenFin – Fin – II H 14 – 25.08.2025 [2383](#)
Fortschreibung der Globalsummen-Zuweisung Haupt
2026/2027
(in der 80. Sitzung am 10.09.2025 über die Konsensliste
zur Sitzung am 17.10.2025 zurückgestellt)
- b) Bericht SenFin – II H 11 – vom 18.08.2025 [2157 F](#)
Kalkulation der Bezirkshaushalte/ rechtliche Folgen Haupt
von Haushaltssperren in den Jugendämtern
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025)
(in der 80. Sitzung am 10.09.2025 über die Konsensliste
zur Sitzung am 17.10.2025 zurückgestellt)
- c) Bericht SenFin – II A 21 – vom 08.10.2025 [1936 E](#)
Statusbericht per 30.06.2025 Haupt
hier: Verrechnungszeiträume aus dem
Länderfinanzausgleich, Transferausgaben,
Globalsummenberechnung und Gewinnabführung
bei den Berliner Wasserbetrieben
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025)
- d) Bericht SenASGIVA – III F 2.5 – vom 18.09.2025 [2353 A](#)
Fragen zur sozialen Infrastruktur im Sozialraum für Haupt
Unterkünfte für Geflüchtete des LAF
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025)
(in der 82. Sitzung am 19.09.2025 zur Sitzung am
17.10.2025 vertagt)
- e) Bericht SenKultGZ – I D 1 – vom 26.06.2025 [1813 A](#)
Bibliotheksentwicklung – Bericht 2025 Haupt
gemäß Auflage B. 148 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25
(vom UA BezPHPW dem Hauptausschuss zur Beratung
in der Sitzung am 17.10.2025 zur Verfügung gestellt)
- f) Bericht SenASGIVA – III B 1.4 – vom 02.10.2025 [2445](#)
Zukunftsmodell für die Steuerung und Finanzierung Haupt
der Eingliederungshilfe
(Berichtsauftrag aus der 32. Sitzung des UA BezPHPW
vom 12.03.2025)

Ich weise darauf hin, dass die Bezirkshaushaltspläne mit den roten Nummern 2400 E bis 2400 P vorliegen und dem Unterausschuss BezPHPW über die Konsensliste zur Vorberatung überwiesen worden sind. Sie werden am 24. November 2025 im Rahmen der Nachschau im

Unterausschuss BezPHPW sowie am 5. Dezember bei der zweiten Lesung des Einzelplans 27 beraten. Berichte, die in der heutigen Sitzung angefordert werden, werden grundsätzlich rechtzeitig zur Nachschau und Beratung der Bezirkshaushaltspläne im Unterausschuss BezPHPW am 24. November 2025, also spätestens zum 17. November 2025 und möglichst als Sammelvorlage, an den Hauptausschuss erbeten.

Ich rufe die Bezirke einzeln auf und bitte dann die Bezirksbürgermeister oder Bezirksbürgermeisterinnen um ihre Stellungnahme zu dem Doppelhaushalt 2026/207, insbesondere betreffend den Einzelplan 27. Circa 5 Minuten sind dafür zeitlich angesetzt; darauf werde ich achten. In der Reihenfolge hatten wir uns unter den Sprecherinnen und Sprechern darauf verständigt, dass der Bezirk Lichtenberg aufgrund einer Terminlage vor dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg aufgerufen wird. – Die Berichte unter a) bis f) laufen mit und können gern direkt bei den einzelnen Bezirken angesprochen werden. Wir nehmen sie am Schluss zur Kenntnis, wenn nichts anderes beantragt wird. Soweit Fragen an den Senat – also an SenASGIVA und SenKultGZ – zu mitlaufenden Berichten bestehen, bitte ich darum, diese schriftlich einzureichen bis Montag, 12 Uhr. Sie werden dann für die zweite Lesung beantwortet.

Ich hatte jetzt zunächst einmal die Wortmeldung des Kollegen Ziller gesehen, dann Kollege Goiny. – Bitte schön, Herr Ziller!

Stefan Ziller (GRÜNE): Ich wollte nur noch einmal sicherstellen, dass der Bericht unter f), also die rote Nummer 2445, auch zur zweiten Lesung des Einzelplans 11 mitgenommen wird. Zum Bundesteilhabegesetz sind, glaube ich, sonst hier nicht die richtigen Akteure, um den Bericht umfassend zu diskutieren. – Und ich will jetzt schon einmal ankündigen: Wir haben zu ein paar Themen Fragen, die wir auch zur Nachschau schriftlich einreichen würden, also vor allem so Zahlenfragen, die wir jetzt hier nicht in großer Runde besprechen wollen, die wir im Unterausschuss noch nicht eingereicht haben. Die würden wir schriftlich haben zu der PMA, die am Ende der jeweiligen Haushalte steht, zur Tarifvorsorge, zu PEP-Mitteln. Das reichen wir schriftlich ein. Das wollte ich nur einmal ankündigen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Dann ist das schon einmal so festgehalten, und dass der Bericht unter f) beim Einzelplan 11 mit aufgerufen wird in der zweiten Lesung. Ich denke, da besteht auch Konsens. – Herr Kollege Goiny bitte, Ihre Wortmeldung!

Christian Goiny (CDU): Da kann ich mich gleich anschließen für die CDU-Fraktion: Auch wir würden bis Freitag noch einige schriftliche Berichtsbitten einreichen zu Themen, die jetzt noch nicht im Unterausschuss Bezirke diskutiert worden sind. Das betrifft insbesondere die Bezirke Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg, Tempelhof-Schöneberg, Steglitz-Zehlendorf und Treptow-Köpenick.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön, Herr Kollege! – Herr Kollege Wiedenhaupt, bitte!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Wegen der Terminlage: Bis Freitag? – Ansonsten würden wir ankündigen, auch noch schriftliche Berichtsaufträge zu den Bezirken Mitte und Treptow-Köpenick und Friedrichshain-Kreuzberg nachzureichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Bis Montag, 12 Uhr. – Gut, dann können wir in die Anhörung eintreten, und ich beginne mit dem Bezirk

01 - Mitte

Mitberaten wird:

Bericht BA Mitte – Fin 1 100 – vom 30.07.2025
**Quartalsbericht (I 2025) – über die eingegangenen
Verpflichtungen und die daraus resultierenden
Verbindungen
hier: Bezirksamt Mitte**
(Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 02.06.2025)
(in der 80. Sitzung am 10.09.2025 über die Konsensliste
zur Sitzung am 17.10.2025 zurückgestellt)

[1830 I](#)
Haupt

Ich begrüße Frau Bezirksbürgermeisterin Remlinger an alter Wirkungsstätte hier im Hauptausschuss und auch ihre Mitarbeiterinnen bei uns, und erteile Ihnen gern das Wort für eine fünfminütige Stellungnahme. – Bitte schön, Frau Bezirksbürgermeisterin!

Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger (BA Mitte): Vielen herzlichen Dank! – Ich möchte zunächst sagen, dass mir durchaus klar ist, dass man uns Bezirke hätte schlechter behandeln können in den letzten Haushaltsrunden. Sie verstehen aber sicher, dass ich trotzdem die sehr prekäre Lage der Bezirke deutlich machen möchte – gerade angesichts der Tatsache, dass wir oft das Gefühl haben, dass die Senatsverwaltungen schlecht einordnen können, was wir alles tun und auch die vollkommen anders gelagerten Haushalte der Bezirke schlecht eingeordnet werden können. Summen, die für Sie vielleicht wirklich lächerlich klein scheinen, haben für uns schon Dimensionen, in denen wir nicht wissen, wie wir weitermachen sollen.

Wir sprechen aus unserer Sicht – aus meiner Sicht, aus der Sicht meiner grünen Kolleginnen und Kollegen, aber ich glaube auch sagen zu dürfen, wahrscheinlich aller Bezirksbürgermeisterinnen und -bürgermeister – von einer strukturellen Unterfinanzierung, die das eine Hauptproblem darstellt. Ich werde versuchen, das ein bisschen zu erläutern: Einmal gibt es die Unterfinanzierung und dann das große Problem, dass wir viel zu leitliniengebunden sind, um überhaupt sinnvoll sparen zu können. Die Unzuverlässigkeit, mit der unsere Finanzierung erfolgt, bedeutet, dass wir ständig Überraschungen ausgesetzt sind, wo wir nachhaltig arbeiten müssten, und dass wir tatsächlich wie immer Grund haben, über Konnexität zu sprechen, also über die Frage: Wer bestellt, muss auch bezahlen. – Das möchte ich am Thema New Work dann deutlich machen.

Zur Unterfinanzierung bewegt mich nicht nur die Tatsache, dass wir mit dem Ist 2024 fortgeschrieben sind, dass eben lange nicht alle von uns nicht steuerbaren Kostensteigerungen abgebildet sind. Mich bewegt auch – und gerade das sollten Sie im Kontext der Beratung des neuen Finanzierungssystems für die Bezirke bitte im Kopf haben: Ja, wir haben als Bezirksbürgermeisterinnen und -bürgermeister alle gesagt, dass uns die Sonderprogramme nerven. Ich sehe, dass der Senat beginnt, die Sonderprogramme rückzubauen. Sie müssen aber bitte im Kopf haben, dass jedes Sonderprogramm auf eine Unterfinanzierung der Bezirke in dem Bereich zeigt, in dem dann über ein Sonderprogramm versucht wurde, die größten Wunden zu

heilen. Unser Punkt war also, dass Sonderprogramme gestrichen werden, ohne dass das Geld dann in die Bezirke geht, was wesentlich effizienter wäre, als das über Sonderprogramme zu machen. Das Geld ist dringend notwendig.

Ich kann das deutlich machen an einem mich unglaublich schmerzenden Thema, das ich unfassbar finde, auch politisch. Vor zwei Jahren hatten wir den Sicherheitsgipfel, und es ist uns gelungen, dank dieser zusätzlichen Mittel gegen die organisierte Kriminalität im Wedding, am Leopoldplatz, vorzugehen – ich sage mal, es waren Mittel, die wir nicht hatten, weil wir für Prävention, für Vorbeugung selbstverständlich keine Mittel bekommen, weil es dafür kein Produkt gibt. Das haben wir mit Erfolg getan, mit unglaublich effizientem Mitteleinsatz, wo sich jeder Euro mindestens vierfach ausgezahlt hat. Dass man dann nach zwei Jahren sagt: Ja, das war jetzt eine politische Sau, die wir durchs Dorf getrieben haben, und das hauen wir jetzt wieder weg –, solche Dinge sind unfassbar und frustrieren nicht nur die Bevölkerung, sondern zerstören unsere Netzwerke, zerstören alles, was man erarbeitet hat und demotivieren unsere Mitarbeiter enorm.

Strukturelle Unterfinanzierung möchte ich aber auch deutlich machen an den großen Kostenbrocken, über die wir neu reden müssen, Stichwort Hilfen zur Erziehung. Ich glaube, dass der Arbeitsprozess, der stattgefunden hat, um die fraglos zu bearbeitende Kostenexplosion bei den sozialen Kosten in den Griff zu bekommen, und diese Bemühungen richtig sind. An den Bemühungen hat sich mein Bezirk auch sehr aktiv beteiligt. Dennoch glauben wir, dass gerade dieser Prozess herausgearbeitet hat, wie gering die Steuerungsfähigkeit der Bezirke bei diesen gesetzlichen Ansprüchen der Familien ist, wie bei anderen auch. Wie der Finanzsenator selber gesagt hat: Eigentlich müsste der Bund bei vielen dieser Transferkosten Regeln ändern. Da möchte ich sehr, sehr deutlich sagen, dass die Steuerungsfähigkeit von 50 Prozent, die uns Bezirken da zugemutet wird – Steuerungsfähigkeit heißt: 50 Prozent sollen wir selber zahlen –, einfach eine versteckte Spardose für das Land und eine sehr deutliche strukturelle Unterfinanzierung für uns als Bezirke ist.

Mich bewegt außerdem sehr, dass sich der Senat offensichtlich aus dem öffentlichen Raum zurückzieht. Ich darf Ihnen mitgeben: Ich mache mir große Sorgen um die City Ost, nicht nur um den Leopoldplatz, sondern auch darum, dass wir eine Verwahrlosung sehen werden, wenn die „Saubere Stadt“ halbiert wird, wenn die Grünflächenpflege so unterfinanziert ist, dass wir die Grünflächen nicht sauber halten können, nicht genug Bäume gepflanzt werden können und so weiter. Das werden meine Kollegen auch noch ausführen.

Letztes Thema, das mir wichtig ist: Das Land hat uns aufgegeben, dass wir Büroflächen zu reduzieren haben. Wir haben uns sehr gerne auf den Weg gemacht, und wer möchte, dem kann ich gerne unsere Projektstruktur, die wir für New Work aufgesetzt haben, vorlegen. Wir sind Pilotbezirk, ich sage mal, der erste von vielen Pilotbezirken, aber dennoch haben wir uns auf den Weg gemacht zu sagen: Ja, wir wollen. – Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in verschiedenen Geschäftsbereichen wollen New Work. Sie wollen anders arbeiten, sie wollen zeitgemäße Arbeitswelten, sie sind bereit, zusammenzurücken, sie haben verstanden, dass wir sparen müssen. Wir haben ein Commitment, dass wir lieber an Flächen sparen als an Personal, aber wenn Sie uns nicht die Instrumente geben, um dann wirklich New Work machen zu können, dann beißt sich hier wieder etwas in den Schwanz, wo ich die Steuerungsfähigkeit für Prozesse reklamiere, dass die nicht vorhanden ist. New Work bedeutet nicht nur, dass zwei Menschen sich einen Schreibtisch teilen. New Work bedeutet, dass wir die digitalen Arbeitsmöglichkeiten brauchen; New Work bedeutet, dass wir Arbeitswelten auch vom Mobiliar,

vom Zusammenschnitt der Räume und so weiter umgestalten, um dem gerecht zu werden, dass wir eben völlig veränderte Arbeitswelten haben. Es funktioniert nur, wenn wir diesen Prozess auch so machen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich auch motiviert sehen zu sagen: Okay, vielleicht habe ich ja was davon, vielleicht kriege ich ja jetzt endlich mal dieses digitale Collaboration Tool, vielleicht können wir mal ein Raumbuchungssystem einführen, vielleicht kann ich mal meine Zeiterfassung digital machen und muss nicht immer Zettel ausfüllen. – Erst dann können wir auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erstens motivieren, sich auf diesen Flächenreduzierungsprozess einzulassen, und können sie zweitens aber vor allem trotz dieses Prozesses auch halten.

Haltemanagement ist für uns Bezirke, glaube ich, die wichtigste Aufgabe im Personalbereich, der wir uns alle stellen müssen, weil wir im Moment gar nicht so schnell einstellen können, wie wir Leute wieder verlieren. Deshalb ist das für uns ein hochsensibler Prozess. Ich habe dazu einen Vorschlag gemacht, mit dem wir angesichts der Haushaltslage des Landes gar nicht mehr Geld bräuchten. Es ist aber so, dass wir gar nicht in Mobiliar und digitale Tools investieren können und dass auch – was mich sehr entsetzt – die Zusage, dass wir eine Low-Code-Plattform als Basisdienst kriegen, Intrexx war der Name, zurückgezogen worden ist. Intrexx bräuchten wir furchtbar dringend. Jedenfalls könnten wir das im Zweifel ja alles zahlen, wenn Sie uns nicht überall – da komme ich eben auf mein Thema Leitlinien zurück – solche Bindungen aufgeben würden, dass wir eben nicht zwischen Mittel hin- und her-switchen können. Wenn wir eine gewisse Deckungsfähigkeit zwischen Investitionsmitteln und Bauunterhaltung hätten in Richtung New Work, dann bräuchten wir gar nicht mehr Geld für ein Gebäude, das man baut, eine Millioneninvestition. Das sind Riesensummen im Vergleich zu dem, was wir bräuchten, um uns wirklich auf den Weg machen zu können. Ich bitte Sie ganz, ganz dringend: Wir brauchen die digitalen Möglichkeiten. Ich finde es nicht sinnvoll, dass jeder Bezirk sich das einzeln anschafft, aber wir brauchen die Möglichkeit, New Work zu machen. Wir brauchen die Möglichkeit, überhaupt Flächen einzusparen, ohne dass wir alle Mitarbeiter verlieren. – So viel von mir. Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön, Frau Bezirksbürgermeisterin! – Dann rufe ich die vorliegenden Wortmeldungen auf, und wir beginnen mit dem Kollegen Ziller. – Bitte schön!

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich glaube, wir haben das in den letzten Haushaltsberatungen auch immer schon festgestellt, dass die tatsächlich flexibel steuerbaren Anteile der Bezirkshaushalte deutlich unter den Summen sind, die insgesamt in die Bezirke gehen. Ich bleibe dabei und werbe weiter dafür, dass wir mit den Bezirkshaushalten in gewisser Weise auch mehr Transparenz schaffen – sowohl für die Öffentlichkeit als auch für die BVVs – und gucken, was an Mitteln auch anderweitig organisiert werden kann. Wir haben immer die HZE-Diskussion. Ich finde weiterhin überlegenswert, dass man die Summen, die da bei den HZE entstehen, aus dem Landeshaushalt durchschleift, wie das in Hamburg auch ist, und die Steuerung, die in den Bezirken ist, über Zielvereinbarungen und andere Instrumente regelt, aber nicht über solch einen Klopfer alle zwölf Bezirke in Geiselhaft nimmt und damit die Bezirkshaushalte auch nicht steuerbar macht und in den Bezirken dann Verschiebungen entstehen, die irgendwie auch nicht mehr richtig erklärbar sind. Ich gehe davon aus, dass der Senat da in dieser Legislatur nichts mehr machen wird. Ich glaube aber, dass wir irgendwann zu so einem Punkt kommen müssen, dass wir über das, was sich steuern lässt, auch reden, und mit dem, was sich nicht steuern lässt, nicht andere Sachen in Geiselhaft nehmen.

Ich würde gern den Punkt New Work noch einmal aufnehmen und vielleicht noch einmal konkret nachfragen: Was hilft denn am Ende mehr, mehr Geld oder dass die Senatsverwaltungen ihren Job machen und die digitalen Tools und Fachverfahren weiterentwickeln? – Wir haben im Digitalausschuss gelernt, dass genau diese ganzen Zentralisierungssachen weggefallen sind: Das Kollaborationstool gibt es nicht, die Low-Code-Plattform gibt es nicht, die zentrale Steuerung ist bei vielen Sachen den Haushaltseinsparungen zum Opfer gefallen. Am Ende sind aber die Senatsverwaltungen für die Digitalisierung der Tools zuständig, die Sie und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dann in den Bezirken brauchen. Insofern: Gibt es Sachen, die Sie mit Geld sozusagen retten könnten als Bezirke, oder glauben Sie, dass die Hauptaufgabe ist, dass die Senatsverwaltungen an der Stelle endlich ihren Job machen, damit in den Bezirken medienbruchfrei gearbeitet werden kann?

Wir haben die Beispiele ja immer wieder gehört: In den Sozialämtern kommt der digitale Antrag als pdf-Antrag an, und dann muss er händisch ins Fachverfahren übertragen werden. Dann steht in den Berichten, die wir kriegen: Jetzt dauert es noch acht Monate, die digitale Akte an die Fachverfahren anzuschließen –, und all diese Baustellen. Und am Ende haben Sie die Beschäftigten, die damit gebunden sind und nicht ihre eigentliche Arbeit machen können. Insofern: Vielleicht können Sie einen Hinweis geben, wie wir da weiterkommen und was es an Geld – über die Schreibtische hinaus – bräuchte, damit wir beim Thema New Work in den nächsten zwei Jahren tatsächlich weiterkommen, denn der demographische Wandel steht ja vor der Tür und ich kenne auch ganz viele Leute, die sagen: Wenn ich nicht digital arbeiten kann, ist das nicht mein Arbeitsplatz. – Wir sehen an den Fluktuationen, dass wir viele Leute im ersten Jahr wieder verlieren, weil sie unter solchen Arbeitsbedingungen nicht arbeiten wollen. Vielleicht können Sie dazu noch Hinweise geben.

Ansonsten: Zum Sicherheitstreffen liest man in den Zeitungen und hört immer mal, dass da jetzt doch wieder Geld kommen soll. Oder nicht? Gibt es schon irgendeine verbindliche Zusage für Sie als Bezirk, mit der Sie planen können, oder ist das wie in all den Jahren: Vielleicht kommt im Dezember was, vielleicht nicht. – Aber dann sind die ersten Beschäftigten in den Trägern schon wieder weg. Wie schätzen Sie da die Lage ein?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Frau Kollegin Brychcy, bitte!

Franziska Brychcy (LINKE): Vielen Dank! – Ich würde auch noch einmal anknüpfen an der Steuerfähigkeit, auch bei den HfE-Leistungen, bei den Transferkosten. Gibt es aus Ihrer Sicht noch Möglichkeiten, Maßnahmen zu ergreifen, oder brauchen Sie mehr Prävention, mehr Personal? Gibt es aus Ihrer Sicht Maßnahmen, um hier vielleicht zu einer Begrenzung der Kosten zu kommen? – Das ist ja auch gemeinsam ein Ziel – zu schauen: Wie können wir bedarfsgerecht agieren? Gibt es Möglichkeiten, auch Verwaltungsaufwand zu reduzieren? Gibt es aus Ihrer Sicht da Vorschläge, die man gemeinsam mit dem Senat auch diskutieren kann?

Dann wollte ich auch noch einmal zu Bildungsthemen fragen: Das eine sind ja die Schulstationen, die ja auch in der Presse waren. Wie ist da der aktuelle Stand? Was konnte innerhalb des Bezirkshaushalts gemacht werden, und wie sieht die Zukunft der Schulstationen in Mitte aus? – Ich wollte auch zur Schülerbeförderung fragen – also einerseits für die Schülerinnen und Schüler mit Einschränkungen, aber eben auch die Schwimmbusse –, ob es da in

Mitte Einschränkungen gibt. Und zur Tagesreinigung in unseren Schulen: Da gab es ja auch Mittel, die für die Bezirke zur Verfügung gestellt wurden. Gibt es hier Kürzungen?

Dann würde mich im Bereich Mieten interessieren, ob Sie Stellen zur Bekämpfung von Mietpreisüberhöhung geschaffen haben. In Friedrichshain-Kreuzberg gab es ja den einen prominenten Fall, in dem Mietwucher jetzt auch zu einer entsprechenden Strafe geführt hat und auch Zurückzahlungen von Mieten an die Mieterin erfolgt sind. Ist das in Mitte geplant? Und wie sieht es mit Mieterberatung im Bezirk aus, auch speziell in Milieuschutzgebieten?

Dann habe ich auf meinem Zettel noch die Frage stehen, wie die aktuelle Lage in den Musikschulen ist, ob es Angebotseinschränkungen gibt. Und zum öffentlichen Gesundheitsdienst interessiert mich, wie Sie hier die Lage einschätzen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Herr Kollege Wiedenhaupt, bitte!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Danke, Herr Vorsitzender! – Auch herzlichen Dank, Frau Bürgermeisterin, für Ihre Ausführung! Wir teilen durchaus Ihre Einschätzung, dass die Bezirke strukturell unterfinanziert sind, haben uns aber deshalb auch gewundert, dass die Bezirke nicht stärker dagegen vorgegangen sind, dass wir zwar die Konnexität in der Verfassung aufgenommen haben, aber das Gesetz dazu noch nicht vorliegt. Das müsste aus unserer Sicht die Problematik bei Ihnen sein, dass Sie gar nicht wissen, wie konkret Themen – insbesondere auch bei den Zielvereinbarungen – im nächsten Jahr finanziell unterlegt sind. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen.

Sie haben das Thema Sicherheitsgipfel angesprochen, Leopoldplatz. Nun ist das ja auch ein bezirkliches Thema, sage ich mal, nicht nur ein allgemeines, das wir in der Stadt an sich angehen müssen. Mich würde also interessieren, welche Mittel und Maßnahmen Sie zum Thema Leopoldplatz vorgesehen haben, um die Situation dort – und ich glaube, wir werden alle einer Meinung sein, dass die so, wie sie jetzt ist, nicht hinnehmbar ist – verbessern zu können.

Das nächste Thema sind die Kiezblocks. Sie gehören ja zu denen, die anscheinend viel Geld haben, um Kiezblocks zu bauen. Mich würde mal Ihre Meinung dazu interessieren und die Entwicklung, die Sie im Bezirk vorhaben: Wird das Thema Verkehrssicherheit weiterhin bei Ihnen gering geachtet und dafür aber alles in Kiezblocks gesteckt? – Klammer auf: Ich weiß, dass Sie das auch als Verkehrssicherung sehen, aber es gibt ja noch andere Maßnahmen. Vielleicht können Sie darstellen, wie sich das im Verhältnis bei Ihnen aufzutut.

Eine letzte Frage zum mitlaufenden Bericht e) zur Bibliotheksentwicklung: Da gab es ja sinnvollerweise mehr Geld für die Bezirke, und ich habe bei Ihnen gesehen, dass das im Personalbereich noch nicht so unbedingt durchgeschlagen hat, wenn ich den Bericht richtig gelesen habe – oder ich habe ihn falsch gelesen; dann klären Sie mich netterweise auf. – Und eine allerletzte Frage: Wir hatten ja gestern eine Runde mit der Lebenshilfe e. V. hier im Hause, mit Menschen, die sich in den Gremien für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen engagieren. Dort kam der Vorwurf, dass in den Bezirkshaushalten viel zu wenig Geld für den Beauftragten von Menschen mit Behinderungen eingestellt wird beziehungsweise es unübersichtlich ist, insbesondere das Thema Gebärdendolmetscher bei Veranstaltungen et cetera. Deshalb würde ich gern – auch im Hinblick auf die anderen Bezirke, die noch kommen werden – von jedem Bezirk wissen, welche Mittel wo auffindbar sind, die für die Unterstützung

des Beauftragten für Menschen mit Behinderung beziehungsweise für den Beirat für Teilhabe beziehungsweise den Beirat für Menschen mit und ohne Behinderung vorgesehen sind. Wenn Sie das jetzt nicht dabei haben, würde ich darum bitten, dass das schriftlich nachgereicht wird.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Ronneburg, bitte schön!

Kristian Ronneburg (LINKE): Vielen Dank! – Ich würde mich an den begleitenden Berichten orientieren und noch einmal ein paar übergreifende Fragen stellen. Die richten sich an die Bezirke, sie richten sich aber ebenso an SenFin. Das ist zum einen erst einmal der Bericht unter a), die Fortschreibung der Globalsummenzuweisung, rote Nummer 2627. Wir würden an der Stelle die Frage danach stellen wollen, wie das dann jetzt konkret ablaufen soll mit der sogenannten Abschtung der Familienzentren, wie die Bezirke das umsetzen sollen, welche organisatorischen Herausforderungen sich daraus ergeben und wie die Erfüllung der Steuerungsaufgaben in den Bezirken sichergestellt werden soll.

Dann würde ich zu dem Bericht unter b) kommen; das betrifft die Kalkulation der Bezirks Haushalte. Da kommen wir zu den Regelungen zur Feststellung der Globalsummen: So, wie es hier in dem Schreiben dargestellt wird, kann man es, glaube ich, nicht ganz stehen lassen. Es gibt ja nun schon Kritik – nicht nur, was die Kosten-Leistungsrechnung als Grundlage der Budgetierung angeht, sondern auch die Basiskorrektur ist immer wieder ein Problem. Absehbare Risiken wie beispielsweise bei den Transferkosten werden nicht nur nicht in den Globalsummen abgebildet; sie werden auch nicht vollständig basiskorrigiert, ohne dass wir dazu jetzt überzeugende Erklärungen hören würden. Allein mit der nur teilweisen Basiskorrektur für die HZE-Kosten werden die ohnehin strukturell unterfinanzierten Haushalte in den Bezirken aus unserer Sicht an die Wand gefahren.

Es gibt auch andere planbare zusätzliche Aufgaben, die ohne finanziellen Ausgleich an die Bezirke weitergereicht werden. Das sind zum Beispiel die geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainer, die in Zukunft das Bürgergeld nicht mehr vom Jobcenter, sondern entsprechend die Leistungen von den Sozialämtern erhalten sollen. Die Ämter bekommen dafür nicht mehr Geld und keine Stellen. Die Bezirke müssen das jetzt auffangen. Es stellt sich also schon die Frage, ob noch irgendwelche Anpassungen denkbar wären, Brückenfinanzierungen, damit die Bezirke zumindest diese Mehraufgaben auch tatsächlich leisten können und dann zumindest auch im Rahmen der KLR perspektivisch dann auch selbst finanzieren können.

Wenn ich gerade das Wort habe, würde ich gerne ankündigen, dass wir zu den Berichten von SenKultGZ und SenASGIVA unter e) und f) auch noch einmal schriftliche Fragen bis Montag einreichen würden. – Danke!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege! – Bevor ich Frau Bezirksbürgermeisterin Remlinger das Wort erteile, möchte ich nur noch einmal das Einvernehmen erfragen, dass der rbb gerade Film- und Tonaufnahmen anfertigt. Ich denke, das ist alles in Ordnung. – Gut! – Frau Bezirksbürgermeisterin! Dann haben Sie das Wort zur Beantwortung!

Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger (BA Mitte): Vielen Dank! Das war einiges! Ich hoffe, ich kann dem gerecht werden. Ich versuche es der Reihe nach. – Herr Ziller! Die Frage nach New Work und danach, was der Senat tun sollte und was wir trotzdem brauchen, ist, glaube ich, keine Entweder-Oder-Frage, sondern für beide Ebenen etwas. Für die Low-Code-

Plattform, die wir ansprachen, gab es ja die Zusage, dass das als Basisdienst kommen soll in Form von Intrexx. Über die Firmenauswahl kann ich nichts sagen. Das haben fast alle Senatsverwaltungen. Wir verstehen nicht, warum wir Bezirke das nicht bekommen. So eine Low-Code-Plattform würde uns immerhin ermöglichen, eine ganze Menge von Instrumenten der Digitalisierung zu bekommen, auf die wir sonst ewig warten müssten.

Ich möchte mal ein paar Beispiele machen: Low Code heißt, dass dann relativ niedrigschwellig alle, die halbwegs kundig sind, selber Tools programmieren können, so ähnlich wie Apps, und dass dann alle, die diese Plattform auch haben, diese Entwicklungen, die andere schon gemacht haben, auch nehmen können – sprich: Wir könnten alles verwenden, was die Senatsverwaltungen dann auch schon entwickelt haben. Das Potenzial, das dort drin steckt, ist groß: Wir haben erhoben, dass wir 20 Prozent der Arbeitszeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im internen Dienst allein für die Zeiterfassung verbrauchen, also für die Frage: Sind die Leute anwesend, abwesend, haben sie Urlaub oder nicht? – So ein Tool würde uns sehr weiterbringen. Wenn wir New Work machen wollen und das unter anderem verstehen als ortsunabhängiges Arbeiten, also dass jeder sich irgendwo einbuchen kann, dann wäre es schon schön, man hätte auch ein Raumbuchungssystem. Wir könnten uns alles Mögliche vorstellen: Die Musikschule hat schon gesagt, sie würde sich dann ein Tool bauen, mit dem sie dann immer wüsste, wo ihre Musikinstrumente sind. Der Grünflächenstadtrat hat gesagt, er würde sich ein Tool bauen, mit dem er dann immer wüsste, wo sein Material liegt, wo welche Steine gelagert wurden, wo, wenn bei irgendwelchen Baumaßnahmen irgendwie was frei wurde, Material gelagert wurde. Es ist also einfach ein Instrument, das wir bräuchten – sehr gerne als Basisdienst. Ich halte das für sinnvoll, weil eben alle damit arbeiten und arbeiten können sollten. Wir sind im Bezirksamt Mitte so wild entschlossen, dass wir es uns auch selber kaufen würden, wenn das der Fall ist, aber das würde dann eben auch bedeuten: Wenn wir unsere ungefähr 3 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befähigen wollten, da teilzunehmen, dann wären das Kosten von 700 000 Euro im Jahr, die wir nur schwer stemmen.

Die andere Ebene ist eben, dass wir schon davon ausgehen – und wir haben ja auch einen entsprechenden Möbelkatalog bekommen –, dass man Räume auch anpassen, umbauen muss. Wir reden ja auch darüber, dass wir zum Beispiel Teamräume und Ähnliches brauchen angesichts der Tatsache, dass sich Arbeit verändert hat. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben zwei Tage pro Woche Homeoffice, und wir sehen sehr oft, dass gemeinsame Arbeitszeit nur da ist, wo man bewusst zu Teambesprechungen zur Arbeit kommt. Wir müssen also Räume umgestalten. Wir brauchen auch anderes Mobiliar. Einen entsprechenden Katalog für Mobiliar haben wir bekommen, aber keine Mittel, um Mobiliar zu kaufen. Wir haben wirklich – das möchte ich noch mal deutlich machen – einen Prozess aufgesetzt, um das gesamte Bezirksamt Mitte zu bewegen, nicht nur ein Referat in fünf Jahren, sondern wir nehmen es wirklich ernst, dass wir keine Anmietungen mehr verlängern dürfen und so weiter. Es fehlen einfach einerseits Sachmittel und natürlich auch Dienstleistungstitel, wo wir Menschen begleiten müssen. Es ist ein hoch aufwändiger Kommunikationsprozess mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, um Vertrauen da reinzukriegen, dass wir ihnen jetzt nicht einfach nur ihren Arbeitsplatz wegnehmen und jeder soll dann irgendwie seinen Kaktus da hintragen, wo er jetzt gerade etwas findet, sondern dass das ein qualitativer Prozess ist, den wir zu einem Win-Win-Prozess machen wollen. Das ist sehr, sehr viel Kommunikation. Bei der SenFin gab es auch Begleitung; wir hätten die auch gern.

Zum Sicherheitstgipfel würde ich die zwei Fragen kombinieren: Nein, ich sitze durchaus in internen Runden und habe auch einen guten Draht zum Regierenden, aber verbindlich ist da nichts. Er scheint mir da als einsamer Kämpfer unterwegs zu sein. Ich schätze es sehr, dass er das ist, aber es wäre schön, wenn sich da noch mehr hinter ihm versammeln würden. Was wir selber am Leopoldplatz tun, war noch die Frage: Ja, der Bezirk hat immer schon ungefähr eine halbe Million investiert, um zu versuchen, da die Lage in den Griff zu bekommen. Eine halbe Million ist für einen Bezirk viel Geld; es ist die halbe Million, die nicht zugewiesen ist. Da geht es einmal um die Suchthilfe und einmal um den Platzdienst, den wir immer schon hatten. Der Bezirk hatte immer schon auch ein Vier-Säulen-System; er wusste also, wie er eigentlich agieren wollen würde. Wir hatten zu der halben Million immer auch noch Mittel von der Landeskommision gegen Gewalt, sodass man dann ungefähr auf eine Dreiviertel-million kam.

Zu den zusätzlichen Mitteln aus dem Sicherheitstgipfel: Ich hoffe – und das möchte ich auch deutlich sagen –, dass uns wenigstens das koordinierte Agieren mit der Polizei bleibt, die sehr gut mit uns zusammenarbeitet als Bezirk, die unser Vier-Säulen-System enorm schätzt, die das in das Bild gepackt hat, in die Maßnahmen, die die Polizei macht, um Drogenhandel zu demotivieren in großem Maße. Das kann im besten Falle einen freien Raum schaffen. Der bleibt aber immer ein Angstraum, solange er nicht anders gefüllt wird, und da greifen eben nicht nur unsere aufsuchende Sozialarbeit, die Suchthilfe, sondern auch unser Infodienst und unser Platzdienst, unser kulturelles Belebungsprogramm, das dafür sorgen soll, dass wieder Menschen auf den Platz kommen, ihn für etwas anderes nutzen, dass sie sagen: Hey, ich gehe heute auf den Leo, denn da ist heute etwas geboten. – Erst dadurch kriegen wir eine Nachhaltigkeit und eine Stabilität in die Entwicklung; eine Stabilität, die natürlich durch die Stilllegung von Karstadt sehr konterkariert wird. Diesen großen, schwarzen oder dunkelgrauen, dreckigen Gebäudeblock da stehen zu haben, konterkariert natürlich ein Stück weit alles, was wir auf dem Platz versuchen. Deshalb ist uns die Belebung des Karstadt so wichtig. Auch da hatte ich sehr gute Verabredungen mit dem Regierenden Bürgermeister – ich bin gespannt, ob er sich durchsetzen kann. – Ich will also sagen: Wir haben nie nur gesagt, wir tun nichts. Es gab einen Grund, warum wir beim Sicherheitstgipfel erstens sprechfähig waren zu der Frage, was es zusätzlich braucht, weil wir das Vier-Säulen-System in der Schublade hatten, und zweitens hatte ich als Bezirksbürgermeisterin einfach keine Polizei zur Verfügung, die ich da einsetzen kann. Anders, als die Berliner Zeitung schrieb, versuche auch ich nicht, mit Sozialarbeit und mit Kultur irgendwie organisierte Kriminalität aufzuhalten. Ich versuche nur, einen Kiez wieder bewohnbar zu machen, und mein Maß dafür ist, ob Mütter mit Kindern sich trauen, ihren Kinderwagen über den Platz zu schieben.

Frau Brychcy, zur Frage nach der Steuerungsfähigkeit bei HzE: Ich glaube, wir waren beide Teil von jahrelangen Diskussionen, wie hoch die anzusetzen ist. Ich würde die auch nicht bei null ansetzen. Wir haben auch innerbezirklich einen Steuerungsprozess aufgesetzt. Ich habe mir das länglich schildern lassen vom Jugendamt, wie wir versuchen, eine Wirksamkeitsorientierung und Wirksamkeitsevaluierung für unsere Maßnahmen hinzukriegen. Das könnte unser Jugendamt im Detail besser vortragen. Ich will nur sagen, dass ich trotzdem denke, dass man vielleicht eher über 20 Prozent reden sollte als über 50 Prozent. Da das Titel sind, in denen 100-Millionen-Beträge herumschwirren, ist die Frage nach 20 Prozent oder 50 Prozent für uns eben eine Überlebensfrage, auch in Verbindung mit der Basiskorrektur. Wenn von vornherein zu wenig Fälle angesetzt werden und das Basiskorrekturvolumen so gewachsen ist, dann ist das ein Problem. Das ist auch ein Problem für unsere Steuerungsfähigkeit, denn

ehrlich gesagt weiß ich nie, wie ich in meinem Haushalt überhaupt liege, und das finde ich schwierig. Ich kann auch den Bezirksverordneten nichts sagen. Die fragen mich immer nach Statusberichten; da sage ich immer: Könnt ihr gerne haben –, aber ich lese die gar nicht, denn wir liegen dann am Ende des Jahres bei, sage ich mal, minus 37 Millionen oder so, und dann wartest du ab, was die Basiskorrektur macht. Da kannst du würfeln. So kann man den eigenen Haushalt nicht steuern, und das ist, finde ich, schon ein Problem, denn ich bin jemand, der durchaus den Anspruch hat, seine schwarze Null mindestens hinzukriegen.

Frau Brychcy, zu den Schulstationen: Ja, das war die schmerzhafteste Einsparung, die wir beschlossen haben. Bis zu diesem Punkt hatten wir im Bezirksamt Mitte alle Einsparungen einvernehmlich hingekriegt; ich hatte aber große Bauchschmerzen bei dem Vorschlag der Jugend- und Schulstadträte, dass man das machen könnte. Wir haben jetzt, sage ich mal, eine semigute Lösung gefunden. Ich bin durchaus der Meinung, dass Schulstationen eigentlich ins Landesprogramm gehören und dass das ein Überbleibsel ist in den Bezirken. Aber nachdem die Zusage nicht kam, dass das ins Landesprogramm Jugendsozialarbeit genommen wird, ist es jetzt so, dass wir davon ausgehen, dass aus dem Startchancenprogramm des Bundes für die

Schulen eine Stelle wieder für Schulsozialarbeit verwendet werden kann, wenn die Schulen das wollen und eben den Träger nehmen, den sie bisher hatten, was ja sinnvoll wäre. Die BVV hat dankenswerterweise noch mal nachgesteuert: Bisher hatten wir eineinhalb Stellen pro fünf Schulstationen, die wir bisher noch haben, und die halbe Stelle wird wieder hinzu-finanziert, sodass die Schulstationen – wenn das so klappt, wie wir uns das vorstellen – so bestehen bleiben, wie sie waren. Sie sind aber halt jetzt zum Großteil aus dem Bundes-programm finanziert. – Da hätten sich die Schulen natürlich erhofft, dass es da ein Plus gibt, aber wir fahren seit drei Jahren im Bezirk die Maßgabe, dass ich verzweifelt versuche, alle Einrichtungen zu halten, alles geradeaus zu fahren. Mehr gibt es nicht. Das sage ich allen. Das gilt dann auch für die Schulstationen.

Bei der Schülerbeförderung ist mein Stand, dass wir erfolgreich mit SenFin einen Kompro-miss ausgehandelt haben, dass wir zumindest eine 50-prozentige Basiskorrektur bekommen. Wir müssen das weiter beobachten, aber das hilft auf jeden Fall schon mal ein Stück weiter. Dass da die Kosten aus dem Ruder laufen, ist so. – Beim Schwimmbus diskutieren wir halb-jährlich. Wir haben intensiv geprüft, welche Schulen, also welche Klassen, welche Kinder-gruppen, auch ohne Schulbus zum Schwimmen kommen können und haben reduziert auf die, die wirklich nicht ohne Bus dahinkommen können. Wir sind in der nächsten Prüfungsschleife, ob nicht doch noch mehr laufen können.

Die Tagesreinigung haben wir noch nicht angefasst, aber das ist für mich immer ein Beispiel der Paradoxie dieser ganzen Leitlinienbindungen, die wir haben. Ich dürfte die Schulreini-gung streichen, aber bei den Lehr- und Lernmitteln, wo wir eine Millionenrücklage haben, dürfen wir nicht ran, und das muss durchgereicht werden. Ich glaube durchaus, dass es ein sinnvolles Gespräch mit den Schulen wäre, beziehungsweise zeigt sich hier insgesamt der Irrsinn dieser Leitlinien, bei denen über Jahrzehnte offensichtlich immer jemand irgendein Thema wichtig fand, aber das führt mittlerweile dazu, dass 95 Prozent unserer Haushalte ge-bunden sind. Da kann man Einsparungen nicht mehr selber verantworten und auch nicht len-ken. Ich mache keinem Bezirk einen Vorwurf, der an die Schulreinigung rangeht, denn wir haben so wenige Bereiche, die wir überhaupt für Einsparungen adressieren können. Das ist nur die Schulreinigung; die Betriebskosten kann man senken, aber auch nicht auf nichts, und dann kommen wir zu den Bibliotheken, Musikschulen, Jugendeinrichtungen, Seniorenein-richtungen, und da stehen wir im Zweifel vor der nächsten Einsparung, solche Schließungen machen zu müssen.

Sie hatten nach Mietwucher gefragt. – Ich habe die einstimmige Zustimmung zu meinem Haushalt im Bezirksamt dadurch hinbekommen, dass ich zur Stellenforderung des Sozial-stadtrats, der ungefähr 100 Stellen wollte, gesagt habe: Du bekommst zwei und nimmst sie bitte für Mietwucher oder für etwas anderes, wenn du das für noch dringlicher hältst. – Da das Thema auch der BVV sehr wichtig ist, würde ich dem Stadtrat durchaus raten, die zwei Stel-len wirklich für den Themenkomplex zu nehmen. Das ganze Mietthema ist dramatisch. In Mitte, das können Sie sich vorstellen, noch irgendwo bezahlbar zu wohnen, ist nicht einfach. Der Großteil unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirksamts wohnt nicht in Mitte, weil das zu teuer ist.

Zur Mieterberatung: Ja, wir haben den Auftrag erteilt, dass der zuständige Stadtrat ein Kon-zept macht, wie er gewährleistet, dass er mit der Hälfte der Mittel trotzdem alle Milieuschutz-gebiete noch beraten kann. Aber ja, wir haben die Mittel halbiert.

Das Musikschulangebot ist im Moment nicht reduziert. Wir haben im letzten Doppelhaushalt schon die Musikschulgebühren erhöht, gerade für Erwachsene. Ich glaube, dass die Musikschule durch das Thema Honorarkräfte gerade genug geplatzt ist. Niemand im Bezirksamt möchte seiner Musikschule noch irgendetwas zumuten. Wir sind froh, dass wir die Stimmung bei unseren Musikschulkräften hochhalten können. Ich bin froh, berichten zu können, dass alle die Zusatzvereinbarung unterschrieben haben. Das Vertrauen zu uns als Arbeitgeber ist also noch da, aber diese Honorarkräftefrage ist eigentlich nicht hinnehmbar und wird natürlich immer schwieriger zu lösen, wenn man sie im Doppelhaushalt lösen will und nicht vor Beginn des Doppelhaushalts für den Doppelhaushalt. Wir sind der Meinung, dass wir jetzt schon in einer rechtlich nicht haltbaren Lage sind. Ich bin gespannt, ob das Abgeordnetenhaus da noch etwas unternimmt. Aber, wie gesagt, das Angebot lassen wir bis jetzt da, wo es ist.

Herr Wiedenhaupt! Sie haben gefragt, warum wir nicht stärker für das Konnexitätsgesetz streiten. – Dazu kann ich nur sagen: Manchmal streitet man intern, manchmal streitet man öffentlich, manchmal macht man es öffentlich, nachdem man es intern versucht hat. Ich darf sagen, dass uns das natürlich ein unglaublich wichtiges Thema ist. Wir sind froh, dass der Begriff in der Verfassung verankert werden konnte. Ich will es positiv formulieren: Wir würden ein Gesetz daran messen, ob es auch sagt, es gibt auch den Auftrag, mal eine Rückwärtsprüfung zu machen, dass wir auf den Stand kommen, wo wir sagen: Was haben wir denn die letzten 20 Jahre über die Auffangzuständigkeit einfach an die Bezirke geschoben, ohne die Finanzierung mitzugeben? Oder sagen wir einfach: Wir machen hier einen Strich, und ab jetzt denken wir über Konnexität nach? – Der Kampf, den ich schon halb verloren gebe, aber trotzdem noch mal nennen will, ist, dass sich das Land nach meinem Stand nur zur Konnexität bei vom Land eingeführten Veränderungen verpflichten will. Ich verstehe den Ansatz und halte es trotzdem für völlig falsch, weil ich glaube, das würde die ganze politische Struktur verändern, wenn man sagt: Konnexität gilt auch, wenn die EU uns etwas überhilft oder der Bund. Dann muss man diese Gespräche auch entsprechend führen. Die zwei Punkte für das Konnexitätsgesetz, wie gesagt, sehen wir durchaus leidenschaftlich, auch wenn wir bis jetzt zufrieden waren, wie die Kommunikationsprozesse im Zuge der Verwaltungsreform, des neuen Landesorganisationsgesetzes und so weiter gelaufen sind. Wir werden gucken, ob das für die Neuordnung des Finanzierungssystems in ähnlicher Weise gilt, aber bis jetzt ist es so, dass wir gut miteinander am Tisch sitzen. Meistens schreit man erst, wenn man nicht mehr am Tisch sitzt.

Zu den Kiezblocks: Nein, wir haben nicht zu viel Geld. Kiezblocks sind einfach sehr günstig. Ein Poller kostet 200 Euro. Wir haben auch da eine Leitlinie für den Tiefbaubereich. Dieser Hinweis sei erlaubt: Der Finanzsenator sagt, wir sollen lieber Bäume pflanzen als Poller errichten. Dann möge er Leitlinien bewegen. Ich kann nichts aus der Tiefbauunterhaltung in die Grünflächen schieben. Ein Kiezblock würde noch nicht mal einen Baum finanzieren. Man kann das Thema Kiezblocks nicht über Haushaltsberatungen klären. Das muss die Verkehrspolitik tun. Ich bin keine Verkehrspolitiklerin. Ich kann nur sagen: Wir haben nicht zu viel Geld. Wir haben zu wenig Geld für die Grünflächenfinanzierung. Wir haben zu wenig Geld für die Bäume. Wir haben ein fatales Fehlsteuerungsfinanzierungsmodell in der Grünflächenpflege, wo wir uns selber finanziell ins Knie schießen würden, wenn wir mehr für unsere Grünflächen tun, weil wir unsere 6 Cent pro Quadratmeter bekommen und Schluss ist. Ich will jetzt nicht nach Pflegeklassen unterscheiden. Man muss diese Probleme getrennt sehen und sich ehrlich machen, was die Bäume und die Grünflächenpflege angeht.

Ich habe den Kopf bei der Bibliotheksentwicklungsplanung geschüttelt, als Sie nach unseren Stellen fragten. – Ich gehe davon aus, Sie sprechen über den Zielvereinbarungsprozess, in dem Mitte in der Tat sechs zusätzliche Stellen zugestanden bekommen hat. Wir waren der erste Bezirk, der diese Stellen besetzt hatte. Wir haben jetzt zwei davon wieder gehen lassen müssen, weil die anderen Bezirke, aus welchen Gründen auch immer, nicht so schnell waren und wir uns finanziell extrem schlechter gestellt haben dadurch, dass wir vorgeprescht sind. Wir hoffen, dass die anderen Bezirke auch Kräfte finden. Ich könnte noch weiter etwas dazu sagen, mache ich aber nicht.

Das Thema Lebenshilfe hatten Sie noch angesprochen, Menschen mit Behinderung. Tun wir zu wenig? – Wir Bezirke tun vielleicht bei allem zu wenig aus den beschriebenen Gründen, aber – wenn ich das sagen darf: Die Mittel, die vorher LGBG-Mittel hießen, also die 167 000 Euro, die wir bekommen haben, um das Landesgleichberechtigungsgesetz zu verwirklichen, sind mittlerweile Teil der Globalsumme. Auf der Ebene hätten wir sie auch für etwas anderes verausgaben können. Das tun wir aber nicht. Wir geben das weiterhin in den Bereich. Wir haben auch die Stelle für einen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen und auch die Koordinierungsstelle, die vor allem die Maßnahmenplanung für Menschen mit Behinderung koordinieren soll. Die eine setzt also am Beginn der Prozesse an und der andere kritisiert die Ergebnisse der Prozesse und so weiter und arbeitet mit dem Beirat für Menschen mit Behinderungen zusammen. All das haben wir so, wie es vorgesehen ist und wie es die letzten Jahre war, weitergeschrieben, weil uns das Thema in der Tat wichtig ist.

Die Gebärdendolmetscherfrage ist auch eine Frage des Fachkräftemangels. Wir versuchen wirklich immer, bei unseren Veranstaltungen eine Gebärdendolmetschung anzubieten; insofern bin ich froh, dass wir da meistens Synergien nutzen können, weil unser Queerbeauftragter und Beauftragter gegen Diskriminierung ein gehörloser Mensch ist, und wenn er dabei ist – wenn Martin dabei ist, er ist non-binär –, dann können wir das praktisch gleich mitnutzen, dass er über sein persönliches Budget einen Gebärdendolmetscher hat und immer genug Verbindungen in diesen sehr engen Fachkräftemarkt, sodass wir welche finden.

Herr Ronneburg! Bei der Abschlachtung der Familienzentren komme ich gerade an meine Gedächtnisgrenzen. Ich kann dazu nur sagen, dass die Mittel abgeschlachtet worden sind. Das Jugendamt sitzt gerade an dem Prozess zu gucken, wie man das synchronisiert, weil unsere bezirklichen Familienzentren anders aufgesetzt und anders finanziert waren als die vom Land, und wie man da eine gleiche Qualität gewährleistet. Wenn Sie das interessiert, müssten wir das noch mal aufschreiben lassen. – Ich hoffe, ich habe alle Ihre Fragen beantwortet, sonst fragen Sie bitte gerne noch mal nach.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Bezirksbürgermeisterin! – Frau Staatssekretärin Mildenberger erhält nun das Wort für die Beantwortung der Fragen, die an SenFin gerichtet worden sind. – Bitte schön!

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin): Vielen Dank! – Ich stehe hier auch stellvertretend für den Senat. Viele der Punkte sind von den Fachverwaltungen, die wir als Senat gemeinsam dann vertreten. Ich fange mal von hinten an: Es gab die Frage des Abgeordneten Ronneburg zur Abschlachtung der Familienzentren. Dazu kann ich auf das Globalsummen-schreiben, also die rote Nummer 2383, verweisen.

Was haben wir gemacht? – Bei der Abschichtung der 49 Familienzentren wurde natürlich nicht nur die Aufgabe abgeschichtet, sondern da das im Sinne der Konnexität auch ohne das Gesetz gelebt wird, und zwar schon seit längerem, wurde der Bezirksplafonds um 4,5 Millionen Euro entsprechend erhöht und den Bezirken bezirksscharf im Wege der Sonderkalkulation in der Globalsumme zugewiesen. Ebenso ist für die Bibliotheken die Zielvereinbarung in der Globalsumme in den Bezirksplafonds überführt worden, damit es auch dort verstetigt werden kann.

Zur Frage nach der Rechtskreisänderung Ukraine: Meines Erachtens ist auf Bundesebene das Gesetz noch nicht beschlossen. Ich kann mich täuschen. Ich weiß, dass die politische Verabredung besteht. Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass dazu insgesamt Sozialämter, SenASGIVA, also der Senat und die Bezirke in einem Zielvereinbarungsprozess sind, um sich genau die Stellenausstattung et cetera anzuschauen und dort gemeinsam Ziele zu vereinbaren. Da sind wir auf einem guten Weg. Es soll voraussichtlich Ende dieses Jahres oder Anfang nächsten Jahres die Zielvereinbarung abgeschlossen werden, und Vorsorge ist entsprechend auch getroffen.

Darüber hinaus erlaube ich mir eine Anmerkung zur Steuerung HzE: Das ist ein Thema, das uns immer gemeinsam umtreibt. Die Vorlage der Arbeitsgruppe „Soziale, effiziente Sozialausgabensteuerung“ liegt dem Hauptausschuss vor. In dieser Arbeitsgruppe hat sich nicht der Senat allein zusammengesetzt, sondern ganz explizit auch mit den Bezirken, um die verschiedenen Prozesse auszuwerten, die wir haben – was nicht nur den HzE-Bereich betrifft, sondern auch die Hilfe zur Pflege, die Eingliederungshilfe et cetera, den ganzen Transferkostenbereich. Gemeinsam wurden die verschiedenen Stränge und Hinweise betrachtet, die sich ergeben haben, ob aus der Evaluierung der Bezirksfinanzierung heraus, aus der gemeinsamen AG mit den Bezirken, oder auch aus den verschiedenen anderen Prozessen, wo wir gemeinsam Steuerungsmöglichkeiten aufgezeigt haben, die wir auch noch debattieren und dann in Angriff nehmen.

Zur Basiskorrektur und der Zuweisung möchte ich vielleicht nur sagen, auch zu den HzE, dass im Jahr 2026 die Ist-Kosten der Bezirke von 2024 zugrunde gelegt sind – nicht nur die, die sie erstattet bekommen haben, sondern die kompletten Ist-Kosten, also keine verminderte Fallzahl oder Sonstiges. Das sage ich nur, damit das nicht hier im Raume stehenbleibt. Die kompletten Ist-Kosten von 2024 sind 2026 zugewiesen worden und dann werden, je nach Entwicklung, Mehrbedarfe über die Basiskorrektur wieder ausgeglichen. Das ist im Übrigen ein Instrument, das es bundesweit in keinem anderen Bundesland gibt. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin! – Weitere Wortmeldungen gibt es. – Herr Kollege Zillich, bitte schön!

Steffen Zillich (LINKE): Vielen Dank! – Verehrte Frau Remlinger! Ich will noch ein anderes Thema ansprechen, nämlich das Thema Grundsteuer. Vielleicht können Sie aus Bezirkssicht sagen, inwieweit Bezirksflächen dort von überdurchschnittlichen Grundsteuererhöhungen betroffen sind und inwieweit das auch Nutzungen betrifft, wie das Umlageverhalten ist. Soweit ich höre, gibt es dort Debatten über Basiskorrekturen. Vielleicht haben Sie da einen Stand oder auch keinen Stand. Gibt es sozusagen auch jenseits der Bezirksflächen Nutzungen, von denen Sie wissen oder gehört haben, dass sie angesichts eines Grundsteuerbescheides infrage stehen?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Bezirksbürgermeisterin, bitte schön, Sie haben das Wort!

Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger (BA Mitte): Das ist ein Thema, bei dem die Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg firmer ist als ich. Wir müssen auch noch mal genau gucken: Im Finanzvermögen haben wir Mehrkosten von ungefähr 100 000 Euro, aber grundsätzlich ist das kein Thema, das jetzt bei uns ständig hochgepoppt ist. Das müssten wir noch mal mitnehmen und prüfen, ob wir da etwas übersehen haben.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kann Bericht zur Kenntnis genommen werden. – Ich bedanke mich bei Ihnen, Frau Bezirksbürgermeisterin, und wünsche noch einen angenehmen Tag!

Wir kommen zum Bezirk

11 – Lichtenberg

Mitberaten wird:

- a) Bericht BA Lichtenberg – BzBm – vom 15.08.2025 [1830 O](#)
Quartalsberichte an die BVV über die
eingegangenen Verpflichtungen und die daraus
resultierenden Verbindungen
hier: BA Lichtenberg
gemäß Auflage A. 1 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25
(in der 80. Sitzung am 10.09.2025 über die Konsensliste
zur Sitzung am 17.10.2025 zurückgestellt) Haupt
- b) Zwischenbericht BA Lichtenberg – BzBm – vom [1561 B](#)
24.09.2025 Haupt
Neubau Bürodienstgebäude Alt-Friedrichsfelde 60
(Berichtsauftrag aus der 31. Sitzung des UA PHPW
vom 12.02.2025)
m.d.B. um Fristverlängerung bis zum 31.01.2026

Ich begrüße Herrn Bezirksbürgermeister Schaefer und seine Mitarbeiterin und gebe Ihnen gerne das Wort für Ihre circa fünfminütige Stellungnahme. – Bitte schön, Herr Bezirksbürgermeister!

Bezirksbürgermeister Martin Schaefer (BA Lichtenberg): Herzlichen Dank! – Das nehme ich gerne in Anspruch. Ich möchte Sie über die finanzielle Gesamtsituation in Lichtenberg informieren. Auch wir haben es mit der Problematik der schwindenden Rücklagen zu tun, die wir im nächsten Doppelhaushalt einsetzen müssen, mit einer hohen PMA, zu der wir Überlegungen anstellen, wie wir sie aufzulösen haben in den nächsten Jahren, und damit verbunden sind natürlich einige Haushaltsrisiken, insbesondere wenig Spielräume überhaupt noch für Gestaltungsmöglichkeiten und Haushaltsrisiken, die wir auch besonders bei HZE haben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang erwähnen, dass wir vor einem Neuabschluss eines Vertrags mit der Tiersammelstelle stehen. Hier wird uns angedeutet, es müsste eine Vergabe erfolgen – es gibt nur einen Anbieter in Berlin, das ist bei Neuvergaben dann besonders hilfreich und sinnvoll –, dass wir wahrscheinlich mit einer Verdreifachung der Kosten von 3 Millionen Euro auf 9 Millionen Euro zu rechnen haben. Hier wünschen wir uns natürlich auch eine offizielle Zusage für eine Basiskorrektur der Mehrausgaben. Sie wissen, welche besondere Bedeutung das auch für die gesamte Stadt und das Land Berlin hat.

Trotz der aktuellen Lage und tatsächlich tiefer erster Einsparungen zum Beispiel bei der Schulreinigung – das war gerade schon Thema –, bei der Grünflächenunterhaltung, beim Tiefbau ist es uns aber noch gelungen, viel zu bewahren und tatsächlich Leistungsangebote auch aufrecht zu erhalten und von Kürzungen dort abzusehen. Wie das weitergeht, vor allen Dingen mit dem dann folgenden Doppelhaushalt 2028/2029, macht uns am meisten Sorgen. Ich vermute, das teilt dieses Haus hier und das teilen auch die anderen elf Bezirke. Vielleicht kommen wir jetzt noch irgendwie einigermaßen durch, aber für 2028/2029 wird das dann besondere Herausforderungen stellen.

Wir in Lichtenberg erwarten die Neuordnung der Produktstruktur bei der Eingliederungshilfe im sozialen Bereich. Das wird bei uns für erhebliche finanzielle Verluste sorgen, die wir dann auch mittragen müssen. Wir sehen hier tatsächlich, mögen mir meine anwesenden Bezirksamtskolleginnen und -kollegen verzeihen, eine Unwucht in den Bezirken, wo es tatsächlich andere Spielräume zum Beispiel durch Gewinne in der Parkraumbewirtschaftung gibt, die wir nicht haben. Auch der Hinweis, dass wir ja auch Parkraumbewirtschaftung machen könnten, hilft uns nicht, weil es in Lichtenberg nicht wirtschaftlich wäre und wir noch mehr Verluste machen würden. Das ist keine Einnahmequelle oder keine optionale Einnahmequelle für uns in Lichtenberg.

Wir begrüßen das Instrument der gesamtstädtischen Zielvereinbarung. Wir glauben, dass hier tatsächlich erhebliche Verbesserungen auch bei der Standardisierung und der Zielerreichung erreicht werden konnten. Wir möchten aber auch deutlich machen, dass es trotz gesamtstädtischer Zielvereinbarung die Möglichkeit geben muss, KLR-Verluste abzubauen. Wenn ich zu teuer in einem Produkt bin, muss ich auch mit einer Vereinbarung die Möglichkeit haben, hier wieder auf eine schwarze Null zu kommen.

Abschließend würde ich gerne etwas zu New Work sagen; die Kollegin Remlinger hat das schon ausgeführt und angesprochen. Ich will aber auch noch mal den Akzent setzen, dass es nicht nur deshalb New Work sein muss, weil wir sparen müssen. Ich finde, das wäre zu kurz gegriffen. Wir müssten auch New Work einführen, wenn wir im Geld schwimmen würden, weil es einfach richtig ist und die Menschen gerne in neuen Arbeitswelten leben. Es geht für mich nicht nur um eine Flächenreduzierung und damit das Einsparen von gegebenenfalls Mietkosten, sondern darum, tatsächlich auf die neuen Gegebenheiten in neuen Arbeitswelten zu reagieren – ob das Desk-Sharing ist, ob das die Digitalisierung unserer Arbeitsplätze ist, Beratungsräume oder die Möglichkeit, tatsächlich als Teams in irgendeiner Weise sich auszutauschen. Die Homeoffice-Regelung, die wir flexibel, je nach Arbeitsplatz, machen müssen, trifft sicherlich auf manche Ämter nicht so zu, geht gar nicht, aber in anderen müsste man das flexibel handhaben. Wir brauchen auch Geld, das ist gar keine Frage, um das umsetzen zu können.

Wir sind mit einigen Pilotgruppen gestartet und sind jetzt zum Beispiel bei einem Thema, das Sie auch an vielen Stellen hören, dass wir dann an der Vergabe auch wieder leiden. Wenn wir jetzt Sachen kaufen wollen, dann muss man erst mal jeden Stuhl definieren, jeden Tisch, außer man bestellt und kauft dort, wo wir kaufen könnten, aber das sieht manchmal nicht so nach New Work aus, was wir da kaufen können. Das sieht eher nach Old Work aus, und das ist nicht das, was die Menschen gleich anspricht. Diese Themen bewegen und beschäftigen uns. – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister! – Dann rufe ich die Wortmeldung des Kollegen Ziller auf. – Bitte schön!

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich habe Fragen zu drei Themen. Die erste Frage ist zur Tiersammelstelle und den potenziellen 9 Millionen Euro. Ist die Vergabe schon durch? Warten Sie da auf die Basiszusage, und, weil SenFin auch hier ist, kann der Senat zusagen, dass die Basiskorrektur an dieser Stelle kommt, oder gibt es da noch weitere Diskussionen? Die Debatte läuft seit Monaten. Die Faktenlage ist klar. Da könnte man irgendwann auch zu einer Entscheidung kommen.

Dann finde ich das mit den neuen Produkten in der Eingliederungshilfe und der Verschiebung in der KLR spannend. Den Bericht würden wir bei der zweiten Lesung des Einzelplans 11 noch mal diskutieren. Vielleicht kann man uns zu der zweiten Lesung die Prognosen für die KLR-Verschiebung aufschreiben, denn wenn es Prognosen in den Bezirken gibt, würde mich das erst mal interessieren, rein objektiv. Das wäre spannend. – An Sie noch mal die Frage: Wie schätzen Sie den Personalbedarf durch die Umstellung ein? Da müssen ja viele Fälle noch mal neu einsortiert werden. Ist Ihr Amt dafür vorbereitet, den Berg an Arbeit dann hinzubekommen, oder müssen wir damit rechnen, dass Anfang des Jahres noch mehr Rückstau als bisher entsteht? Vielleicht können Sie uns da ein Signal geben.

Als letzten Punkt das Thema New Work, weil Sie jetzt schon der zweite Bezirk sind, der sagt, dass das alles ein bisschen kompliziert ist: Vielleicht kann SenFin noch mal darstellen, was Sie getan haben, wie das Wissen, das Sie generiert haben durch Ihren Pilotversuch, den Bezirken zur Verfügung gestellt wurde. Wenn ich mich an die Räumlichkeiten bei SenFin erinnere, waren die alle modern eingerichtet. Die New-Work-Räume fand ich okay. Wenn er jetzt sagt, die will ich nicht bestellen, dann verstehe ich das nicht. Konnte SenFin aus einem anderen Möbelkatalog wählen, oder wie kann man den Wissenstransfer hinbekommen? – Es ist gut, dass eine Verwaltung mal vorgeht, aber dann sollten auch alle davon profitieren und dieselben Möglichkeiten haben. Wenn SenFin schöne Telefonzellen und lärmgeschützte Arbeitsplätze kaufen kann, dann sollten das die Bezirke auch. Wie bekommen wir das hin? Da würde mich von SenFin ein Hinweis freuen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Wiedenhaupt, bitte schön!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Danke, Herr Vorsitzender! – Danke, Herr Bürgermeister! Ich habe einige Fragen zum Thema Personalausgaben. In Ihrem Bereich des Bürgermeisters, wenn wir das richtig sehen, haben Sie sich ein Plus von 17 Prozent gegönnt. Ich würde gerne noch mal eine Erklärung haben, wozu das verwendet wird beziehungsweise warum das aus Ihrer Sicht notwendig war.

Die zweite Frage, die ich auch vorhin gestellt habe – wobei ich nicht mehr sicher bin, ob ich den Bericht hier so richtig sehe: In Lichtenberg würden wir aus dem Bericht ebenfalls sehen, dass die zusätzlichen Stellen für die Bibliotheken bei Ihnen nicht umgesetzt worden sind. Da würde mich interessieren, warum, wieso, weshalb – oder ob wir den Bericht falsch deuten.

Meine dritte Frage, die ich allen Bezirken stelle, ist, welche Mittel konkret Sie dem Beauftragten für Menschen mit Behinderungen, dem Beirat für Teilhabe beziehungsweise für Menschen mit Behinderung zur Verfügung stellen, damit Veranstaltungen so durchgeführt werden können, dass die diversen Anforderungen, die dort notwendig sind, auch umgesetzt werden können.

Eine letzte Frage, weil das bei Ihnen anders etatisiert ist als in den anderen Bezirken: Wir wissen alle, dass wir die Umstellung von ALLRIS in den BVVs vor uns haben. Sie haben die Mittel im Jahr 2027 eingestellt statt in 2026 wie die meisten anderen Bezirke, dafür etwas mehr. Vielleicht könnten Sie das noch mal darstellen, warum das im Jahr 2027 gelandet ist.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Zillich, bitte schön!

Steffen Zillich (LINKE): Vielen Dank! – Zunächst mache ich mal die Ankündigung, dass wir gegebenenfalls auch noch schriftliche Berichtsbitten nachreichen würden. – Eine Frage, die nicht nur an Sie gestellt werden wird: An welcher Stelle sehen Sie – vielleicht auch in Bewertung der Arbeit der AG zur Evaluierung der Bezirksfinanzen – grundsätzlichen Veränderungsbedarf beim Thema Bezirksfinanzierung? Sie haben eine durchaus substanzielle PMA in Ihrem Bezirkshaushaltsplan eingebaut: Welche Verabredung haben Sie da zur Umsetzung? Wird die dezentralisiert, oder wie werden Sie da verfahren?

Dann das Thema Integrationsfonds: Wie werden Sie die bisher finanzierten Projekte und Leistungen fortführen können, oder inwieweit ist es beabsichtigt? – Dann die Frage zum Thema Stelle zur Bekämpfung von Mietpreisüberhöhung: Haben Sie hier Stellen einrichten können? Haben Sie hier eine Beratungspraxis aufgenommen? Es gab einen ersten erfolgreichen Bescheid, auch zur Entlastung von Mieterinnen und Mietern, jedenfalls im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

Wie ist der Stand beim Thema Musikschulen? Zum Ausgleich der Honorarerhöhungen und Honoraranpassungen: Inwieweit haben Sie dort die Leistung aufrechterhalten können?

Dann das Thema Psychiatrieentwicklungsplan: Wie läuft dort die Evaluierung, und welche Auswirkungen oder Planungen resultieren dadurch für die notwendige Finanzierung in den Jahren 2026 und 2027? Wie schätzen Sie das ein: Können damit die tatsächlichen Bedarfe abgedeckt werden?

Dann noch etwas zum Transferkostenrisiko: Wie schätzen Sie das ein in der Entwicklung? Inwieweit gehen Sie davon aus, dass die Basiskorrekturen oder die Reserve, die dafür vorgesehen ist im Landshaushaltsplan, dafür ausreichend sein wird? Welche Steuerungsmöglichkeiten sehen Sie, und wie machen Sie das mit der Risikoverteilung in Ihrem Bezirk, also hinsichtlich dieses Transferkostensteigerungsrisikos?

Dann abschließend noch mal die Frage: Haben Sie beim Thema Grundsteuer für Bezirksliegenschaften große Ausreißer, die gegebenenfalls auch bisherige Nutzungen beeinträchtigen oder bedrohen? Inwieweit legen Sie bei Bezirksgrundstücken solche gestiegenen Grundsteuerkosten komplett auf Pächterinnen und Pächter oder Mieterinnen und Mieter um?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Kollegin Brychcy, bitte!

Franziska Brychcy (LINKE): Vielen Dank! – Ich habe noch mal Fragen zu dem Bereich Bildung, Jugend, Familie. Es ist ja so, dass Lichtenberg auch einer der Bezirke ist, in denen die Kinderarmutsquote sehr hoch ist und wo wir einen hohen Anteil an Alleinerziehenden haben. Deswegen interessiert mich, ob alle Familienzentren und Jugendfreizeiteinrichtungen gesichert sind. – Dann war es ja so, dass bis jetzt bei Ihrem Jugendamt eine Haushaltssperre vorlag. Wie geht es weiter? Gibt es hier eine Perspektive, diese Haushaltssperre aufzuheben? Wie gehen Sie damit um? Welche Auswirkungen hat diese Haushaltssperre?

Ich würde gern auch noch mal zur Beförderung der Schülerinnen und Schüler fragen, einerseits für die Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigungen und auch den sogenannten Schwimmbussen zum Schwimmunterricht: Gibt es hier in Lichtenberg Einschränkungen? Können die Angebote aufrechterhalten werden?

Abschließend auch noch mal zum Thema Schulreinigung – Sie haben es ja eingangs schon gesagt, dass Sie an diese Mittel herangehen: Was bedeutet das konkret? Geht es also um die allgemeine Schulreinigung oder nur die Tagesreinigung? Welche Angebotseinschränkungen wird es dann für die Schulen geben? – Es ist ja eigentlich ein Schritt nach vorn gewesen, dass wir jetzt diese zusätzlichen Tagesreinigungsmittel hatten und eben die Schulen auch etwas sauberer sind. Das wird auch geschätzt, gerade jetzt in den Wintermonaten, in denen es ja auch matschig wird und so weiter. Wie gehen Sie also damit um, dass jetzt weniger Mittel vorhanden sind, auch für das Thema Reparatur von Spielplätzen? Das ist ja auch sehr wichtig, dass wir da so ein bisschen die Perspektive der Sanierung im Blick behalten trotz der knappen Mittel. – Danke schön!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Dann, Herr Bezirksbürgermeister, haben Sie das Wort zur Beantwortung. Bitte!

Bezirksbürgermeister Martin Schaefer (BA Lichtenberg): Vielen Dank! – Vor zwei Jahren, als elfter Bezirk, kamen nicht so viele Fragen, aber das kommt davon, wenn man sich vor-drängelt. – Herr Ziller, vielen Dank! Ich glaube, zwei Fragen gingen an die Senatsverwaltung. Zur Tiersammelstelle: Also entweder ist der Prozess gerade abgeschlossen oder er wird es in wenigen Tagen. In jedem Fall wissen wir, dass es in Berlin nur einen Anbieter gibt. Deshalb weiß ich jetzt nicht auf den Tag genau, ob das schon erfolgt ist. Die Prognose ist aber, dass wir mit dieser Verdreifachung der Summen rechnen. Wir haben uns sowohl mündlich als auch schriftlich bei der Senatsverwaltung für Finanzen gemeldet, um auch hier eine Zusage zur Basiskorrektur zu bekommen.

Bei der Eingliederungshilfe brauchen wir nicht mehr Personal. Das hat mit Personal bei uns nichts zu tun. Wir sind hier – Sie kennen das System – ein KLR-Gewinner, und die Gewinne würden sozusagen abgeschöpft werden. Das hat aber nichts mit einer Umstrukturierung bei uns zu tun, dass wir jetzt mehr Personal bräuchten. Zu einer KLR-Prognose für ganz Berlin

wird sicherlich Frau Staatssekretärin noch etwas sagen, die ist aber zum jetzigen Zeitpunkt wahrscheinlich schwierig zu machen. Für uns ist aber klar, dass hier eine Gewinnabschöpfung vorgesehen ist.

Beim Thema New Work wollte ich es gar nicht so kompliziert darstellen: Ich glaube schon, dass wir hier Schritt für Schritt vorangehen. Natürlich sind wir nicht so agil wie ein freies Unternehmen, sondern auch an Vorgaben gebunden. Ich gehe da aber sehr optimistisch ran. Es gibt Dinge, die habe ich jetzt in meiner Arbeit kennengelernt, die haben länger gedauert als diese Prozesse. Ich glaube, wir müssen hier einfach weitergehen, Schritt für Schritt, und es wird dann auch zu einigen positiven Veränderungen kommen.

Herr Wiedenhaupt, zu den 17 Prozent: In meinem Bereich ist es eine einzige Stelle, die dazugekommen ist. In der Pressestelle stocken wir auf. Es gab auch eine schriftliche Abfrage aller zwölf Bezirke. Wir sind hier in Lichtenberg im unteren Bereich, was die Ausstattung der Pressestelle angeht. Deshalb werden wir uns hier personell mit einer Stelle besser ausstatten.

Wir haben für die Aufgaben unserer Beauftragten von und für Menschen mit Behinderungen knapp 26 000 Euro an Sachmitteln. Das sind vor allen Dingen auch Veranstaltungen, Dienstleistungstitel, wie zum Beispiel Gebärdendolmetschermöglichkeiten, aber auch eine Inklusionswoche, die wir machen möchten. Wie Frau Kollegin Remlinger schon sagte: Mehr wäre immer gut. Aber es ist jetzt eben so, wie es ist, und damit müssen wir auch klarkommen.

ALLRIS haben wir deshalb im Jahr 2027 eingestellt, weil wir das unserer Kenntnis nach so machen sollen. Ich sehe jetzt auch kein Drama dahinter.

Bei den Bibliotheken haben wir teilweise umgesetzt, nicht in vollem Maße, das stimmt. Wir sind hier gerade noch in einer Personalentwicklungsmaßnahme, in der wir tatsächlich unsere Personalstruktur im Amt für Weiterbildung und Kultur anschauen, und da gehört diese Entwicklung im Bereich Bibliotheken auch dazu. Wir wollen das bis Februar nächsten Jahres abgeschlossen haben. Aktuell kann ich keine weiteren Dinge dazu sagen.

Herr Zillich, vielen Dank für die Fragen! – Bei der PMA haben wir uns nicht dazu entschieden, die auf alle OE-Einheiten prozentual umzulegen, sondern der Versuch ist es jetzt, in der Haushaltswirtschaft erst mal selber irgendwie hinzukommen. Sie wissen: Die großen Spielräume sind da vor allen Dingen beim Personal – auch Personal, das für ein ganzes Jahr finanziert ist, aber vielleicht erst zum halben Jahr kommt, wie auch immer. Aber diese PMA ist für uns das erste Mal deutlich ein Haushaltsrisiko, und wir werden das sehr genau beobachten, auch mit den einzelnen Ämtern.

Beim Integrationsfonds rechnen wir – finale Aussagen haben wir noch nicht – für Lichtenberg mit ungefähr knapp einer Million Euro, die wir bekommen. Wir haben uns sehr gewünscht, dass es nicht in auftragsweiser Bewirtschaftung erfolgt, sondern dass wir eigentlich mehr in unserer eigenen Planung in unserem Haushalt haben. Der Switch kam jetzt, glaube ich, vor zwei Jahren oder vor einem Jahr; der Senat hat sich da anders entschieden. Ich glaube, dass wir da jetzt bürokratisch viel mehr leisten müssen, als nötig wäre. Wir haben eine große Unterkunft dazubekommen, das ist das ehemalige Hotel an der Landsberger Allee. Wir haben damit, glaube ich, die größte Gemeinschaftsunterkunft Berlins, und wir werden umsteuern

müssen, sodass wir im Integrationsfonds vor allen Dingen hierhin steuern und von anderen Örtlichkeiten in unserem Bezirk wegsteuern.

Zur Mietpreiserhöhung kann ich Ihnen mitteilen, dass ich weiß, dass auf Landesebene eine Arbeitsgruppe gegründet wurde. Wir haben bisher kein Personal eingestellt, und wir wollen erst mal die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe abwarten, um dann auch aktiv zu werden.

Bei unseren Musikschulen mussten wir glücklicherweise keine Einsparungen vornehmen; wir können das volle Programm weiterfahren, haben jetzt aber auch eine sehr behutsame Anhebung der Teilnehmergebühren vorgesehen. Das ist aber, glaube ich, sehr vertretbar – im Vergleich zu privaten Musikschulen mehr als vertretbar.

Beim Psychiatrieentwicklungsplan hat meine Kollegin mir gesagt, dass wir hier gemäß Zuweisung finanzieren. Ich müsste hier aber noch mal in der QPK nachfragen, wenn Sie das konkreter wissen wollen. Wir müssen aber mit den Mitteln auskommen, die uns per Zuweisung auch gegeben wurden.

Bei der Grundsteuer geht es uns ähnlich wie in Mitte: Wir haben da jetzt nicht so wahnsinnig viele große Ausreißer. Wir werden da, wo es möglich ist, wo wir selber auch Vermieter sind, das auch weitergeben. Wenn es freie Träger sind, muss man fragen, ob die es in der Zuwendung auch weitergeben können, manchmal ist es ja tatsächlich so eine Folge, aber wenn es nicht möglich ist, werden wir sehr behutsam das Gespräch suchen und niemanden überfordern oder irgendwelche Entscheidungen treffen, die dann tatsächlich zu einem Aus irgendeines Projektes oder einer Maßnahme führen. Das werden wir nicht tun. Es ist aber nicht das Thema, das bei uns so stark obenauf liegt.

Zum Thema Bildung, Jugend, Familie: Vielen Dank für die Fragen! – Wir können alle Jugendfreizeiteinrichtungen und Familienzentren in gleicher Weise weiterfinanzieren. Hier gibt es keine Einsparungen. Die Haushaltssperre ist ja auch für dieses Jahr, nicht für das nächste, nicht für den Doppelhaushalt. Wir haben sie jetzt noch nicht aufgelöst. Wir sind hier sowohl auf Arbeitsebene als auch auf Bezirksamtsebene im Gespräch dazu, wie wir mit den letzten Monaten in diesem Jahr noch umgehen werden.

Bei der Schülerbeförderung haben wir uns angeschaut, wo es kurze Wege gibt, bei denen wir es für zumutbar halten, dass Kinder zur Schwimmhalle dann mit dem öffentlichen Personennahverkehr fahren, wenn es jetzt zwei Stationen oder so sind, und haben mit den Schulen besprochen, dass wir das nicht mehr finanzieren werden. Wenn ich mir den Schuleingangsbericht angucke, haben wir bei sehr vielen Kindern tatsächlich das Thema der Mobilität, dass die sich selbst zu wenig bewegen, und ich halte es für richtig, dass wir dann auch solche Möglichkeiten wahrnehmen, und dieser Shuttle von der Tür bis zur Tür, mit dem gar keine eigene Bewegung mehr möglich oder nötig ist, muss auch nicht sein. Ich halte das tatsächlich auch für pädagogisch richtig, hier Kinder auch ein bisschen in Bewegung zu schicken.

Ich halte es übrigens auch für pädagogisch richtig, wenn die Schulen mehr Verantwortung für ihre Toiletten übernehmen. Es ist ja nicht so, dass fremde Menschen diese benutzen und sie dreckig hinterlassen; es sind die Kinder, die dort zur Schule gehen. Wenn wir mit Eltern im Dialog sind, die sich tierisch darüber aufregen, dass wir die Toiletten ihrer Kinder nicht sauber machen, muss man hier, glaube ich, auch mal pädagogisch das Gespräch führen. Ich weiß

nicht, wie Sie, die Kinder haben, das Zuhause handhaben. Wir haben übrigens auch mit den Schulen gesprochen und erfahren, dass es überhaupt gar nicht in jeder Schule ein Thema ist. Es gibt Schulen, in denen das auch sehr gut ohne die Zwischenreinigung funktioniert. Wir mussten jetzt tatsächlich auf diese Tagesreinigung – die auch nicht die Böden betrifft, sondern rein die Toilettenschüsseln und Toilettenbrillen – verzichten. Die Kollegin im Bezirksamt ist aber hier gerade mit einem Riesenmaßnahmenkatalog dabei, das zu kompensieren und Möglichkeiten zu eruieren, wie wir das anders aufgreifen als tatsächlich über die Vergabe von mehr Leistungen an Schulreinigungsfirmen. – Bei der Schulreinigung selbst kürzen wir gar nicht. Wir müssen sogar noch mal 1,7 Millionen Euro draufpacken, weil alles immer teurer wird.

Bei den Spielplätzen werden wir sehen müssen, wie wir mit den Kürzungen in der Grünflächenunterhaltung dann umgehen. Das wird meine Kollegin zu händeln haben, inwieweit wir hier priorisieren müssen, welche Spielplätze dann auch saniert und repariert werden. Das werden wir dann im Laufe des nächsten Jahres sehen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister! – Frau Staatssekretärin Mildenberger, bitte!

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wenn ich es richtig gesehen habe, kam für den Senat einmal die Frage zur Tiersammelstelle und einmal zu New Work.

Bei der Tiersammelstelle, Herr Ziller, war es in der Vergangenheit auch schon immer so, dass es mal Kostensteigerungen gegeben hat, denen auch Kostenschätzungen zugrunde lagen, und das ist immer basiskorrigiert worden. Ich höre es gern, wenn der Ausschreibungsprozess jetzt weiter vorangeschritten ist; in diesem Rahmen müssen ja auch die Kostenschätzung und die Kostenerläuterungen von der Tiersammelstelle beziehungsweise vom Träger dann vorgelegt werden. Dann können wir uns das anhand dessen anschauen und dann eben die Globalsummenzuweisung, die ja aufgrund der bisherigen Kosten erfolgt ist, dann eben entsprechend um das Delta ergänzen, was dann eben mit Kostenschätzungen unterlegt ist.

Bei allen Fragen rund um New Work, Herr Ziller, haben Sie die Räume der Klosterstraße 71 vor Augen. Das ist leider nicht so, wie es in der SenFin aussieht. Auch wir stehen genau vor den Herausforderungen, dass wir New Work in den bestehenden Räumen betrachten müssen und schauen müssen, was dort wie zusammengelegt, geändert werden kann. Die Klosterstraße 71 ist ja sozusagen eine temporäre Drehscheibe. Wir geben sie ja ab; das haben wir ja bei der ersten Lesung des Einzelplans 15 hier auch schon erörtert, dass wir uns als SenFin auf dem Campus Klosterstraße 59 gemeinsam versammeln.

Wie lassen wir die Bezirke und alle anderen an den Erfahrungen teilhaben? – Es gibt einmal das große Projekt TOM – Technik, Organisation, Mensch. Wir haben innerhalb dessen aber auch schon im Vorgriff ein bezirkliches Pilotprojekt gemacht, bei dem wir eben gesagt haben: Wir nehmen mal zwei Bezirke, die auch Anträge auf New Work gestellt hatten, und nehmen noch andere Bezirke dazu, fünf an der Zahl, um gemeinsam eben nicht nur Sammelbestellverfahren auszuarbeiten, sondern auch zu fragen: Wie geht man konzeptionell vor? Wie kann man gemeinsam voneinander lernen? Was kann man verschriftlichen? Was kann man anderen an die Hand geben?

Das Ziel ist auch, ein rollierendes Finanzierungssystem zu erarbeiten und zu schauen, wie man eben bestimmte Leitlinien oder sonstige Dinge heranziehen kann, um das zu unterstützen. Der Bezirksbürgermeister hat es ja gesagt: Das ist ein Weg, der viele Schritte hat, aber wir sind schon einige gegangen und wir sind da auch gemeinsam unstreitig auf dem Weg, den weiter zu gehen, weil wir es eben nicht unter Einsparaspekten sehen, sondern wirklich unter dem Aspekt der Steigerung der Attraktivität und als zeitgemäße Arbeitsformen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Ziller, bitte schön!

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielen Dank! – Dazu nur kurz die Nachfrage: Bezirksbürgermeisterin Remlinger hatte ja vorgeschlagen, dass man bei den Leitlinien tatsächlich gucken könnte, ob man ein paar bauliche Anschaffungsmaßnahmen und so auch aus den Unterhaltsmitteln nehmen kann. Ist das etwas, was vielleicht sogar schon zum nächsten Haushaltsjahr wirksam werden könnte? –, denn Sie deuteten auch an, dass man in so eine Richtung gehen kann. Ich kenne auch die Bestandsräume. Ich glaube, in dem Campus SenFin gab es ja auch einzelne Räume, die umgestaltet wurden, in denen, glaube ich, zwei oder drei Wände herausgenommen wurden. Das sind ja alles Maßnahmen, die in den Bezirken auch infrage kämen. Insofern wäre das sicher hilfreich, wenn man da verfügbare Mittel aus dem baulichen Unterhalt auch in dem einen oder anderen Fall nutzen kann. Ist das ab nächstem Jahr möglich?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Zillich, bitte!

Steffen Zillich (LINKE): Ich habe eine Nachfrage an den Herrn Bezirksbürgermeister: Sie hatten zum Thema Parkraumbewirtschaftung gesagt, dass das für Sie nicht infrage kommt, dass das nicht wirtschaftlich ist in Lichtenberg. Ob etwas wirtschaftlich ist, hängt ja auch von den Rahmenbedingungen ab: Mit welchen Einnahmen kann man rechnen und welche Kosten ergeben sich dafür? – Insofern würde ich nachfragen wollen, wie sich aus Ihrer Sicht die Wirtschaftlichkeit gestalten würde, wenn es eine Entlastung bei den Aufbaukosten geben würde, also im Sinne einer Anschubfinanzierung. Oder sagen Sie, dass das für Sie gar kein Thema ist, dass Sie das aus anderen Gründen nicht gut finden und deswegen nicht weiter verfolgen?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Bezirksbürgermeister, bitte schön!

Bezirksbürgermeister Martin Schaefer (BA Lichtenberg): Vielen Dank! – Parkraumbewirtschaftung finanziert sich nicht allein durch die Nachbarn, die ein Ticket ziehen. Das allein reicht nicht. Ich brauche Leute, die dorthin fahren, ein Ticket ziehen, und da wissen Sie ja, wie die Kosten sind. Die sind in unserer Stadt auch unterschiedlich. Die nötige Fluktuation haben wir einfach nicht. Durch Studien, die jetzt schon ein paar Jahre alt sind, das gebe ich zu – ich glaube, vier oder fünf Jahre alt –, haben wir das für ein paar Gebiete einmal testen lassen, gerade für die, die am nächsten an Friedrichshain liegen: Kaskelkiez, Frankfurter Allee Süd, Alt-Lichtenberg. Das ist nicht abbildbar und stellt sich für uns nicht als Thema dar. – Zur Bauunterhaltung: Ich weiß nicht, ob da Änderungen geplant sind.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Ich schaue mal in Richtung Staatssekretärin Mildenberger, die sich auch schon zu Wort meldet. – Bitte schön!

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Herr Ziller, Sie waren ja auch, sage ich hier mal so ganz offen, Teil der Arbeitsgruppe zur Evaluation der Bezirksfinanzierung. Da haben wir uns ja auch schon das eine oder andere bei den Leitlinien angeschaut und haben ja zum Beispiel jetzt schon für den 2025er-Haushalt auch eine gewisse Flexibilität bei den Hochbauleitlinien eingeführt.

Zum Thema New Work hatte ich ja gerade spezifisch ausgeführt, dass wir dieses Bezirksprojekt haben, in dem wir uns eben nicht nur die Konzepte anschauen, sondern auch fragen, wie man ein Finanzierungssystem gestalten kann. Das prüfen wir noch und sobald wir das abgeschlossen haben, werden wir Sie unterrichten.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kann der Bericht zu a) zur Kenntnis genommen werden, und bei der Fristverlängerung zu b) gehe ich von Zustimmung aus. – Ich sehe keinen Widerspruch. – Dann wünsche ich Ihnen noch einen angenehmen Tag, Herr Bezirksbürgermeister!

Wir kommen dann zum nächsten Bezirk:

02 - Friedrichshain-Kreuzberg

Mitberaten wird:

Bericht BA Friedrichshain-Kreuzberg – BzBm – vom
29.08.2025

[1830 S](#)
Haupt

**Quartalsberichte (2024 und I 2025) über die
eingegangenen Verpflichtungen und die daraus
resultierenden Verbindungen zukünftiger Jahre
hier: BA Friedrichshain-Kreuzberg**
gemäß Auflage A. 1 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25

Ich freue mich, Frau Bezirksamtsbürgermeisterin Herrmann und Ihre Mitarbeiterinnen begrüßen zu dürfen und erteile ihr auch gleich das Wort für die circa fünfminütige Stellungnahme! – Bitte schön!

Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann (BA Friedrichshain-Kreuzberg): Herzlichen Dank! – Einen wunderschönen Guten Tag! Danke auch an Frau Noetzel, die neben mir sitzt, Leiterin des Finanzservice und Steuerungsdienstes, und daneben sitzt ihre Stellvertretung, Frau Gast! – Es ist jetzt schon sehr viel von der Kollegin und dem Kollegen, die im Vorfeld da waren, angesprochen worden. Ich möchte mich an der Stelle aber auch noch mal einleitend dafür bedanken, hier heute zu unserem Bezirkshaushalt und zum Globalsummenschreiben und Plafond für alle zwölf Bezirke angehört zu werden!

Wir zwölf Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister haben uns ja auch gemeinsam an den Regierenden und an den Finanzsenator gewandt und haben noch mal sehr deutlich gemacht, wie angespannt die finanzielle Lage für alle zwölf Bezirke ist. Uns ist selbstverständlich bewusst, dass diese angespannte finanzielle Lage nicht nur die Bezirkshaushalte, sondern auch den Landeshaushalt und auch die generellen öffentlichen Finanzen in unserem

Land betrifft. Ich möchte an der Stelle aber schon noch mal sehr deutlich sagen, warum wir über diese strukturelle, prinzipielle grundsätzliche Unterfinanzierung reden, und warum das auch in einer Spirale von Doppelhaushalt zu Doppelhaushalt schwieriger wird.

Alle zwölf Bezirke befinden sich auf einer Abrutschbahn; einzelne Bezirke sind bereits Konsolidierungsbezirke, und wenn das so weitergeht, werden wir hier demnächst immer mehr Bezirke haben, die Konsolidierungsbezirke sind. Das liegt an der Logik der Bezirksfinanzierung. Wenn man darüber in den Austausch kommt, dann kommt man sich häufig vor, als rede man über Quantenphysik, weil irgendwann alle Menschen aussteigen. Ich versuche, Sie heute mitzunehmen und mich nicht in den Details zu verlieren. Wenn wir aber über den Plafond sprechen, dann ist hier schon eine grundsätzliche Thematik angesprochen worden: Das ist einfach der Sachverhalt, dass der Plafond auf den Ausgaben von 2024 aufbaut. Wenn ich mir den gesamten Teil der Transferausgaben für diesen Doppelhaushalt anschau, dann liegt der Plafond für 2026 für alle Bezirke mit 37 Millionen Euro unter den Ist-Ausgaben von 2024, und da rede ich über alle Transferausgaben, und das in einer Zeit, in der Sie alle wissen, dass die Transferausgaben leider davon betroffen sind, dass die Kosten steigen und dass auch die Notwendigkeit steigt, dass es mehr Menschen gibt, die auf Unterstützung angewiesen sind. Wir wissen also schon heute, dass wir hier eine erhebliche Unterfinanzierung im nächsten Doppelhaushalt haben werden.

Wenn Sie sich Bereiche wie die Schulwegbeförderung behinderter Kinder anschauen, dann ist für das Jahr in der Zuweisung weniger vorgesehen, als die Ist-Ausgaben des Jahres 2022 über alle Bezirke waren. Ich möchte mich an der Stelle sehr ausdrücklich an Sie richten: Wir haben auch eine Debatte über eine Haushaltssperre bei mir im Bezirk, und ich weiß, dass es da jetzt auch so ein Pingpong in der Presse gibt zwischen der Senatsfinanzverwaltung und dem Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Das können wir hier gern miteinander in den Details weiter ausführen. Es geht hier aber um die Sozialämter und die Jugendämter, die dafür verantwortlich sind, gesetzliche Aufgaben zu erfüllen. Es geht hier darum, Familien, die Unterstützung brauchen, zu unterstützen; es geht darum, den Kinderschutz zu gewährleisten. Wenn wir darüber reden, dass es um andere soziale Standards geht, dann hat dieses Haus hier mitzureden, und dann finde ich, ist diese Entscheidung auch an der Stelle hier richtig. Dann redet man über Standards, die im Land Berlin einheitlich sein sollten, und es kann nicht davon abhängig sein, wie der Bezirk bei der KLR im Produkt Beförderung behinderter Kinder zur Schule dasteht, wie viel Leistungen man bekommt. Das ist für die Berlinerinnen und Berliner nicht verständlich. An der Stelle möchte ich deshalb sehr deutlich sagen: Dieser Transferteil ist ein wesentlicher Teil, über den wir hier reden.

Bei den Ausführungen zum Thema öffentlicher Raum, Sauberkeit, Sicherheitsgipfel kann ich mich den Ausführungen meiner Kollegin aus Mitte anschließen und kann sagen, dass das eine höchst angespannte Situation ist, weil wir heute keinem sagen können, wie die Finanzierung ab 2026 aussieht, und die Mitarbeitenden, die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die beispielsweise in Kreuzberg aufsuchende Sozialarbeit machen, müssen sich jetzt arbeitssuchend melden. Wir reden beim Thema der Maßnahmen zum Sicherheitsgipfel von einem Umfang von 2,6 Millionen Euro für Kreuzberg, und ich bin dem Regierenden sehr dankbar, dass er hier klare Worte findet und hoffe, dass das auch darin endet, dass wir auch eine wirkliche Finanzierung sicherstellen können.

Ich erlaube mir, beim Thema New Work noch auf einen Aspekt hinzuweisen. Wir sind ja in einem intensiven Austausch miteinander. Wir haben hier bei uns in diesem Bezirkshaushalt aber einen Sachverhalt, an dem man das, glaube ich, sehr plastisch und deutlich machen kann: Unser Rathausstandort ist ein angemieteter Standort. Wir mussten den Mietvertrag neu verhandeln und haben dabei berücksichtigt, dass wir pro Jahr 500 Quadratmeter abmieten werden. Wir machen also an diesem Standort eine Verdichtung, und nichtsdestotrotz steigt die Mietzahlung, die wir absolut leisten müssen, um einen siebenstelligen Betrag. Dafür wächst aber nicht mein Bezirksplafond. Ich habe also weniger Raum zur Verfügung; die Kolleginnen und Kollegen werden zusammenrücken. Wir werden unser Bestes geben, dass das im Sinne von New Work auch dazu führt, dass es bessere Bedingungen für die Kolleginnen und Kollegen sind, vor Ort zu arbeiten. Finanziell habe ich aber erst mal trotzdem eine Mehrausgabe, weil die Mietentwicklungen in unserem Land eben so sind, wie sie sind, und habe da sogar die Belastung, dass ich das von allen einsammeln muss.

Dann möchte ich mich ganz kurz dazu bewegen, Sie als Finanzerin auf einen Sachverhalt hinzuweisen: In diesem Haushaltsentwurf werden keinerlei EU-Fördermittel aus dem Bereich Klima mehr weitergeführt, nur noch Projekte, die bereits bewilligt worden sind – und das auch nicht in vollem Umfang. Das betrifft die BENE-Programme, aus denen viele Bezirke Projekte in der Vergangenheit gemacht haben, in die wir auch Arbeit reingesteckt haben und für die wir positive Projektskizzen haben. Hier kann jetzt überall die Finanzierung nicht fortgesetzt werden, oder sie wird abgelehnt. In einem Fall haben wir sogar ein Projekt, für das wir eine Finanzierungszusage vorliegen haben und für das uns jetzt nur noch teilweise Finanzierung durch die Senatsverwaltung zugesichert wird. – Jetzt mal ganz unabhängig davon, wie man dazu steht, bis wann man Klimaziele erreichen muss: Wir haben in diesem Bereich sehr viele Maßnahmen, die Energieeffizienz bedeuten. Ich spare damit wirklich einfach Betriebskosten ein, und ich habe die Hebelwirkung, dass ich für einen Euro, den das Land Berlin einsetzt, 2,50 Euro von der EU bekomme. Über die gesamte Förderperiode berechnet wird das Land Berlin deshalb rund oder etwas über 200 Millionen Euro Fördermittel der EU nicht abrufen. Das ist einfach finanzpolitisch nicht vertretbar und nicht verständlich. Ich kann damit Maßnahmen machen, die mir Energiekosten einsparen, Betriebskosten einsparen, und ich rufe keine EU-Fördermittel ab. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie hier noch mal als Haushaltsgesetzgeberin gegensteuern könnten. Wenn dies nicht der Fall ist, würde ich mir auch hier die Flexibilität wünschen, dass wir einen Mechanismus dafür finden, dass die Bezirke wenigstens selber an den EU-Mitteln partizipieren können, denn das können wir nicht. Wir dürfen bei den BENE-Mitteln keine Anträge stellen. Ich kann also nicht selber mit meinen Investitionsmitteln die 2,50 Euro von der EU heben; das würde ich dann aber wenigstens gern tun können, um wenigstens ein bisschen was auffangen zu können.

Und, weil das Thema war – das ist dann auch der Abschluss, dann sparen wir eine Frage –, zum Thema Grundsteuerbelastung: Ja, das trifft Friedrichshain-Kreuzberg besonders hart, das trifft unsere Grundstücke besonders hart. Ich habe mich im Frühjahr auch an den Finanzsenator gewandt. Damals waren die Bescheide, die vom Finanzamt gekommen sind, noch in einer Größenordnung von rund 400 000 Euro Mehrkosten; mittlerweile bewegen wir uns, weil wir mehr Bescheide erhalten haben, in einem Bereich von Mehrkostenbelastungen von 800 000 Euro für den Bezirkshaushalt Friedrichshain-Kreuzberg. Das beruht darauf, dass wir einzelne Grundstücke haben, bei denen wir eine Explosion von über 2 000 Prozent haben. Das sind Grundstücke, die in der Tat im Finanzvermögen liegen, die vermietet sind, unter anderem an Clubs, wie zum Beispiel das ://about blank oder das YAAM.

Wir haben hier um Basiskorrektur gebeten, und es gab eine sehr klare Aussage, dass es diese Basiskorrektur nicht geben wird und dass der Bezirk das eins zu eins weiterzureichen hat an die Mieterinnen und Mieter. Es war auch die Frage, ob es nur den Bezirk, also das Bezirksamt mit Grundstücken, betrifft oder ob wir auch von weiteren Fällen wissen. Ich weiß von weiteren Fällen in unserem Bezirk: Das betrifft beispielsweise einen Gewerbehof in der Ratiborstraße, der von der BImA verwaltet oder dort angemietet wird, und ich kann Ihnen sehr deutlich sagen: Diese Grundsteuerreform führt zu enormen Verwerfungen. Es sind Fälle dabei, die vielleicht nicht mit bedacht worden sind bei dieser Reform. Ich kann nur als Bezirksbürgermeisterin des höchstverdichteten Innenstadtbezirkes sagen: Wir brauchen auch in Zukunft solche Orte in der Innenstadt, die nicht hochverdichtet sind, bei denen es nicht darum geht, das Maximale herauszuschöpfen, was die Bebauung anbelangt, und dann Bürokomplexe entstehen, sondern wir brauchen auch so Orte, wie wir sie mit dem YAAM, dem ://about blank oder auch kleineren Gewerbehöfen haben, die nicht hochverdichtet sind. Ich kann Sie nur bitten: Schauen Sie sich das an und finden Sie einen Mechanismus, mit dem wir diese enormen Fälle, von denen, glaube ich, keiner wollte, dass sie eintreffen, auffedern und auffangen können in der Stadt, weil wir solche Orte auch in der Innenstadt brauchen. Das trifft übrigens auch Bäder oder Strandbäder oder andere Orte, und auch da würde ich Sie bitten: Finden Sie Lösungen! – Herzlichen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Bezirksbürgermeisterin! – Das war jetzt etwas länger, aber wenn dadurch etwaige Fragen gleich mit beantwortet worden sind, soll es uns recht sein. Ich schaue mal, ob es Wortmeldungen gibt. – Herr Kollege Goiny, bitte!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank, Frau Bezirksbürgermeisterin, für Ihre Ausführungen! – Ich wollte den Punkt, den Sie zuletzt angesprochen haben, noch einmal aufgreifen, weil das in der Tat etwas ist, das wir hier mit Aufmerksamkeit verfolgen, nämlich die Situation und Auswirkungen der Grundsteuer insbesondere auf Clubs, Kultureinrichtungen und auch auf bestimmte Bädereinrichtungen. Das ist ein Thema, das wir uns hier noch mal ernsthaft vornehmen, und insofern, glaube ich, ist die Diskussion an dieser Stelle noch nicht beendet. Ich würde das aber gern mit zwei, drei Nachfragen verbinden, die das Themenfeld im Weiteren umreißen, und gegebenenfalls darum bitten, dass Sie das notfalls noch mal schriftlich nachreichen.

Zum einen ist es richtig, dass der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg an dieser Stelle vielleicht durchaus besonders betroffen ist. Das liegt natürlich auch an veralteten Bebauungsplanungen, also insbesondere aus dem Bereich der Mediaspree-B-Planung, wo sich heute noch einige Clubstandorte auf diesen Grundstücken befinden, bei denen wir aber im Übrigen schon länger verabredet haben, dass sie dauerhaft als solche Standorte genutzt werden. Da stellt sich natürlich die Frage, warum der Bezirk hier nicht allein aus planungsrechtlichen Gründen klarstellt, dass diese alten Mediaspree-B-Pläne dort nicht mehr gelten, sondern tatsächlich diese Standorte dauerhaft als Kulturstandorte gesichert werden. Das betrifft zum einen das YAAM, aber natürlich auch den bereits fertigen B-Plan am Holzmarkt, den man aufgrund der aktuellen Situation vor Ort möglicherweise einfach nur teilen müsste. Mir ist nur bekannt, dass Sie gesagt haben: Na ja, so ein B-Plan ist halt aufwendig und dauert. – Das stimmt, aber wer nie anfängt, wird natürlich auch nie fertig. Ich glaube, als klare Aussage zum Erhalt von Standorten wäre das auf jeden Fall ein ergänzendes, gutes Signal des Bezirks, wenn man sich an dieser Stelle auf den Weg machen würde.

Zum dauerhaften Erhalt solcher Standorte gehört natürlich auch, wir hatten das beim Einzelplan 07 – Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt – schon mal thematisiert, dass der Bezirk hier offensichtlich immer noch die Idee verfolgt, an der Spree Uferwanderwege anzulegen, die aber aufgrund der Eigentumsverhältnisse natürlich nie zu einem zusammenhängenden Uferwanderweg führen werden. Offensichtlich nötigt man jetzt die Schwächsten in der ganzen Kette, nämlich die Clubs und Kulturstandorte, dort einen Beitrag zu leisten, insbesondere das YAAM, wo die bezirkliche Planung offensichtlich vorsieht, dass man dort einen 200 Meter langen Uferwanderweg quer durch das Clubgelände anlegen soll, der dahinten in der Sackgasse endet, wo man vor- und zurückgehen kann, aber natürlich die Abschließbarkeit und Sicherheit des Geländes komplett gefährdet und damit den Betrieb quasi unmöglich macht. Da wäre unsere herzliche Bitte, dass der Bezirk diese Planung einmal überarbeitet beziehungsweise an dieser Stelle einstellt, weil dort ein geschlossener Uferwanderweg überhaupt gar keinen Sinn macht und wir zumindest die Auffassung vertreten, dass ein Kulturstandort am Spreeufer höherrangig zu bewerten ist als die Möglichkeit, dort hundert Meter spazieren zu gehen. Darum würde ich Sie in diesem Zusammenhang bitten, weil das natürlich in diesen Gesamtzusammenhang gehört, wie man derartige Kulturorte gerade in einem so dicht besiedelten Bezirk wie Friedrichshain-Kreuzberg dauerhaft erhält, weil das einer der wenigen Orte ist, wo man tatsächlich noch eine interessante kulturelle Nutzung direkt am Spreeufer hat.

Schließlich frage ich noch, wie jetzt der Stand des Bebauungsplanverfahrens und der Sicherung der Kulturorte auf dem RAW-Gelände ist. Da gibt es wohl Ideen, wie man das dauerhaft sichern kann, aber mir ist nicht ganz klar, welchen Stand aktuell das Bebauungsplanverfahren

hat, um das abschließend zu sichern. – Etwas umfangreichere Themen, aber wir freuen uns natürlich auch auf eine schriftliche Stellungnahme. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Mal schauen. – Herr Kollege Ziller, bitte!

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielen Dank! – Ein Teil der Fragen, die ich gestellt hätte, wurden mit dem Input schon beantwortet. Wir stellen fest, beim Sicherheitsgipfel gibt es keine verbindlichen Zusagen. Der Regierende hat es beim Haushaltsbeschluss einfach vergessen anzumelden, und jetzt wird irgendwer für ihn nacharbeiten. Darauf hoffen wir sehr. – Aber eine konkrete Frage: Die anderen Kollegen hatten jeweils schon die Musikschulen angesprochen. Dazu gab es bei Ihnen im Bezirk auch eine Debatte. Bekommen Sie es hin, dass die Angebote in der Musikschule erhalten bleiben, oder wie ist der Debattestand?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Wiedenhaupt, bitte!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Danke! – Danke für die Ausführungen, Frau Bürgermeisterin! Nun sind Sie der einzige Bezirk, der bisher eine Haushaltssperre angemeldet hat – nein, nicht der einzige, aber immerhin einer der wenigen Bezirke, die das gemacht haben –, und man konnte den Medien entnehmen, dass es durchaus ein Verschieben der Argumente zwischen Ihnen und der Finanzverwaltung gibt. Deshalb würde mich von beiden Seiten interessieren, wie Sie dazu stehen. Zumindest im Tagesspiegel ist das vor zwei Tagen, Frau Staatssekretärin, relativ ausführlich im Update gebracht worden, und vielleicht können wir hier eine Aufklärung bekommen.

Meine Standardfrage auch an Sie ist die Darstellung der Mittel, die Sie für den Beauftragten für Menschen mit Behinderung, Beirat für Teilhabe beziehungsweise Beirat für Behinderungen, für die Sachausgaben ausgeben.

Zu ALLRIS habe ich gesehen, dass Sie gar keine Mittel für das Update eingesetzt haben. Zumindest finden wir sie nicht hier im Haushaltsplan. Deshalb die Frage: Wird Friedrichshain-Kreuzberg ausscheren oder ein anderes Format finden, um die Öffentlichkeitsarbeit der BVV, die Informationen überhaupt und die Arbeitsweise der BVV sicherstellen zu können?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön! – Frau Kollegin Brychey, bitte!

Franziska Brychey (LINKE): Vielen Dank! – Ich habe Fragen zum Bereich Miete und auch zum Bereich Jugend, Familie, Schule. – Beim Bereich Miete ist es so, dass in Friedrichshain-Kreuzberg jetzt der erste wirkliche Fall vorgelegt wurde, bei dem eine Strafzahlung wegen Mietwucher verhängt worden ist, also einerseits, dass der Mieterin Geld zurückerstattet wurde, und andererseits, dass eine Strafzahlung fällig geworden ist. Dazu wollte ich fragen, wie viele Stellen Sie für das Thema Mietwucher und Zweckentfremdung eingestellt haben und ob die bezirkliche Mieterberatung in der normalen Höhe fortgeführt werden kann.

Zum Bereich Jugend und Familie würde mich interessieren, wie die PMA im letzten Doppelhaushalt angebracht und umgesetzt worden ist, wie Sie die PMA jetzt im kommenden Doppelhaushalt planen und welche Auswirkungen das auf den Jugendbereich hätte.

Uns interessiert natürlich auch die Frage der Schulreinigung, Tagesreinigung: Kann sie erhalten werden? Sie selbst haben von den Beförderungskosten für Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigungen gesprochen. Dazu würde mich interessieren: Wie ist denn der Haushaltsansatz, und was mussten Sie hier nachsteuern, damit es bedarfsgerecht ist? Zu den sogenannten Schwimmbussen: Kann das Angebot hier aufrechterhalten werden?

Jugendarbeit generell: Kommt es bei den Jugendfreizeiteinrichtungen zu Kürzungen oder kann hier alles gesichert werden? Sie selbst haben die Frage der Straßensozialarbeit und des Sicherheitsgipfels aufgeworfen. Dazu würde mich interessieren: Welche Auswirkungen hat der Wegfall dieser 2,6 Millionen Euro beim Sicherheitsgipfel und auf die Angebote für die Menschen, die das dringend benötigen? – Danke!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön! – Frau Bezirksbürgermeisterin, bitte!

Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann (BA Friedrichshain-Kreuzberg): Herzlichen Dank! – Ich fange an, und es darf dann gern ergänzt werden zu den weiteren Details, insbesondere der letzten Fragen. Ich fange mit dem vorderen Teil an. – Herr Goiny, wollen Sie alles schriftlich oder soll ich trotzdem noch Ausführungen machen? Ich frage einfach wegen der Zeit.

Christian Goiny (CDU): Dann gern alles schriftlich.

Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann (BA Friedrichshain-Kreuzberg): Dann erhalten Sie alles schriftlich, und ich komme zum Thema Musikschulen, angesprochen von Herrn Ziller und vorhin auch von Herrn Zillich. Grundsätzlich ist es in der Finanzierungssituation bei den Musikschulen so, dass wir nur das Thema Festanstellungen unterstützen können. Das ist auch eine Debatte, die hier im Hause läuft. Ich muss Ihnen aber sehr deutlich sagen, das wissen Sie auch, dass das mit der Zurverfügungstellung von mehr Mitteln für alle bezirklichen Musikschulen verbunden ist. Zu der Frage, wie sich die Lage derzeit darstellt: Grundsätzlich ist es so, dass die Musikschulen und Volkshochschulen Honorarsteigerungen im Plafond nicht zugewiesen bekommen, sondern aufgefordert sind, diese damit zu kompensieren, dass man entweder die Preise erhöht, also die Entgelte für die Schülerinnen und Schüler in der Musikschule, oder das Angebot reduziert. Es ist jetzt das erste Mal in neun Jahren, seit ich diesen Bereich verantworte, dazu gekommen, dass wir die Preise in der Musikschule erhöhen, um diese Honorarsteigerungen so abfangen zu können, dass es nicht zu einem drastischen Einschnitt bei den Angeboten kommt. Sie müssen wissen, wir haben bei uns im Bezirk über 2 000 Menschen auf der Warteliste für einen Musikschulplatz.

Wir haben grundsätzlich den Haushalt so aufgestellt, dass wir im Rahmen der Zulässigkeit auch eine Pauschale Minderausgabe eingeplant haben, die wir dezentral nach den Kriterien verteilt haben, wie die Serviceeinheit Finanzen das berechnet hat. Das bedeutet – so, wie wir den Haushaltsentwurf vom Bezirksamt hatten – eine Fortschreibung der Einsparungsgröße für jedes Amt, wie sie aktuell im Haushalt ist. Unsere Prämisse war also, dass wir die Angebotsstrukturen geradeaus fahren lassen wollen. Das Bezirksparlament hat eine andere politische Priorität gesetzt und die Pauschale Minderausgabe im Bereich Kultur verdoppelt, was dazu führen wird, dass wir das Angebot der Musikschule vom Umfang her nicht mehr in der Form aufrechterhalten können, sondern dort Einsparmaßnahmen erfolgen müssen, weil wir diese Pauschale Minderausgabe auflösen müssen.

Dann zu der Frage, was der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen zusteht: Ihr steht exakt das zu, nach welchen Grundsätzen wir den Haushalt aufgeteilt haben. Ihr steht das zu, was sie 2024 verbraucht hat, und genau in dem Rahmen werden die Gelder auch wieder zur Verfügung gestellt. Auch die Beauftragte für Menschen mit Behinderung kann also weiterhin Veranstaltungen machen, in dem Rahmen, wie es 2024 gemacht wurde.

Ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, dass das alles Bereiche sind, die keine Produkte und kein Budget für den Bezirk erwirtschaften und dementsprechend Overhead sind, was auch eine grundsätzliche Problematik der Bezirksfinanzierung ist. Ich halte das Angebot, dass die Beauftragten machen, für wesentlich und essenziell. Weil es kein Budget erwirtschaftet, führt es aber in der Bezirksfinanzierungslogik dazu, dass es mir im nächsten Doppelhaushalt das Geld in der Zuweisung entzieht. Das will ich hier einfach sehr deutlich machen, weil das schon eine Situation ist, von der, glaube ich, alle Kolleginnen und Kollegen wissen, dass es immer nicht einfach ist, über den sogenannten Overhead zu sprechen.

BVV und ALLRIS: Wir werden natürlich die Arbeit der BVV sicherstellen. Wir können dazu gern auch noch mal Ausführungen machen, die wir auch im Bezirksparlament gemacht haben, aber auch hier haben wir ehrlicherweise eine andere Auffassung. Es handelt sich um ein Fachverfahren, und für die Fachverfahrensverantwortung liegt die Steuerungsaufgabe beim Land und in den jeweiligen Senatsverwaltungen, und das tut sie an der Stelle aus unserer Sicht auch. Daher ist die gesamtstädtische Steuerungsaufgabe, dass die BVV arbeiten und ein ordentliches Fachverfahren haben, aus unserer Sicht Aufgabe des Senats und muss wahrscheinlich aus dem Einzelplan 25 zur Verfügung gestellt werden, oder – so würde ich es sehen – die Verfahrensverantwortlichkeit ist in der Senatskanzlei und nicht bei jedem einzelnen Bezirk zu suchen, denn am Ende ist es sowohl für die BVVs als auch für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt sicherlich sinnvoll, wenn es ein Fachverfahren gibt, mit dem zwölf Bezirksparlamente arbeiten, und nicht zwölf unterschiedliche Fachverfahren, bei denen ich mich als Bürgerin und Bürger nicht zurechtfinde. Genau darüber reden wir auch bei der Verwaltungsreform, und deshalb haben wir diesen Ansatz nicht in unserem Haushalt, aber selbstverständlich werden wir die parlamentarische Arbeit der BVV sicherstellen. Ich weise hier aber darauf hin, dass die Verwaltungsreform es von der Grundstruktur her anders vorsieht.

Dann komme ich zu den Themen Haushaltssperre und verbinde das mit dem Thema der Kollegin zum Thema Pauschale Minderausgabe Jugend und Familie und auch, wie die Pauschalen Minderausgaben in der Vergangenheit untersetzt wurden. In der Regel ist das so gelaufen, wie es der Kollege aus Lichtenberg gesagt hat, dass wir bei uns im Bezirksamt eine Fluktuationsrate von 10 Prozent haben, in den Verfahren der Nachbesetzungen nicht schnell genug sind, und man heute nicht sagen kann, wer im nächsten Jahr noch im Bezirksamt tätig oder zu wann tätig ist und wer Arbeitsanteile reduziert. Zum Großteil ist die Pauschale Minderausgabe in der Vergangenheit aus dem Bereich Personal erbracht worden, und das gilt für alle Ämter und Bereiche.

Wir haben zu den Themen Schulreinigung, Tagesreinigung und Beförderung behinderter Kinder die konkreten Ansätze. Wenn die Kolleginnen sie da haben, können Sie die gern nachreichen, auch zum Thema Schwimmbusse.

Ich möchte auf einen Sachverhalt hinweisen: Wir haben eine Plafondfortschreibung auf der Basis von 2024 plus 2 Prozent Steigerung bekommen. Ich weiß, dass es im Vergleich zu den Senatsverwaltungen besser ist und dass es bei den Senatsverwaltungen anders aussieht. Wir haben aber gerade bei den Themen Schulreinigung und Beförderung, wenn wir Ausschreibungen machen, Dienstleister finden, Mindestloohnerhöhungen, Vergabelohnerhöhungen. All das liegt bei Kostensteigerungen, die weit über 2 Prozent sind. Das bedeutet, dass ich am Ende, wenn ich dasselbe Geld zur Verfügung habe, aber Kostensteigerungen habe, einfach nur weniger Leistungen bestellen kann, und da kann ich keinem Bezirk einen Vorwurf machen, wenn dann in diesen Bereichen geschaut wird, wie sie umsteuern. Das wird auch unseren Bereich betreffen, und wir werden auch bei der Schulreinigung schauen müssen, wie man umsteuert. Aktuell ist es aber schon so, dass wir die Tagesreinigung noch nicht komplett aufgeben haben.

Dann das Thema Haushaltssperre: Meiner Kenntnis nach haben auf jeden Fall Pankow, Mitte und Steglitz-Zehlendorf schon Haushaltssperren, auch schon ein bisschen länger, und seit dieser Woche also auch Friedrichshain-Kreuzberg. Ich habe es sehr deutlich gemacht, dass das vor allen Dingen an der Entwicklung der Hilfen zur Erziehung – HzE – liegt, also der Unterstützung von Familien in besonders schwierigen Situationen und der Gewährleistung des Kinderschutzes. Es ist jetzt kompliziert, über die Finanzierungslogik zu gehen, aber ich kann Ihnen am Ende sagen: Wir haben in dem Bereich drei Entwicklungen. Wir haben die eine Entwicklung, dass es mehr Fälle von Familien gibt, die diese Unterstützung brauchen, die uns nicht komplett finanziert werden. Wir haben die Entwicklung, dass es Kostensteigerungen grundsätzlicher Natur gibt. Beides beobachten wir nicht nur in Friedrichshain-Kreuzberg, sondern in allen Bezirken und auch grundsätzlich bei den Kommunen. Ich war beim Deutschen Städtetag, das ist ein großes Thema der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vor Ort. Außerdem haben wir die Situation, dass wir über das Thema Steuerungen sprechen. Dazu hat Frau Remlinger schon einiges gesagt, und dazu kann ich auch gern ein bisschen was sagen, aber vom Grundsystem her sind letztes Jahr elf Bezirke in einem Defizit von über 60 Millionen Euro gewesen. Daran kann man erkennen, dass an dem System der Finanzierung etwas nicht stimmen kann. Es enthält eine grundsätzliche Unterfinanzierung.

Jetzt ist die Frage: Wer trägt diese Kostensteigerungen? Tragen das die Bezirkshaushalte? Bei mir bedeutet das in der aktuellen Prognose nach Basiskorrektur – weshalb wir zu einer Haushaltssperre gekommen sind – über 11 Millionen Euro Minus für das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg. Das bedeutet komplett alle Jugendfreizeiteinrichtungen, und die Summe wäre nicht drin. Das ist weniger, was wir für alle Jugendfreizeiteinrichtungen ausgeben. Damit haben Sie eine Größenordnung, worüber wir eigentlich reden und was 11,5 Millionen Euro für einen Bezirkshaushalt bedeuten. Was geben wir für unsere Grünpflege aus? – Knapp 4 Millionen Euro, für alle Parkanlagen und die Spielplätze. Damit müssen wir alles sauber machen und instand halten.

Sie sehen also: So, wie die Struktur unserer Bezirksfinanzierung ist, mit dieser Systematik und Logik, dass die Mehrkosten bei den Transferausgaben am Ende zu einem großen relevanten Anteil bei den Bezirken liegen bleiben, fahren Sie die Bezirke strukturell ins Defizit. Wir werden dann alle irgendwann Konsolidierungsbezirk sein, und es wird irgendwann darum gehen, harte Einschnitte bei den Leistungen zu machen, die uns allen besonders wichtig sind und von denen wir auch alle wissen, dass es absurd ist. Im Zweifel führen sie nämlich dazu, dass ich, wenn ich keine Jugendfreizeiteinrichtungen mehr habe, noch mehr Unterstützungs-

helfen für Familien ausgeben muss, weil wir die Präventionsarbeit nicht mehr machen. Daher kann ich nur sagen, dass wir uns natürlich genau diese Logik der Transferausgaben anschauen müssen.

Ich will an der Stelle zur Steuerung herzlich vorschlagen, und dann darf die Senatsfinanzverwaltung etwas sagen, dass man das auch mit dem zuständigen Jugendstadtrat, dem Jugendamt und der Senatsjugendverwaltung macht, weil der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg immer dafür von der Jugendverwaltung als Senatsfachverwaltung lobend unterstützt wurde, dass wir hier gut steuern. Man hat einfach die Situation: Wir versuchen frühzeitig zu steuern, um teure stationäre Hilfen eben nicht zu haben. Deshalb versuchen wir, frühzeitig ambulante Sachen zu machen. Die gesellschaftlichen Entwicklungen sind aber leider gerade, wie sie sind. Man muss dazu sagen, und das können die Kolleginnen sonst auch noch mal ausführen: Es ist einfach so, dass ich das auch nicht immer steuern kann, wenn ich ein Jahr habe, in dem ich glücklicherweise nicht so viele Kinder aus Familien nehmen muss, und im nächsten Jahr habe ich leider eine andere Situation. Da kann ein Einzelfall einen sechs- bis siebenstelligen Jahresbetrag ausmachen. Das kann ich eben nicht immer steuern, wie viele Familien oder Kinder ich habe, die davon betroffen sind. Da muss ich handeln, und da muss ein Jugendamt seinem gesetzlichen Auftrag nachkommen, Familien zu schützen und vor allen Dingen Kinder zu schützen. – Danke! – Wollen Sie mich noch ergänzen, wenn wir die konkreten Budgets für Beförderung und so weiter haben?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Bitte schön!

Martina Noetzel (BA Friedrichshain-Kreuzberg): Ja, kann ich gern machen. – Wir haben jetzt noch mal nachgeschaut: Wir haben eben 1,7 Stellen zum Mietwucher in der Buchung nachvollziehen können. Wir wissen auch, dass die Kollegen dort gern erhöhen würden und wir im Moment auch noch dabei sind zu kalkulieren, wie die Refinanzierung aussieht, wenn es dort mehr Stellen gibt.

Beim Schwimmbus konnten wir auch noch mal nachschauen. Da gab es eine kleine Erhöhung. Wir hatten im letzten Jahr circa 280 000 Euro und sind jetzt bei 312 000 Euro, weil auch da die Kosten gestiegen sind.

Grundsätzlich zur Basiskorrektur wäre es mir ein Anliegen, ganz kurz ergänzen: Wir von der Steuerungseinheit – SE – Finanzen wissen eigentlich nie, wann wir der Bürgermeisterin raten sollen, eine Haushaltssperre auszusprechen. Ich verstehe die Senatsverwaltung für Finanzen, weil sie immer erst am Schluss sagen kann, was basiskorrigiert wird, aber wir haben unterjährig immer das Risiko, wenn wir einen ganz teuren Fall der Hilfe zur Erziehung haben, ob er anerkannt wird oder nicht und ob wir ihn melden können oder nicht. Für uns ist keine richtige Linie zu erkennen, ob wir diese Fälle melden können und dann auch basiskorrigiert bekommen. Das macht es ganz schwer, unterjährig diesen Haushalt zu steuern. – Danke!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön!

Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann (BA Friedrichshain-Kreuzberg): Ich habe einen Sachverhalt vergessen, weil das jetzt häufiger kam: Grundsätzlich sieht das Aufstellungsroundschreiben vor, dass die Bezirke Stellen in den Haushalt aufnehmen, die in den letzten Jahren über die AG Ressourcensteuerung oder über Zielvereinbarungen gekommen sind. Weitere

Stellenschaffungen sind uns untersagt. Auch wenn Sie jetzt sagen, Sie hätten gern mehr Stellen bei den Wohnungsämtern, um gegen Mietwucher vorzugehen, ist uns das sowohl finanziell ehrlicherweise nicht möglich, weil der Bezirksplafond so aussieht, wie er aussieht, es ist aber auch nach dem Aufstellungsroundschreiben nicht möglich, zusätzliche Stellen zu schaffen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke! – Ich schau mal, ob SenFin ergänzen möchte. – Frau Staatssekretärin Mildenberger, bitte!

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin): Ja, gern, zwei Punkte. – Ich bin einmal auf die Haushaltssperre angesprochen worden. Das Verhängen ist dezentrale Ressourcenverantwortung des Bezirks. Wir sind zu informieren, das ist aber auf ungewöhnlichen Wegen erfolgt. Ich habe die Pressemitteilung zur Kenntnis genommen. Wir sind dann angefragt worden. Das Allgemeine haben wir, glaube ich, ausgetauscht dazu.

Zu den Steuerungsmöglichkeiten: Das will ich nicht ganz so stehenlassen, weil das ein bisschen so klingt, als würden gesetzliche Ansprüche dann nicht mehr – Bei der Steuerungsmöglichkeit geht es nicht darum, ob abzusenken ist, sondern darum zu schauen, welche Art der Maßnahme erforderlich ist et cetera pp. Es geht nicht darum, Kinderschutz abzuschaffen oder abzusenken. Ich finde es einfach schade, dieses wichtige Thema der Steuerung von HzE und Steuerung Transferausgaben, über das wir gemeinsam intensiv diskutieren, politisch so darzustellen, als würde das alles im Standard abgesenkt. Ich glaube, das wollen wir alle nicht. Wir wissen aber alle, dass es durchaus gemeinsame Effizienzen in dem System gibt. Wir wissen auch alle, dass es Stellschrauben gibt, die wir nicht allein tragen können. Deswegen sind wir selbstverständlich auch Richtung Bundesebene unterwegs. Ich finde es aber schade, in dieses wichtige Thema eine Verunsicherung für die Bürger reinzutragen, die vielleicht da draußen zuhören. Das wollte ich jetzt einfach mal sagen.

Das andere ist, dass der eine oder andere Bezirk auch schon gesehen hat, dass über eine genaue Prüfung auch Effizienzen gehoben werden können. Als Beispiel: In Friedrichshain-Kreuzberg ist SenBJF, gerade was HzE, die Steuerung und Unterstützung der Bezirke angeht, sehr rührig. Es ist festgestellt worden, dass 34 Prozent der HzE-Empfänger volljährig sind. Wie bekommt man sie in andere Maßnahmen hinein, die sich dann auch finanziell anders darstellen? Das nur mal als kurze Erläuterung dazu. – [Zuruf Steffen Zillich] –

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön, Frau Staatssekretärin!

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin): Nein, Herr Zillich, wir haben immer sehr ernsthaft über diese Themen diskutiert, und das würde ich gern weiter tun.

Vorsitzender Stephan Schmidt: So, Herr Kollege Zillich, Ihre Wortmeldung, bitte!

Steffen Zillich (LINKE): Vieles ist angesprochen worden. Ich will an einigen Punkten tatsächlich nachfragen. – Zum Thema Transferkostensteuerung werden wir uns hier noch auseinandersetzen. Ich sage mal so, dass es in diesem Bereich ohne Standarddiskussionen geht, scheint mir nicht der Fall zu sein, zumindest nach dem, was wir bislang wissen, aber das werden wir, wenn wir das gemeinsam vorliegen haben, natürlich noch mal genauer diskutieren.

Mein Problem ist eher, aber auch das werden wir genauer diskutieren, inwieweit die Bemühungen, Effizienzen zu heben, indem man genauer und vereinzelter kontrolliert, tatsächlich zu einem effizienteren Handeln oder nicht zu einem bürokratischeren Handeln führen; das aber nur nebenbei.

Die Frage ist ja, und da würde ich im Bezirk nachfragen wollen: Wenn Sie einen Haushalt aufstellen, können Sie nicht einfach im Bereich Transferkosten die Ist-Kosten 2024 fortschreiben, sondern ich gehe mal davon aus, dass Sie eine Prognose haben, wie sich das entwickelt. Das wird sich auf Ihren Haushaltsspielraum auswirken. Gleichzeitig wissen wir aber auch, dass im Einzelplan 27 eine Steuerungsreserve in durchaus beträchtlichem Umfang veranschlagt ist. Die Frage ist, ob Sie etwas dazu sagen können, inwieweit das möglicherweise ausreicht, und zweitens, an welcher Stelle sich das überhaupt erst entlastend für Ihre Spielräume auswirkt, wenn diese Steuerungsreserve tatsächlich ins Spiel kommt. Sie werden sie wahrscheinlich nicht vollständig bei der Haushaltsplanaufstellung einplanen können, wenn überhaupt. – Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt: Ich möchte zum Thema Grundsteuer nachfragen. Habe ich Sie richtig verstanden, Frau Bürgermeisterin, dass Sie gesagt haben, dass Sie die Aussage der Finanzverwaltung bekommen haben, dass Sie nicht nur finanziell – was verständlich wäre, dass Sie diese Grundsteuerbelastung zu tragen haben und dass es dort keine Abfederung gibt –, sondern auch haushaltsrechtlich – das ist jetzt ein bisschen mein Punkt – aus Sicht der Finanzverwaltung verpflichtet sind, die Grundsteuererhöhung tatsächlich umzulegen? Inwieweit haben Sie möglicherweise einen Spielraum, in Anbetracht der Nutzung oder eines Zwecks, den man mit der Nutzung verbindet, dort von der Umlage abzusehen? – Klammer auf – Ich frage nicht deswegen, weil ich verhindern will, dass Sie einen Spielraum haben, sondern um aus meiner Sicht eine Sicherheit zu haben. Ich hoffe, Herr Kollege Goiny, dass den Ankündigungen Taten folgen. Hier muss man tatsächlich auf steuerrechtlicher Ebene eine andere Lösung finden. Ich glaube auch, dass das geht. Wenn die Koalition ein bisschen mehr sagen dazu kann, als sie bisher gesagt hat, wäre ich sicherlich sehr froh. Ich vernehme aber auch, dass der Senat sagt: Steuerrechtlich bewegt sich nichts.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Ziller, bitte!

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielen Dank! – Wenn wir so tief in die HzE-Debatte einsteigen, habe ich dazu auch noch Fragen. Das eine Thema, das ich ergänzend einbringen will, ist: Ich bin überzeugt, dass das Thema Prävention zumindest für die mittelfristigen Kosten schon ein relevantes ist. Da hat schon die alte Koalition mit dem FlexiBudget und anderen Präventionsmaßnahmen etwas auf den Weg gebracht, und ich glaube, dass das bei all den Kostensteigerungen nicht vergessen werden darf, dass wir als Gesamthaushalt nur finanziell hinkommen, wenn wir in der Zukunft irgendwann mal weniger Fälle haben. Den Gesamthaushalt muss man hier auch im Blick haben. Das ist weiter ein wichtiger Baustein.

Sie hatten gesagt, dass die teuren Fälle für Sie das Kalkulationsrisiko so schwierig machen. Wir haben jetzt vorgeschlagen, zumindest wenn ich es richtig verstanden habe, dass wir ab nächstem Jahr, oder sobald SenASGIVA es schafft, die teuren Fälle in extra Produkte packen. Vielleicht auch in beide Richtungen: Wie hilft es im Zweifel an der Stelle, dieses vermeintliche Defizit an Steuerung auszugleichen? Gibt es für die teuren Fälle dann eine andere Basisinkorrekturregel oder gibt es darüber die Möglichkeit, schnell eine Klärung herbeizuführen, ob das basiskorrigiert wird oder nicht? Wenn man die wichtigen, steuerungsrelevanten Fälle isoliert hat, kann man über sie leichter reden, als wenn man den ganzen Block hätte; deswegen die Frage, ob diese neue Produkteinteilung uns diese Debatte zumindest perspektivisch etwas erspart. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Kollegin Brychcy, bitte!

Franziska Brychcy (LINKE): Vielen Dank! – Ich wollte auch die Finanzverwaltung fragen: Wenn so ein Defizit wie jetzt von 11 Millionen Euro entsteht, wie wir gerade gehört haben, und dann natürlich eine enorme Belastung darstellt, wie sieht dieser Prozess aus, mit den Bezirken gemeinsam darüber zu diskutieren, was überhaupt steuerbar ist? Wenn Sie uns vielleicht dazu die Eckpunkte geben könnten. Wir wissen, dass wir hier auch noch mal vertieft darüber sprechen, aber im Prinzip ist klar: Die Bezirke müssen einen Handlungsspielraum haben, damit sie die Prävention noch leisten können, und wir müssen damit umgehen. Es wäre auf jeden Fall gut, dafür einen Zeitplan zu haben.

Dann zu den Auswirkungen des Wegfalls des Sicherheitsgipfels: Frau Bezirksbürgermeisterin, Sie haben vorhin gesagt, 2,6 Millionen Euro fallen weg. Welche Angebote müssen jetzt wegfallen, wenn für den Sicherheitsgipfel kein Geld mehr eingestellt ist? Wenn Sie uns das noch mal sagen könnten, wäre das super.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Kollegin Knack, bitte!

Lisa-Bettina Knack (CDU): Zu den HzE muss ich mich ehrlicherweise auch noch äußern, sehr geehrter Herr Vorsitzender! Ich glaube schon, dass es Umsteuerungsmaßnahmen gibt. Es geht auch darum, dass zum Beispiel die Hilfen nach § 34 SGB VIII mit über 18 überhaupt nicht mehr passend sind. Das heißt, dass die Hilfe in das Setting eigentlich gar nicht mehr hineinpasst. Das heißt, auslaufende Jugendhilfe, wie § 13 Absatz 3 oder Careleaver oder Ähnliches, wäre natürlich förderlicher als BEW oder WG. Ich weiß auch, dass es mit dem Wohnungsmarkt und allem Drum und Dran verbunden ist und dass sie es sich nicht aussuchen können, dass sie noch im System sind, und dementsprechend viel Geld kosten, obwohl sie eigentlich den Bedarf gar nicht mehr haben. Deswegen meine Frage: Steuern Sie auch mit der Jugendberufsagentur um? Was halten Sie von den Änderungen, die wir im gestrigen Bil-

dungsausschuss beschlossen haben, von einer Jugendwohnagentur, die dafür da sein soll, im Endeffekt die Wohnungssuche für junge Erwachsene zu erleichtern, gerade auch im HzE-Bereich, sodass es nicht mehr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter vor Ort oder die Leitung oder Erzieherinnen und Erzieher machen müssen, sondern ganz konkrete Ansprechpartner da sind, die vielleicht Absprachen mit Genossenschaften oder landeseigenen Betrieben treffen? Könnten Sie dazu auch noch etwas sagen? Das wäre sehr freundlich.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön! – Frau Bezirksbürgermeisterin, bitte!

Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann (BA Friedrichshain-Kreuzberg): Herzlichen Dank für die sehr vielen Fragen! – Ich fange mit allem anderen an und komme zum Schluss zum Thema Hilfen zur Erziehung. Noch mal zum Thema Grundsteuer: Diese Objekte befinden sich bei uns im Finanzvermögen, und das Finanzvermögen ist so geregelt, dass alle Ausgaben durch die Einnahmesituation gedeckt sein müssen. Daher kann ich sagen, dass wir im Finanzvermögen so viel Miet- und Pachteinnahmen einnehmen müssen, wie wir Ausgaben haben. Wenn ich jetzt eine Grundsteuersteigerung habe, habe ich eine Ausgabensteigerung, und dann muss in sich das Finanzvermögen auf plus/minus Null kommen. Es kann auch auf Plus kommen und dann Gelder für den Haushalt zur Verfügung stellen, es darf aber nicht im Minus landen. Daher müssen alle Einnahmen die Kosten decken, bis auf die Verwaltung. Das Finanzvermögen läuft über Mitarbeitende, die im Haushalt beim Facility-Management veranschlagt sind, aber alle anderen Kosten laufen im Finanzvermögen und müssen durch die Einnahmen gedeckt sein.

Dann die Frage zum Sicherheitsgipfel: Welche Maßnahmen machen wir? – Wir machen aufsuchende Sozialarbeit mit Fixpunkt. Wir haben eine Intensivierung der Park- und Kiezläuferinnen und -läufer und Kiezhausmeister, nicht nur im Görlitzer Park, sondern auch in den angrenzenden Kiezen. Wir haben ein niedrigschwelliges Peer-Projekt, bei dem suchtkranke Menschen bereits über 40 000 Spritzen im öffentlichen Raum in Kreuzberg eingesammelt haben. Wir haben das Thema des Mobiles Toilettenteams, und wir haben 13 Toiletten in und rund um den Görlitzer Park sauber zu machen. Das machen wir in Kooperation mit der Sen-MVKU, die für öffentliche Toiletten zuständig ist, und haben damit insofern positive Erfahrungen gemacht, als die Toiletten wieder stärker für den eigentlichen Zweck als Toilette nutzbar sind. Wir haben ein Projekt zusammen mit Gangway zur aufsuchenden Jugendsozialarbeit mit dem Schwerpunkt Sucht – das machen wir noch mit Mitteln, haben es zum Halbjahr gestartet, würden es gern weiterführen und sehen auch sehr große Bedarfe –, weil wir gerade rund um das Kottbusser Tor auch Jugendliche und Sucht als Thema haben. Das sind Mittel, bei denen wir uns mit der Senatsverwaltung für Bildung und Jugend verständigt haben, dass der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sie verwendet.

Dann war das große Thema die Hilfen zur Erziehung. Ich möchte das an der Stelle einmal sehr deutlich sagen: Ich habe nie das Ob infrage gestellt, und bei uns im Bezirk wird der gesetzliche Auftrag erledigt werden. Natürlich steht dem auch keine Haushaltssperre entgegen, dass die Hilfen, auf die die Menschen einen Anspruch haben, erfüllt werden. Ich kann aber nur erkennen, dass das Finanzierungssystem, Frau Staatssekretärin nicht jeden Fall als Fall anerkennt. Uns wäre schon geholfen, wenn Sie 100 Prozent der Fälle, die wir in Friedrichshain-Kreuzberg haben, bei der Basiskorrektur anerkennen würden.

Dann war eine Frage, die hier noch aufgeworfen wurde, ob andere Produktstrukturen beziehungsweise Regeln helfen würden, was das Thema besonders teure Einzelfälle anbelangt. Ich kann Ihnen sagen, das hat die Leitung unseres Finanzbereiches sehr diplomatisch formuliert: Der Serviceeinheit Finanzen würde eine Regel dazu überhaupt erst mal helfen. Heute ist es so, dass einzelnen Bezirken besonders teure Einzelfälle mal anerkannt wurden, anderen wiederum nicht. Wir brauchen hier eine Klarheit und eine Regel, und natürlich würden andere Produktstrukturen auch helfen, weil der Medianpreis in der Regel nicht die extrem teuren Einzelfälle abfedert.

Eine Jugendwohnagentur begrüße ich. Wir sind übrigens bei uns im Bezirk sehr kleinteilig dabei, mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften zu sprechen, dass wir geschützten Wohnraum, zum Beispiel Trägerwohnungen, da gehören auch Mutter-Kind-Wohnungen und so weiter hinein, bei Neubauprojekten berücksichtigen. Natürlich geht es darum, dass wahrscheinlich viele junge Erwachsene, die heute im System sind, mit einer Wohnagentur schneller eine Wohnung finden. Es geht aber auch darum, dass wir für diese Jugendlichen entsprechend Wohnraum in der Stadt brauchen. Es mag sein, dass wir mit 34 Prozent besonders hoch sind bei den Menschen über 18. Grundsätzlich haben auch junge Erwachsene einen Anspruch auf diese Hilfen. Das will ich an der Stelle auch noch mal sehr deutlich sagen. Es ist auch richtig, dass wir sie nicht ins Nichts entlassen, sondern uns um sie kümmern. Angesichts des angespannten Wohnungsmarktes und der Situation sehen wir, dass es gerade länger dauert, unser Jugendamt aber sehr verantwortungsbewusst handelt und die Leute nicht einfach ins Nichts entlässt, sondern sich um sie kümmert. – Danke schön!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Frau Staatssekretärin, bitte!

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Da kann ich nahtlos anschließen. Genau da sind die Punkte der Steuerungsmöglichkeiten. Damit sind wir wieder beim Kern der Debatte. Wie groß ist die Steuerungsmöglichkeit nicht der Fallzahl alleine, sondern auch der Maßnahmendichte? – Ich glaube aber, diese Diskussion sollten wir nicht hier fortführen. Es ist übrigens nicht so, dass dieser Senat ein Verfahren eingeführt hat, sondern dass die Art der Basiskorrektur, gerade bei HzE, schon sehr lange geübte Praxis ist. Dennoch haben wir auch bei der Eingliederungshilfe – EGH – eine 100-Prozent-Basiskorrektur, aber auch da sehen wir, dass es Spreizungen gibt, und wir reagieren darauf und sind mit den Bezirken immer im Austausch dazu, wie man das machen kann. Eine 100-Prozent-Freistellung von allem – – Wenn Sie den Städtetag schon ansprechen: Ihre Kollegen werden sich wahrscheinlich gewundert haben, dass es in Berlin so etwas wie eine Basiskorrektur gibt, mit der Dinge nachträglich ausgeglichen werden, auch wenn man darüber streiten kann, welche Höhe es sein muss.

Die Leitlinien oder Richtlinien dafür, welche Punkte oder Sachverhalte basiskorrekturrelevant sind, sind meistens durchaus bekannt. Ich bin immer wieder überrascht, wie genau im Zweifel jeder vorher sagen kann, wo er ungefähr rauskommt. Wir haben uns, Frau Bezirksbürgermeisterin, auch in der AG Evaluation der Bezirksfinanzierung – der Ergebnis- oder Abschlussbericht war auch ein Hauptausschussbericht – sehr ausführlich über vieles unterhalten und waren bei sehr vielem einer Auffassung, zum Beispiel dass es gut ist, wenn man auf Indikatoren, Vergleiche und Benchmarks abheben kann und dass die KLR bei allen Tücken, die sie hat, doch ein System ist, das gar nicht so verkehrt ist.

Bei der Grundsteuer gilt das Gleiche: Es möge jeder genau die Stellschrauben, die er hat, auch nutzen. Das ist in der Debatte insgesamt hilfreich, um Härten auszugleichen. Die Grundsteuer hat, wie Sie wissen, einen Wert, auf den sie aufsetzt, und das ist der Bodenrichtwert. Natürlich kann die Finanzverwaltung oder das Finanzamt von dem Bodenrichtwert, der vom Gutachterausschuss festgelegt wird, nicht ohne Weiteres abweichen. Der Gutachterausschuss orientiert sich wiederum auch an den Bebauungsplänen. Deswegen mein Appell: Jeder möge, gerade was kulturelle Nutzung et cetera pp. angeht, wie es vorhin auch benannt wurde, die Möglichkeiten, ob Bebaubarkeit oder nicht, voll ausschöpfen. Wenn in einem Bereich keine Wohnbebauung et cetera vorgesehen ist, sondern eine kulturelle Nutzung, kann der Gutachterausschuss nur einen anderen Richtwert festsetzen, und den kann dann wiederum die Finanzverwaltung übernehmen. Auch diese Debatte sollten wir an einem anderen Punkt fortsetzen, aber wenn es hier schon angesprochen und gesagt wird, die Steuer würde nichts machen – das ist eine Schlussfolgerung, die Sie gezogen haben –, appelliere ich an Sie, dass wir alle die notwendigen Stellschrauben nutzen sollten, die über viele Bereiche verteilt sind. – Danke!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Wiederhaupt, bitte schön!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Danke, Herr Vorsitzender! – Frau Staatssekretärin, auf meine Frage zur Haushaltssperre haben Sie kurz formal geantwortet, aber ich denke schon, dass Dinge nicht in die Presse gehören, sondern in einen Ausschuss. Wenn die Finanzverwaltung von deutlichen Auffälligkeiten – Plural – im Bezirkshaushaltsplan Kreuzberg spricht, dann hätte ich hier gern die Aussage erklärt, was denn diese deutlichen Auffälligkeiten sind.

Zweites Thema, ALLRIS: Frau Bürgermeisterin, wir wissen, dass Sie Probleme mit der BVV und demokratischen Beschlüssen haben. Da hätten wir fast, was die Wahlen 2026 angeht, in ganz Berlin eine Bruchlandung gehabt, weil Sie nicht willens waren, die Meinung oder die Beschlusslage der BVV umzusetzen, was Wahlkreiszuschnitte angeht. Jetzt hätte ich schon gern eine klare Aussage der Senatsfinanzverwaltung. Ist es so, dass wir davon ausgehen können, dass die Kosten für ALLRIS vom Land übernommen werden? Wenn Ihre Antwort nein wäre, würde ich schon gern vom Bezirk wissen, wie Sie sicherstellen wollen, dass die Arbeit dieses Gremiums auch in Zukunft gesichert ist. Da reicht es mir nicht zu sagen: Na ja, irgendwie wird das schon klappen. – Ich glaube, dass die Menschen, die dort sitzen, die vom Bürger gewählt sind, ein Anrecht darauf haben, Klarheit von Ihnen zu haben.

Dritter Punkt: Sie haben auf meine Frage zu den Sachmitteln für den Beauftragten für Menschen mit Behinderung und die Beiräte gesagt, die Mittel sind so geblieben wie 2024. Ich entnehme dem erst mal, dass wir eine Kürzung haben, weil die Kostensteigerungen, die wir haben, nicht abgebildet werden, sondern Sie die Kostensteigerungen weglassen. Das heißt, wir haben absolut gesehen eine Minimierung der Zuschüsse. Mich würde aber auch die Zahl interessieren. Insofern noch mal die Nachfrage, wie hoch denn der Betrag bei Ihnen im Haushalt angesetzt ist. Wir haben aus Lichtenberg gehört, dass es dort 26 000 Euro waren.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Zillich, bitte!

Steffen Zillich (LINKE): Nur noch mal als Replik und um nicht falsch verstanden zu werden: Frau Staatssekretärin, ich habe nicht gesagt, die Steuer macht nichts. Ich habe gesagt, der Senat sagt, er macht steuerrechtlich nichts, und das ist ein großer Unterschied. Ich bin durchaus

der Auffassung, dass man steuerrechtlich etwas machen kann, und zwar im Gesetz, das wir hier in diesem Hause beschlossen haben, indem man genau versucht, Kategorien zu schaffen, wo die Verwertbarkeit von der tatsächlichen Nutzung extrem abweicht. Genau diese Fälle kann man landesrechtlich in den Blick nehmen. Es ist nicht einfach, aber möglich, sie abzugrenzen und dort nicht diskriminierend zu handeln. Das ist schon wahr. Das ist die Aufgabe, die man machen muss, aber genau das ist auch der politische Punkt, um den es geht: Inwieweit wollen wir uns in der Stadt Nutzungen leisten, die nicht das maximal Verwertbare sind? – Ich glaube, wir sind uns weitgehend einig, dass die Stadt, wenn wir das nicht tun, wenn wir das nicht mehr machen, anders aussehen würde, und zwar nicht besser.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Ziller, bitte!

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich will, weil es zweimal angesprochen wurde, zu ALLRIS auch noch kurz etwas sagen. Wir warten mit Spannung auf den Bericht, welche Senatsverwaltung dafür zuständig ist. Die Chief Digital Officer – CDO – hat hier im Hauptausschuss oder im Ausschuss für Digitalisierung und Datenschutz sehr deutlich gesagt: Am Ende wird es eine Senatsverwaltung sein, weil das E-Government-Gesetz das vorsieht. – Wir sind gespannt welche. Wir erleben jetzt, dass einzelne Bezirke ehrenwerterweise in der Notsituation, dass der Senat Pingpong spielt, Geld eingestellt haben; nicht alle, aber manche haben das gemacht. Die Senatskanzlei hat vorläufig die Federführung für den Prozess übernommen. Am Ende, und das ist, glaube ich, die Erwartung, die wir als Parlament haben, braucht es ein System, eine zuständige Senatsverwaltung. Das nächste Update muss finanziert sein und die Betriebskosten die nächsten Jahre auch. Ich erwarte, dass mit der Einigung der Federführung auch diese ganzen Fragen geklärt werden, und mit Verlaub, angesichts der Beträge mache ich mir keine Sorgen, dass das in einem Senatshaushalt oder in den Bezirkshaushalten nicht zu finden ist, wenn es nötig ist. Klar ist aber, am Ende wird es eine Verantwortlichkeit geben müssen. Ich neige auch dazu zu sagen, dass die Senatskanzlei im Rahmen ihrer Gremienverantwortung auch dafür verantwortlich ist, ein digitales Tool für die BVVs und die Abläufe in den Bezirksämtern zur Verfügung zu stellen, und dass das funktioniert. Wie man eine Senatsitzung vorbereitet hat, hat man auch Bezirksamtssitzungen und die BVVs. Wir werden sehen, wie sich der Senat einigt. Am Ende ist es wichtig, dass es eine Einigung gibt, bestenfalls noch dieses Jahr, denn das dauert schon so lange. Das ist doch unwürdig.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön, Herr Kollege! – Kollegin Brychey hat sich auch noch gemeldet. – Bitte!

Franziska Brychey (LINKE): Schon länger, Herr Vorsitzender! – Ich habe noch eine Frage vergessen, und zwar: Wenn Bezirke planen, Stellen einzurichten, zum Beispiel zur Verfolgung von Mietwucher, und dadurch eine Einnahme generiert werden kann, wie ermöglicht das die Finanzverwaltung den Bezirken? Was ist mit diesem Aufstellungsroundschreiben, dass offenbar nicht ermöglicht wird, entsprechend Stellen einzustellen? Wie wird das korrigiert?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön! – Dann fangen wir für die Beantwortung bei Frau Staatssekretärin Mildenberger an. – Bitte schön, Frau Staatssekretärin!

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich fange mit dem Personal an. Stellen sind das eine, aber Beschäftigungspositionen das andere. Das

können die Bezirke. Es gibt auch den Teilplafond Personal, der ihnen zugewiesen wird. Aus diesen Mitteln könnten die Bezirke Beschäftigungspositionen – BePo – einrichten.

Das andere ist zur Haushaltssperre. Ich hatte angedeutet: Ja, ich habe von der Haushaltssperre mit Interesse aus der Presse erfahren. Die besonderen Auffälligkeiten: Ich habe den Artikel, auf den Sie Bezug nehmen, nicht vor Augen. Ich habe im Prinzip das wiederholt, was wir gesagt haben, dass es die Verantwortung des Bezirks ist und wir zu informieren sind. Ich habe hier heute auch schon ausgeführt, möglicherweise, aber das ist Spekulation – – Ich kann nicht sagen, warum der Bezirk die Haushaltssperre ausruft, aufgrund welchen konkreten Punktes. Dass sie sie ausrufen, weil sie meinen, dass sie insgesamt ins Minus laufen, das ist das Eine. Das ist global. Wir hatten hier aber natürlich gerade das Thema Hilfen zur Erziehung. Ich habe es ein bisschen angedeutet: Das eine ist die Fallzahl, das andere ist die Hilfedichte, und wenn man sich die Bezirke im Quervergleich anschaut, gibt es Unterschiede. Ich hatte zum Beispiel die 34 Prozent genannt. Ansonsten werden wir über die Bezirkshaushaltspläne im Detail auch noch im Rahmen der Nachschau diskutieren.

Zur Grundsteuer: Ich glaube, diese Debatte führen wir, wenn wir dann die Grundsteuer miteinander – – – [Zuruf von Steffen Zillich (LINKE)] –

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Staatssekretärin Mildenberger hat das Wort. Wenn es Nachfragen gibt, dürfen gern Wortmeldungen angemeldet werden.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin): Zu ALLRIS kann ich nicht mehr sagen, als schon ausgeführt wurde. Deswegen werden die Gespräche dann wohl weitergehen. – Danke!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Kollege Wiedenhaupt!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Zum einen hätte ich gern noch die Zahl. Sie können sie auch gern im Nachgang schriftlich schicken, ansonsten lieber mündlich. – Noch mal die Nachfrage: Herr Kollege Ziller hat formuliert, was wir uns wahrscheinlich alle wünschen, dass wir das zentral auf Landesebene regeln. Die Frage ist aber, ob wir wirklich hinkommen. Die Summe ist schon nicht ganz klein. Wenn eine Senatsverwaltung 1 000 Euro für Gefangenenzeitschriften kürzt, um irgendwie auf einen Kürzungsbetrag zu kommen, dann ist 1 Million Euro, über die wir hier reden, wenn wir auf zwölf Bezirke hochgehen, oder knapp 1 Million Euro, daraus eine Summe.

Noch mal die Nachfrage an Sie, Frau Bürgermeisterin, nach dem Angriff auf die BVV bei der Zuschneidung der Wahlkreise: Können Sie hier zusagen, dass Sie, sollte es auf Landesebene keine Finanzierung für ALLRIS geben, im Bezirkshaushalt sofort eine Position bilden werden, damit klargestellt ist, dass auch die BVV in Friedrichshain-Kreuzberg arbeitsfähig bleibt?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Bezirksbürgermeisterin, Sie haben das Wort zur Beantwortung der Fragen, die an Sie gerichtet wurden, bitte!

Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann (BA Friedrichshain-Kreuzberg): Herzlichen Dank! – Vorweg möchte ich sagen, dass der Haushalt, der Ihnen hier vorliegt, ein Beschluss

der BVV Friedrichshain-Kreuzberg ist, und dass das Thema ALLRIS in den Haushaltsberatungen behandelt wurde. Ich kann hier nichts Udemokratisches erkennen, um das mal ganz deutlich vorweg zu sagen. Ich denke auch, dass das Thema ALLRIS gern noch erschöpfend weiterberaten werden kann. Ich habe vorhin mitbekommen, dass ich mich wahrscheinlich vertan habe bei der Zuständigkeit und dass die Senatsverwaltung für Inneres zuständig ist, aber auch das kann man klären.

Dann war noch eine konkrete Frage offen: Wie viel Geld stellen wir für den Bereich Inklusion insgesamt zur Verfügung? – Ich lasse jetzt hier die dezentral veranschlagten Maßnahmen, die beispielsweise in den Fachämtern für Gebärdendolmetschung und so weiter vorgesehen sind, weg und kann Ihnen sagen: Bei mir sind für den Bereich Inklusion, Behindertenbeauftragte, LGBG-Maßnahmen rund 90 000 Euro veranschlagt, also weit über dem, was der Kollege aus Lichtenberg gesagt hat.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön, Frau Bezirksbürgermeisterin! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kann der Bericht zur Kenntnis genommen werden. Ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Tag! – Wir schaffen vor der Mittagspause vielleicht noch einen Bezirk, oder wir machen die Pause jetzt bis 13.40 Uhr, und dann fahren wir mit dem Bezirk Pankow fort. Bis dahin unterbreche ich die Sitzung.

[Unterbrechung der Sitzung von 12.57 bis 13.42 Uhr]

Vorsitzender Stephan Schmidt: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich setze die Sitzung fort. Wir kommen zu

03 - Pankow

Mitberaten wird:

- a) Bericht BA Pankow – Fin Hh 1 – vom 18.08.2025 [1830 N](#)
Bericht über den Stand der geplanten, eingewilligten und eingegangenen Verpflichtungen für den Bezirk Pankow
gemäß Auflage A. 1 – Drucksache 19/1350 zum Haushalt 2024/25
Haupt
- b) Bericht BA Pankow – BzBm1 – vom 07.10.2025 [2075 B](#)
Sanierungskonzept für den Bezirk Pankow hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der CDU
(Berichtsauftrag aus der 71. Sitzung vom 22.01.2025)
Haupt
- c) Bericht BA Pankow – BzStR SchulSportFM – vom [2425](#)
19.09.2025
Sachstand des Solarausbaus auf Schuldächern
(Berichtsauftrag aus der 80. Sitzung vom 10.09.2025)
Haupt

Ich begrüße Frau Bezirksbürgermeisterin Dr. Koch und Ihre Mitarbeiterinnen. Der Bezirksbürgermeisterin erteile ich jetzt das Wort für ihr circa fünfminütiges Statement. – Bitte schön!

Bezirksbürgermeisterin Dr. Cordelia Koch (BA Pankow): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Abgeordnete! Wir sind seit diesem Jahr Konsolidierungsbezirk. Das hat natürlich bei der Haushaltsplanaufstellung eine besondere Herausforderung für uns bedeutet. Wir starten natürlich mit der Globalsumme, haben dann erst mal alle Leitlinien und Verpflichtungen erfüllt und die Mindestveranschlagungsvorgaben dabei nicht überschritten, aber auch in Pankow können wir sagen: Die Globalsumme ist seit Jahren zu gering bemessen. Trotzdem müssen wir aufgrund des Sanierungskonzeptes – das war auch hier im Haus –, für 2026 und 2027 bereits 2 Millionen Euro von der Globalsumme einsparen, und wir durften wegen des Sanierungskonzeptes auch keine Pauschale Minderausgabe veranschlagen. Das bedeutet im Vergleich zum Doppelhaushalt 2024/2025 bereits ein um 9 Millionen Euro verringertes Budget, das wir auch nicht kompensieren können, weil – das haben Sie von uns aus Pankow sicher auch schon öfter gehört – wir keine Rücklagen haben, auf die wir zurückgreifen können, sondern wir müssen inzwischen insgesamt ein Defizit von 18 Millionen Euro abbauen. Wir hatten eine Verbesserung von 11 Millionen Euro in 2023, 7 Millionen Euro in 2024, und jetzt haben wir eine Prognose für dieses Jahr in Höhe von 4 Millionen Euro Defizit. Die Richtung ist richtig, trotzdem sind es am Ende 22 Millionen Euro, die wir dann zurückzahlen müssen. Hinzu kommt noch der Nachholbetrag aus 2023 von meinem Vorgänger, der 4,6 Millionen Euro für baulichen Unterhalt nicht erbracht hat. Das gehört natürlich zu unseren Schulden dazu. Das heißt, ein auskömmlicher Haushalt ist unter Berücksichtigung all dieser Faktoren für Pankow unmöglich.

Natürlich müssen wir einen ausgeglichenen Haushalt abgeben. Das bedeutet, dass wir an einigen Positionen nicht alles in den Haushalt, in den Ansatz, eingebracht haben, das wir eigentlich an Kosten vor uns haben. Das sind zum Beispiel die Gebäudebewirtschaftung, A08, und insbesondere dazu die Transferausgaben.

Die Kosten für die Hilfen zur Erziehung steigen, das haben Sie heute alle schon hinlänglich gehört, insbesondere bei den stationären Unterbringungen. Das ist natürlich in Pankow auch nicht anders. Was wir aber noch als Besonderheit dazu haben, letztendlich als ein Risiko des Haushaltes, ist Folgendes: Ich berichtete auch schon davon, dass wir im Sozialamt unsere Rückstände aufarbeiten. Wir haben im Jahr 2022 eine sehr hohe Anzahl von Geflüchteten in Pankow untergebracht, nämlich 5 000 Menschen. Das hat bedeutet, dass alle Mitarbeitenden des Sozialamtes quasi ihre normale Arbeit unterlassen haben, um die geflüchteten Menschen zu versorgen. Diese Arbeit, die sie nicht machen konnten, sind Rückstände, die wir jetzt aufarbeiten. Dafür ist es nach dem Sozialstaatsprinzip allerhöchste Zeit, aber das führt aufgrund der Kosten- und Leistungsrechnung dazu, dass wir diese Beträge nicht mehr als Menge einbringen können, dementsprechend die Kosten steigen und damit ein Defizit bei uns entsteht. Wir bemerken auch an den Kosten des Jugendamtes, dass wir einen sehr hohen Anteil an geflüchteten Menschen unterbringen.

Wir haben schließlich bei den Personalausgaben ein Risiko, weil die Ausfinanzierung der freien Stellen nicht berücksichtigt werden konnte. Wir können davon ausgehen, dass wir leider eine hohe Fluktuation haben und dass wir auch ungeplante Abwesenheiten haben, wie Elternzeit und so weiter, sodass die Kompensation gelingt.

Grundsätzlich sagen auch wir, dass die zugewiesene Globalsumme bereits ohne das zu berücksichtigende Sanierungskonzept für 2026 und 2027 viel zu gering ist. Politische Schwerpunktsetzungen werden aus unserer Sicht zunehmend auch auf zentraler gesamtstädtischer Ebene vorgenommen und mittels Veranschlagungsvorgaben direkt auf die Bezirksebene durchgereicht. Der Anteil von frei verfügbaren Mitteln dient somit nicht zur Schwerpunktsetzung des Bezirks, sondern muss – wenn er denn dann da ist – zur Schuldentilgung aufgebracht werden. – Soweit von mir. Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Bezirksbürgermeisterin! – Gibt es Wortmeldungen? – Frau Kollegin Brychey, bitte!

Franziska Brychey (LINKE): Vielen Dank! – Auch Sie würde ich gern zum Thema Miete fragen, ob die bezirkliche Mieter- und Mieterinnenberatung in Pankow abgesichert werden kann, ob Sie planen, beim Thema Mietwucher entsprechend vorzugehen, und ob Sie dafür mehr Personalmittel vorsehen.

Zu den Themen Bildung, Jugend und Familie frage ich Sie bezüglich der Beförderung von Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigung und der sogenannten Schwimmbusse, ob das Angebot aufrechterhalten werden kann. Zum Thema Schulreinigung und Tagesreinigung: Wie ist der aktuelle Stand? Müssen hier in Pankow Mittel eingespart werden? Ich wollte auch nach den Schulstationen fragen: Gibt es in Pankow Schulstationen, die gefährdet sind oder die weiter gesichert werden konnten? Zu den Musikschulen frage ich nach den Honorarerhöhungen und ob es Angebotseinschränkungen gibt oder auch die Preise erhöht werden mussten.

Hat Pankow auch das Problem der Grundsteuer für bezirkliche Liegenschaften, bei denen es eine Schieflage geben kann? – Danke schön!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Wiedenhaupt, bitte!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Danke! – Danke, Frau Bürgermeisterin! – Ich darf mich mit meiner Frage zur Darstellung der Mittel beim Beauftragten für Menschen mit Behinderung und beim Beirat anschließen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön! – Frau Bezirksbürgermeisterin, bitte!

Bezirksbürgermeisterin Dr. Cordelia Koch (BA Pankow): Vielen Dank! – Die Kosten für die Beauftragte für Menschen mit Behinderungen liefern wir schriftlich nach. Wir haben geschaut, was wir dazu finden können, aber dann ist es etwas genauer. – Wenn ich etwas von Ihren Fragen vergessen habe, dann fragen Sie noch mal nach.

Die Mieter- und Mieterinnenberatung ist abgesichert. Wir haben eigentlich im Bezirk aufgrund der häuslichen Situation überhaupt keine Möglichkeit, eigene Stellen zu schaffen – im Prinzip, denn wir haben in diesem Haushalt eine Ausnahme gemacht, und zwar deswegen, weil wir zwei Stellen für die Zweckentfremdungsverbot-Verordnung geschaffen haben. Ich sage „wir“, aber das war der Änderungsantrag der BVV. Das ist egal, am Ende ist es im Haushalt. Dafür sind erstmalig zwei Stellen geschaffen worden. Um dem Mietwucher zu begegnen, haben wir jetzt keine Stellen im Haushalt.

Sie fragten nach der Beförderung von Kindern mit Behinderungen. Wir haben im Änderungsantrag – Kürzungen wurden wieder zurückgenommen. Dazu gehört die Beförderung behinderter Kinder. Was wir nicht zurückgenommen haben, und auch die BVV nicht, sind die Schwimmbusse. Da hat der Stadtrat danach unterschieden, wo die Schule liegt: Wenn die Schule sehr gut an den ÖPNV angebunden ist, ist der Schwimmbus eingestellt worden. Wenn die Schule weit vom ÖPNV entfernt ist oder der Fahrweg einfach sehr lang wäre, ist der Schwimmbus nicht eingestellt worden. Das ist also differenziert. – Nach meinem Wissen haben wir die Tagesreinigung in den Schulen nicht eingestellt. Ich habe dazu nichts vom Stadtrat gehört.

Die Grundsteuer macht bei uns nicht so große Probleme wie in Kreuzberg. Es gibt das Strandbad Weißensee, das ist aber keine bezirkliche Einrichtung, sondern hat einen privaten Betreiber. Das Bad der Berliner Bäder-Betriebe befindet sich allerdings in einer Grünanlage. Daher haben wir sie auch ein bisschen in der Kommunikation unterstützt, ob die Bemessungsgrundlage richtig war. Ich muss aber noch mal nachfragen, was daraus geworden ist.

Etwas ausführlicher würde ich gern zu der Musikschule berichten. Wir hatten eine erste Erhöhung im Jahr 2024. Sie war auch überfällig, kann man sagen, weil Pankow ein Bezirk mit einer sehr gut situierten Bevölkerung ist, und die Entgelte der Musikschule waren schon lange nicht mehr angehoben worden. Wir haben eine zweite Erhöhung für 2026 vorgesehen. Damit sind wir immer noch nicht am oberen Ende der Entgelte und werden auch im weiteren Verfahren prüfen, wann wir es für richtig halten, die Entgelte bei den Musikschulen erneut anzuheben. Die Evaluation der ersten Erhöhung hat ergeben, dass bei uns dadurch keine signifi-

kanten Kündigungen zu erleiden waren, dass also die Entgelte von den Nutzerinnen und Nutzern ganz offensichtlich als adäquat angesehen wurden. Wir gehen auch bei der zweiten Erhöhung davon aus, dass die Entgelte in Pankow akzeptiert werden.

Wir haben eine außerordentlich erfolgreiche Musikschule, die sowohl in der Breitenförderung als auch in der Elitenförderung sehr erfolgreich ist, bundesweite Wettbewerbe gewinnt, ständig erste und zweite Plätze belegt und hervorragende Musikschullehrerinnen und -lehrer hat. Deswegen nutze ich die Gelegenheit, auf das eigentliche Problem, das die Musikschulen gerade haben, hinzuweisen. Das ist die extrem große Unsicherheit, was die Folgen des Herrenberg-Urteils angeht. Wir haben über hundert Honorarkräfte, die zum Teil ihr ganzes Arbeitsleben in der Musikschule verbringen, um dann in Altersarmut zu enden und manchmal noch nach der Pension weiter als Honorarkraft zu arbeiten, weil ihre Rente nicht ausreichen würde. Die Kolleginnen und Kollegen haben sich erhofft, dass Stellen vom Land Berlin geschaffen werden, um sie in Festanstellung zu bringen. Sie sind sehr enttäuscht und auch verunsichert bis wütend, dass bis jetzt dazu noch überhaupt keine Veränderungen spürbar sind. Es gab auch Kolleginnen und Kollegen, die die Zusatzvereinbarung nicht unterschrieben haben. Wir hatten keine andere Möglichkeit, als ihnen zu sagen, dass sie dann keine Aufträge mehr von uns bekommen werden. Deswegen habe ich mich mit allen Kolleginnen und Kollegen, die gesagt haben, dass sie nicht weiter bei uns arbeiten wollen, persönlich getroffen. Ich verstehe auch jeden einzelnen, der sagt: Ich bin jetzt 45, wenn ich mich jetzt nicht um eine ordentliche Anstellung kümmere, die mir eine Rente verschafft, von der ich leben kann, dann ist es irgendwann zu spät. – Deswegen konnte ich den Kolleginnen und Kollegen auch nicht viel versprechen. Einer hat seine Kündigung rückgängig gemacht. Beziehungsweise hat nicht er gekündigt, sondern sie fühlen sich gekündigt, so muss man es mal sagen. Andere werden es nicht tun.

Wir verlieren sehr leistungsstarke Musikschullehrerinnen und -lehrer. Auch damit verlieren wir Geld, denn mit jedem Lehrer, der geht, können wir Musikschulunterricht nicht erbringen. Das ist das Eigentliche. Sie hatten gefragt, ob Unterricht ausfällt, und ich kann sagen, wir werden Mengen verlieren, Unterricht nicht geben können, obwohl wir Schülerinnen und Schüler, eine lange Warteliste und extrem qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer haben, die uns natürlich auch sukzessive verlassen, weil sie deprimiert sind und vor allen Dingen keine Aussicht haben, dass sie irgendwann in eine Anstellung kommen, ihr Statusverhältnis geklärt wird und sie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden oder nicht, also dass es irgendwie weitergeht. Das wirkt sich in jedem Fall auf die Mengen aus und damit auch auf die KLR. – Ich glaube, ich habe alles mehr oder weniger beantwortet.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön! – Frau Kollegin Brychcy, Ihre Nachfrage!

Franziska Brychcy (LINKE): Nur zwei Punkte: Das eine waren die Schulstationen, falls in Pankow welche bestehen, die entweder gefährdet sind oder weiter gesichert werden können. Auch wollte ich nachfragen, wie die aktuelle Situation beim Teilhabefachbereich Jugend ist und ob die offene Kinder- und Jugendarbeit gesichert werden konnte. – Danke!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Bezirksbürgermeisterin, bitte!

Bezirksbürgermeisterin Dr. Cordelia Koch (BA Pankow): Danke schön! – Auch bei den Schulstationen hat die BVV Kürzungen, die wir zunächst vorgesehen haben, wieder rückgängig gemacht. Das heißt, die Schulstationen sind gesichert.

Beim Teilhabefachdienst Jugend geht es um die Räumlichkeiten. Dazu gibt es einen intensiven Austausch zwischen dem zuständigen Stadtrat und der Stadträtin für Jugend. Wir haben das mehrfach im Bezirksamt gehabt. Ich gehe davon aus, dass wir dafür gemeinsam eine gute Lösung finden werden.

Bei der offenen Kinder- und Jugendarbeit war nie etwas gefährdet, sondern das ist eine Frage zum Sanierungskonzept – dazu kommen wir nachher noch –, ob wir unsere vielen kommunalen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen erhalten wollen. Dazu würde ich dann vielleicht nachher antworten. Da ist nichts gekürzt, alles findet weiter statt.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann können die drei Berichte zur Kenntnis genommen werden, und ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Tag!

Wir kommen zu

04 - Charlottenburg-Wilmersdorf

Mitberaten wird:

Bericht BA Charlottenburg-Wilmersdorf – BzBm – vom [1830 J](#)
01.08.2025 Haupt
**Quartalsbericht (I 2025) – über die eingegangenen
Verpflichtungen und die daraus resultierenden
Verbindungen
hier: Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf
(Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 02.06.2025)**

Ich begrüße Frau Bezirksbürgermeisterin Bauch und Ihre Mitarbeiter und übergebe gern das Wort für ein circa fünfminütiges Statement. – Bitte schön!

Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch (BA Charlottenburg-Wilmersdorf): Vielen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Abgeordnete! Ich mache es relativ kurz. Es wurde ja schon ganz viel gesagt, auch zur strukturellen Unterfinanzierung. Ich sitze heute hier, im Gegensatz zu vor zwei Jahren, ein wenig entspannter, weil es uns gelungen ist – ich formuliere es mal so –, aus einer sehr schlechten Ausgangsposition in eine vertretbare Ausgangsposition zu kommen. Falls Sie sich erinnern, vor zwei Jahren habe ich immer vom sogenannten Übergangshaushalt gesprochen. Das hatte damit zu tun, dass wir damals die Hausaufgabe bekommen haben, uns mit der Kosten- und Leistungsrechnung zu befassen. Das haben wir getan. Die Situation, in der wir jetzt sind, ist kein Geheimrezept, das ich Ihnen präsentieren kann, wie man alle seine Probleme löst, sondern es ist lediglich der Tatsache geschuldet, dass wir in diesem suboptimalen System der Kosten- und Leistungsrechnung das Maximale für unseren Bezirk herausgeholt haben.

Aber Sie wissen, die Bezirke stehen in Konkurrenz zueinander, das heißt, sobald irgendjemand meiner lieben Kolleginnen und Kollegen wieder stärker wird in der Kosten- und Leistungsrechnung, liegt es in der Natur der Dinge, dass wir dann absinken. In diesem Sinne, kann man sagen, haben wir es jetzt geschafft, in einer vertretbaren Ausgangsposition zu sein. Das heißt, wir konnten eine kleine Rücklage bilden, die natürlich für die Aufstellung des jetzigen Haushalts nicht zur Verfügung stand, weil die Landeshaushaltsordnung vorsieht, dass es in die Rücklage gebucht wird.

Um vielleicht auf ein paar Punkte vorweg einzugehen, weil ich jetzt grob antizipieren konnte, was gefragt wird: Bei den Mieterberatungen ist bei uns alles so geblieben wie es war. Wir konnten den Schwimmbus absichern. Wir haben bei der Beförderung von Kindern mit Behinderung den Ansatz leicht aufgestockt. Die Tagesreinigung haben wir noch nicht komplett aufgeben, aber da haben wir tatsächlich keine Ressourcen im Haushalt. – Das waren jetzt erst mal die großen Themen, die hier angesprochen wurden. Habe ich etwas vergessen? Gewerbesteuer hatten wir; da haben wir bei der letzten Abfrage keine großen Abweichungen und leichte Steigerungen gehabt, aber nicht so nennenswert, dass wir wie Friedrichshain-Kreuzberg da in die Bredouille kämen. Dabei würde ich es jetzt erst mal belassen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Dann können wir auch gleich in die Aussprache eintreten. – Frau Kollegin Brychey, bitte!

Franziska Brychey (LINKE): Vielen Dank, dass Sie schon die Fragen beantwortet haben, bevor sie überhaupt gestellt wurden! Das ist toll. Ich will noch zu den Musikschulen nachfragen, wie es da in Charlottenburg-Wilmersdorf aussieht, ob es auch eine Warteliste gibt, wie die Situation mit den Angeboten ist und ob es eine Gebührenerhöhung geben musste. Auch die Frage zu den Schulstationen: Gibt es Schulstationen, die gefährdet sind oder gesichert werden konnten? – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Wiedenhaupt, bitte!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Herzlichen Dank! – Danke, Frau Bürgermeisterin! Meine grundsätzliche Frage auch bei Ihnen zum Beauftragten für Menschen mit Behinderung beziehungsweise zu den Beiräten ist, wie diese sachlich, finanziell ausgestattet sind. – Eine Frage habe ich zum Pangea-Haus, das eigentlich als Verwaltungsgebäude vorgesehen war. Ich habe jetzt gehört, dass das anders genutzt werden soll. Da würde ich gerne eine Mitteilung haben, wie der Stand der Dinge ist und wo es da hingeht. Und uns ist aufgefallen, dass Sie bei den Vergaben von Räumen, von Grundstücken unter Wert im Haushalt sehr oft nicht die ortsübliche Miete angegeben haben. Die Frage ist: Warum eigentlich nicht?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Ziller, bitte!

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich will auch noch mal nachfragen, wie es bei Ihnen im Bezirk mit dem ganzen Zukunftsthema New Work aussieht. Sehen Sie auch die Herausforderungen, die die Bezirksbürgermeisterinnen vorhin angesprochen haben, oder wie ist da der Diskussions- und Umsetzungsstand in Charlottenburg-Wilmersdorf?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön! – Frau Bezirksbürgermeisterin, Sie haben das Wort!

Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch (BA Charlottenburg-Wilmersdorf): Herzlichen Dank für die Fragen! – Die Musikschulen, wir haben es eben schon mal gesagt, sind im Sinne der Kosten- und Leistungsrechnung natürlich für uns ganz wichtig, weil sie auch einen Gewinnbringer für uns als Bezirk darstellen. Sie wissen, dass man da über die Gebührenordnung auch steuernd tätig werden muss, wenn man die steigenden Honorarkosten decken möchte. Das haben wir getan, wobei man allerdings sagen muss, dass das auch nicht ohne Ende geht. Man muss irgendwie ein soziales Gleichgewicht haben, damit nicht die, die weniger Geld haben, überhaupt keine Chance mehr haben und dann in andere Bezirke, wo vielleicht Gebühren anders sind, ausweichen müssen. Das haben wir schon sehr genau versucht zu berücksichtigen. Tatsächlich ist es so, dass uns Honorarmittel fehlen. Insofern würde ich mich gerne dem Aufruf von Frau Koch anschließen: Bitte, liebe Abgeordnete, nehmen Sie mit, dass Sie die Musikschulen noch mal berücksichtigen in Ihren Beratungen! Wir haben sozusagen aus eigener Kraft heraus da noch mal 300 000 Euro obendrauf gelegt, aber das ist nicht ausreichend, um alle Honorarkräfte in dem Umfang, wie wir es bisher hatten, bezahlen zu können.

Zu den Schulstationen: Schulstationen sind auf jeden Fall extrem wichtig. Wir hatten das Thema heute auch schon. Es ist nun bei den Bezirken geblieben in der Verantwortung. Wir hatten eine, die auf der Kippe stand, wobei ich sagen muss, das hatte weniger fachliche Hintergründe, sondern das hatte tatsächlich diesen vertraglichen Aspekt: Wo ist gerade der Moment, da man überhaupt einen Vertrag kündigen kann, wenn man gerade eine Haushaltsplanaufstellung durchführt? – Das konnten wir Gott sei Dank abwenden. Insofern sind die bei uns erst mal gesichert. Aber zugegebenermaßen ist das schwierig und alles gar nicht so leicht.

Bei der Ausstattung zum Thema Menschen mit Behinderungen haben wir – ich muss nachgucken, ich verwechsle immer dieses Gesetz; LBG heißt es – in den Verstärkungsmitteln 150 000 Euro gesichert. Aber auch da, ich sage es ganz ehrlich: Wenn man eine Brandmeldeanlage für höreingeschränkte Menschen haben möchte, dann reicht diese Summe natürlich bei weitem nicht aus. Alles, was baulich ist, müsste dann investiv abgesichert werden. Das ist wirklich ein sehr umfangreiches, komplexes Thema.

Das Pangea-Haus ist formal ein Dienstgebäude. Allerdings wurde es damals saniert, und bei der Sanierung gab es eine Zweckbindung auf dieses Haus für soziale Integration im Quartier. Damit ist sozusagen eine Personengruppe Zielgruppe, die naturgemäß nicht besonders hohe Mieten bezahlen kann. Damit haben wir uns als Bezirk in einer schwierigen Ambivalenz befunden: Einerseits dürfen wir keine Unterlassung unter Wert machen, weil wir dann Ärger bekommen, und andererseits müssen wir dieser Zweckbindung gerecht werden. Da haben wir uns als Weg ausgesucht, dass wir versucht haben, uns an der unteren Grenze der ortsüblichen Vergleichsmiete zu orientieren, und so wird das Haus auch weiterhin genutzt. Wie lange das so ist? – Egal auf welcher Seite würden uns Vertragsstrafen drohen: Wenn wir die Zweckbindung nicht einhalten würden, dann müssten wir die Investitionsgelder zurückzahlen. Wenn wir die Unterlassung unter Wert machen würden, dann würde uns wiederum die Senatsfinanzverwaltung beziehungsweise der Rechnungshof irgendwann sagen: So geht das nicht. – Deswegen haben wir gedacht, das ist jetzt erst mal zumindest bis 2027, soweit der Plan, eine gute Lösung für alle Beteiligten.

Sie rekurrten auch auf die Frage, warum wir keine ortsübliche Vergleichsmiete anzeigen. – Wenn wir das unentgeltlich herausgeben, dann berechnen wir die Miete nicht, weil es jedes Mal sehr viel Arbeit ist zu gucken, wie man diese ortsübliche Vergleichsmiete bemisst. Die

Arbeit würden wir unseren Beschäftigten gerne ersparen, wenn am Ende klar ist, dass jemand das unentgeltlich nutzt.

New Work: Die meisten denken, New Work heißt einfach weniger Tische, und dann ist das Problem erledigt. Das ist aber mitnichten so. Wenn man wirklich New Work umsetzen möchte, dann braucht man ein Investitionsvolumen. Das hat einerseits natürlich etwas mit der Flexibilität der Arbeitsplätze zu tun, das hat aber auch etwas damit zu tun, dass die ganzen Folgekosten und Gedanken, die da dranhängen, mitberücksichtigt werden. Wenn Sie verschiedenste Fachbereiche unter einem Dach haben, wie das in einer Bezirksverwaltung nun mal normalerweise so ist, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes beispielsweise sitzen am Montag woanders als am Freitag, dann braucht man auch ein digitales Buchungssystem oder Hinweisschilder, aus denen erkennbar ist, wo diese Mitarbeitenden an dem Tag zu finden sind. Es geht natürlich um eine Software, die dann viele Menschen benutzen können, die technische Ausstattung. Wir sind gerade Teil eines Pilotprojekts. Dazu kommt natürlich: Wenn man in einem denkmalgeschützten Dienstgebäude sitzt, dann sind all die Maßnahmen, die man sich vielleicht in einem neueren Gebäude vorstellen könnte, gar nicht so einfach umzusetzen, wie man eine technische und Büromöbelausstattung hinkommt. Da brauchen wir auf jeden Fall Unterstützung, denn das ist schon sehr zentral für die Entwicklung der Berliner Verwaltung, für die Arbeitsfähigkeit und die Bürgerinnen und Bürger.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kann der Bericht zur Kenntnis genommen werden. Ihnen wünsche ich noch einen angenehmen Tag, Frau Bezirksbürgermeisterin, Ihren Mitarbeitern natürlich auch. – Wir kommen zum nächsten Bezirk

05 - Spandau

Mitberaten wird:

Bericht BA Spandau – SE Personal und Finanzen – vom [1830 T](#)
12.08.2025 Haupt
**Berichtsauftrag über die eingegangenen
Verpflichtungen und die daraus resultierenden
Verbindungen für den Bezirk Spandau**
gemäß Auflage A. 1 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25

Ich begrüße Herrn Bezirksbürgermeister Bewig und seine Mitarbeiter und gebe ihm gerne das Wort. – Bitte schön, Herr Bezirksbürgermeister!

Bezirksbürgermeister Frank Bewig (BA Spandau): Herr Vorsitzender! Verehrte Abgeordnete! Es ist ganz viel gesagt worden, deswegen versuche ich, mich einigermaßen kurzzufassen. Der Bezirkshaushalt in Spandau beträgt inzwischen in etwa 1 Milliarde Euro. Wir haben im Vergleich zum letzten Haushalt eine Steigerung gehabt, die aber weitestgehend für die entsprechenden Transferausgaben genutzt werden muss, die auch in Spandau steigen. Wir sind ein wachsender Bezirk, und wir haben natürlich auch eine Sozialstruktur, die an bestimmten Stellen schwierig ist und damit auch entsprechende Fallzahlen nach sich zieht. Wir

haben zwei Themenfelder, die uns sehr belasten – das mag vielleicht in den anderen Bezirken nicht so der Fall sein –, zum einen der Zustand unserer bezirklichen Dienstgebäude. Da haben wir vielleicht in den letzten 30 Jahren nicht so investiert, wie man hätte investieren müssen. Das macht sich bemerkbar bei der baulichen Unterhaltung, die bei uns vorne und hinten nicht reicht. Wir machen nur noch Flickschusterei und versuchen zu verhindern, dass teilweise zumindest Dienstgebäude beziehungsweise zum Beispiel Werkhöfe am Ende gesperrt und geschlossen werden müssen, und das macht sich bemerkbar. Das Zweite ist, dass wir eine Menge Städtebauförderprojekte in Spandau haben, die auch an vielen Stellen gut laufen. Dennoch, das wissen Sie selbst, kann man nicht immer jede Frist einhalten. Wir haben im Grunde permanent Diskussionen im Bezirksamt. Wir wissen nicht, ob es im nächsten Jahr eine Finanzierung gibt, und dann müssen wir als Bezirk sehen, dass wir Risiken dort abdecken und Finanzierungen im Zweifel sichern, und das belastet auch unseren Haushalt.

Wir haben zur Herstellung des Haushaltsausgleichs leider im A-Teil und im T-Teil-Rest um 5 Prozent kürzen müssen. Das macht sich bemerkbar. Wir haben einige Bereiche ausgenommen, die aus unserer Sicht sehr wichtig sind beziehungsweise wo wir Zielvereinbarungen mit dem Land Berlin haben, wo wir nicht diese 5 Prozent angelegt haben. Wir haben dann auch eine PMA von 8 Millionen Euro einstellen müssen und sind mit unserer Ergebnissrücklage von 2,25 Millionen Euro und 2,75 Millionen Euro jeweils im Haushalt verankert. Wir haben aus unserer Sicht das Risiko der Energiekosten. Auch wenn Energiekosten sinken, gehen wir davon aus, dass die veranschlagten Energiekosten nicht reichen werden. Ich hatte gesagt, wir sind ein wachsender Bezirk. Wir haben mehrere Dienstgebäude beziehungsweise Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, die neu gebaut oder saniert wurden und in den nächsten Monaten ans Netz gehen werden. Das wird uns bei den Bewirtschaftungskosten heftige Schwierigkeiten bereiten. Das ist ein großes Risiko.

Wir haben trotzdem entschieden, dass wir einige Schwerpunkte setzen. Das Stichwort New Work ist genannt worden. Da haben wir aus eigener Kraft im Haushalt Mittel eingestellt. Das hatten wir im letzten Haushalt schon vorgesehen und wollen in diesem Haushalt auch noch mal zusätzlich aufstocken. Wir sind bei New Work, glaube ich, auf einem ganz guten Weg. Wir merken im Prozess selbst, welche Tücken das Ganze hat, insbesondere auch technische Fragen, Telefonanlage und andere Dinge, die da mitreinspielen. Wir sind aber, glaube ich, auf einem guten Weg. Wir gehören auch zu den fünf Bezirken, die am TOM-Projekt teilnehmen und uns gegenseitig austauschen. Trotzdem muss man bei New Work auch in einem gewissen Umfang investieren, bevor man nachher durch Reduzierung von Büroflächen sparen kann. Da stellen wir zusätzlich Geld ein, um die entsprechenden Bereiche, die Pilotbereiche, aber auch die weiteren Bereiche entsprechend auszustatten. Da geht es um Büromöbel, es geht auch um ganz normale Dinge wie: Wie kann man Raumteiler einplanen? Wie kann man auch Teeküchen beziehungsweise kleinere Küchenzeilen in Einheiten einplanen? Das kostet alles Geld, und das wollen wir auch für die nächsten beiden Jahre vorsehen.

Wir haben in diesem Haushalt weniger Personalmittel, sodass wir auch dort nicht zusätzlich Mittel im laufenden Haushalt haben, die wir anderweitig zum Ausgleich von Kostensteigerungen einsetzen können. Wir haben eine geringere Ergebnissrücklage als im letzten Doppelhaushalt, und wir haben bei der baulichen Unterhaltung durchaus ein Problem, das in diesem Haushalt auf uns zukommen wird, sodass ich für den Bezirk schon noch Hausaufgaben sehe, nämlich insbesondere die PMA von 8 Millionen Euro, die wir auflösen müssen. Das wird dazu führen, dass wir in diesem Jahr sogar noch an der einen oder anderen Stelle schauen

müssen, wie wir uns auf den Weg machen. Es wird dann sicher dazu auch Abstimmungen im Bezirksamt geben, wie wir diese PMA im nächsten Jahr auflösen. Einiges ergibt sich im laufenden Haushalt immer, aber die 8 Millionen Euro sind doch ein Betrag, der uns verpflichtet, planerisch an diese Aufgabe heranzugehen. So viel von mir erst mal. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön, Herr Bezirksbürgermeister! – Frau Kollegin Brychcy, bitte!

Franziska Brychcy (LINKE): Vielen Dank! – Auch Sie würde ich gerne zu dem Thema Mieten fragen, ob Sie die Mieterinnenberatung in gewohnter Höhe weiter fortsetzen können und ob Sie planen, Stellen gegen Mietwucher einzurichten. – Dann zum Thema Bildung, Jugend und Familie die Fragen zur Schul- und Tagesreinigung, ob es hier Einschränkungen gibt oder ob Sie die Tagesreinigung fortsetzen können, ob es Kürzungen im Bereich Jugend gibt, ob die Schulstationen, die Sie haben, fortgeführt werden können und wie die Lage in Spandau bei den Musikschulen ist, ob es Angebotseinschränkungen gibt, ob Sie eine Warteliste haben und ob Sie Gebührenerhöhungen schon umsetzen mussten oder planen. – Danke schön!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Wiedenhaupt, bitte schön!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Ich hätte nur die Frage, die ich schon öfter gestellt habe. – Sie kennen sie, okay!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Dann bitte schön, Herr Kollege Ziller, Ihre Wortmeldung!

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielen Dank! – Damit uns nicht langweilig wird, habe ich noch eine neue Frage, und zwar beschäftigt den Hauptausschuss immer wieder das ganze Thema Tarifanpassungen für Zuwendungsempfängerinnen. Da ist seit einer Weile ein dezentrales Verfahren gewählt, und deswegen meine Frage in Ihre Richtung: Wie wird das in Spandau gehandhabt? Bekommen Sie über Ihren Bezirk und die ganzen Zuwendungsstellen ein einheitliches Verfahren hin und haben im Haushalt abgesichert, dass alle Tarifanpassungen 2026 und 2027 ausgereicht werden können?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Kollegin Brychcy, Sie wollen noch ergänzen. Bitte!

Franziska Brychcy (LINKE): Ich habe noch die Schülerinnenbeförderung für die Schülerinnen und Schüler mit Einschränkungen und die Schwimmbusse vergessen. – Danke!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Dann haben wir die Fragen jetzt alle beisammen. – Herr Bezirksbürgermeister!

Bezirksbürgermeister Frank Bewig (BA Spandau): Sorry, ich habe natürlich die Notizen gehabt. Ich hätte die Fragen gleich beantworten können, die hier die ganze Zeit gestellt wurden. Ich versuche mal, sie durchzugehen. – Bei den Schulstationen wird es auch in Spandau Veränderungen geben. Die Kollegin Stadträtin ist mit den Schulen und mit der Schulaufsicht in intensivem Austausch, wie die Kürzung kompensiert werden kann. Es wird eher an den Schulen, wo die Schulstationen nicht mehr präsent sein werden, mobile aufsuchende Arbeit geben – so habe ich sie jedenfalls verstanden –, um die Aufgaben, die dort anfallen, auch

noch zu erfüllen. Es hat aber natürlich auch für uns Relevanz, dass da weniger Mittel zur Verfügung stehen.

Bei der Schülerbeförderung höre ich, dass wir es versuchen zu handhaben mit den Mitteln, die wir haben. Wir haben selber im Haushalt mehr Mittel eingestellt für die Schulbeförderung, mussten in Teilen sogar verdoppeln. Wir müssen, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, sogar noch Fahrten nach Brandenburg teilweise mitfinanzieren. Wir gehen auch davon aus, dass die Mittel vermutlich nicht reichen und wir dann doch noch mal das Thema Basiskorrektur haben werden. Ich meine, 50 Prozent sind bisher zugesagt. Ich hoffe, wir können da vielleicht noch Bewegung reinbekommen. Wir schauen mal. Wir versuchen, es hinzubekommen. – Bei den Schwimmbeförderungen ist es so, dass wir sie im Haushalt auch noch mit Mitteln vorgesehen haben, durchaus aber eine fachliche Diskussion – ich glaube, Martin Schaefer hat es vorhin so ein bisschen dargestellt – auch bei uns geführt wird, dass wir uns noch mal genau angucken, an welchen Stellen welche Wege zurückgelegt werden und im Zweifel dann an der einen oder anderen Stelle durchaus gespart werden kann.

Bei der Mieterberatung ist mein Stand, dass wir die Mittel, die wir vom Land bekommen und jüngst auch wieder zugesagt bekommen haben, komplett für mehrere Mieterberatungsträger, die bei uns im Bezirk aktiv sind, einsetzen. Wir haben keine zusätzlichen eigenen Mittel als Bezirk. Wir haben im Haushalt noch mal für unsere Erhaltungsgebiete 15 000 Euro, meine ich, vorgesehen, um dort diese Mieterberatung noch mal anzureichern um genau diese Fragen für Mieter in Erhaltungsgebieten zu diesen besonderen Themenfeldern.

Bei den Musikschulen werden wir nicht darum herumkommen, auch wenn wir ein Bezirk sind, der durchaus eine schwächere Sozialstruktur hat und wir immer versuchen, eher bezahlbare Angebote vorzuhalten, im nächsten Jahr die Entgelte moderat zu erhöhen. Mir wurde gespiegelt, dass wir uns da im Mittelfeld in Berlin befinden. Das ist vertretbar. Wir wünschen uns, wir müssten es nicht tun, aber wir werden es tun müssen. Im Bibliotheksbereich – ich glaube, die Frage ist heute an anderen Stellen auch gefallen – sind wir auf einem ganz guten Weg, die Zielvereinbarung umzusetzen. Wir erreichen im Grunde jetzt schon das, dass wir in dieser Zielvereinbarung vereinbart haben.

Zur Schulreinigung: Wir leisten uns auch noch die Tagesreinigung. Das ist sicherlich ein Punkt, über den wir im Zuge der Auflösung der PMA sprechen werden müssen. Inhaltlich brauchen wir aus meiner Sicht diese Tagesreinigung ganz dringend, aber es wird erst mal kaum Themen geben, die wir in so einer Diskussion nicht aufrufen müssen. Insofern ist sie jetzt noch mit eingeplant, aber ob sie bleiben wird, kann ich noch nicht fest zusagen.

Die Mittel für den Beauftragten und den Beirat sind bei uns, glaube ich, kein Problem. Wir haben die Mittel bei uns im Kopfkapitel des Bürgermeisters verankert. Ich habe bisher noch nie Beschwerden gehört. Wir machen es in der Regel so, wenn der Haushalt beschlossen ist, setzen wir uns auch mit meinen Beauftragten, der Frauenbeauftragten und anderen Beauftragten zusammen, die alle über mein Kopfkapitel mitfinanziert werden, was Veranstaltungen und Ausstattung angeht, die auch bei den Beiräten angedockt sind, und mir ist bisher nicht zu Ohren gekommen, dass der Beirat bisher nicht die Mittel bekommen hat, die er für seine Aktivitäten braucht, wenn wir zum Beispiel Veranstaltungen machen. Ganz im Gegenteil, wir haben auch Inklusionsmittel in unserem Haushalt vorgesehen, wo wir einen Inklusionsfonds eingesetzt haben, wo wir sehr abgestimmt mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung nachher

auch die Mittel vergeben. Da gibt es die Möglichkeit, sich auch von extern für Projekte zu bewerben, von Vereinen zum Beispiel, wenn es um Barrierefreiheit und andere Dinge geht. Da wird es nicht scheitern, dass wir den Beirat auch gut mitnehmen, wenn er Notwendigkeiten für sich sieht.

Tarifmittel: So wie wir das besprochen haben, haben wir auch Tarifsteigerungen für Zuwendungsempfänger vorgesehen. Ob die am Ende reichen werden, werden wir im laufenden Haushalt sehen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Wiedenhaupt, Ihre Wortmeldung bitte!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Danke! – Wenn ich es richtig verstanden habe, geben Sie diese Mittel sozusagen auf Anfrage ab. Dann hätte ich aber gerne nachträglich eine Zahl für 2025, wie viel Geld dort gegeben worden ist, gerne schriftlich.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Bezirksbürgermeister, bitte schön!

Bezirksbürgermeister Frank Bewig (BA Spandau): Kann ich gerne schriftlich machen. Wir haben eine zusätzliche Personalstelle noch aus dem vorherigen Haushalt geschaffen, wo wir noch Inklusionsmittel des Landes bekommen haben. Wir haben in diesem Haushalt 65 000 Euro für solche Maßnahmen eingestellt. Das orientierte sich an dem Ist aus 2024 oder sogar 2023. In dem Bereich werden wir uns bewegen, aber ich kann Ihnen das gerne auch schriftlich zukommen lassen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Gut, dann halten wir das so fest. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit kann der Bericht zur Kenntnis genommen werden, und Ihnen, Herr Bezirksbürgermeister, und Ihren Mitarbeitern wünsche ich noch einen angenehmen Tag. – Damit rufe ich den nächste Bezirk auf.

06 - Steglitz-Zehlendorf

Mitberaten wird:

Bericht BA Steglitz-Zehlendorf – BzBm – vom
07.08.2025

[1830 P](#)
Haupt

**Quartalsberichte an die BVV über die
eingegangenen Verpflichtungen und die daraus
resultierenden Verbindungen
hier: BA Steglitz-Zehlendorf**
gemäß Auflage A. 1 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25 und Berichtsauftrag aus der
77. Sitzung vom 04.06.2025

Ich begrüße Frau Bezirksbürgermeisterin Schellenberg und übergebe Ihnen auch gleich das Wort. – Bitte schön!

Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg (BA Steglitz-Zehlendorf): Ich bedanke mich, Herr Vorsitzender! – Das meiste ist in den letzten Stunden zumindest schon mal angetickt

worden. Wir befinden uns in der Situation in Steglitz-Zehlendorf, dass wir Konsolidierungsbezirk geworden sind und deshalb auch die Haushaltsplanaufstellung etwas schwierig war. Wir haben seit Jahren keine Rücklagen mehr aus vergangenen Jahren, die wir noch einsetzen könnten, und müssten in den Haushalt 2026/2027 eine PMA, also aus dem letzten Jahr, von 8 067 000 Euro einsetzen. Weiteres ist uns als Konsolidierungsbezirk nicht zugelassen. Wir sind im Augenblick in den letzten Zügen des Konsolidierungsplans, über den wir mit der Senatsfinanzverwaltung intensiv in Diskussionen sind. Wir haben beim Personal, wie auch schon die letzten Jahre, den Richtwert festgesetzt. Das hat bisher immer gut funktioniert, aber immer nur sehr knapp mit ungefähr 99 Prozent. Wir werden sehr genau schauen müssen, ob das auch im kommenden Haushalt mit dem festgesetzten Richtwert hinhaut.

Wir hatten in den letzten Jahren immer das Problem, dass wir Nachholbeträge aus der Schulbauunterhaltung hätten erbringen sollen. Die Nachholbeträge haben wir bisher nicht erbringen können, sind aber immer besser geworden und haben jetzt für den Rest für die Jahre 2025 und 2026 mit der Senatsfinanzverwaltung einen Abbauplan entwickelt, sodass wir bis zum Ende des Jahres 2026 mit diesen Nachholbeträgen plus Richtwert für die Schulbauunterhaltung endlich auf Null sind und dann das mit dem vorgegebenen Wert erfüllen können.

Der Haushalt ist sehr knapp, und – das war vorhin auch die Frage – wir haben seit dem Sommer 2025 eine Haushaltssperre verhängt, allerdings keine Einstellungssperre, denn wenn wir Stellen nicht wieder besetzen, die frei werden, und es werden bei uns wie in allen anderen Bezirken auch in den nächsten Jahren sehr viele Stellen durch Altersruhestand frei werden, können wir jetzt, auch als Zeichen für die Kolleginnen und Kollegen, die noch da sind, nicht sagen: Wir besetzen auch freigewordene Stellen nicht mehr. – Deshalb haben wir 2025 bisher keinen Einstellungsstopp verhängt. Eine Haushaltssperre bei den Dingen, die, in Führungszeichen, nicht dringend notwendig sind, bringt nach meiner Einschätzung zwar Einsparungen, aber nicht in dem Maße, wie es notwendig wäre, um andere Punkte auszugleichen.

Auch bei uns sind – und ich will mich nicht noch mal in die Diskussion „steuerbar oder nicht steuerbar“ vertiefen – das größte Haushaltsrisiko und eigentlich der Teil, der uns in den vergangenen Jahren immer wieder größte Verluste erbracht hat, im Wesentlichen die Hilfen zur Erziehung und auch die Hilfen zur Pflege. Da haben wir nach wie vor ein Haushaltsrisiko aus den unterschiedlichsten Gründen, die wahrscheinlich an anderer Stelle auch noch mal besprochen werden müssen.

Eine Bemerkung noch, damit das nicht untergeht: Auch wir als Randbezirk Steglitz-Zehlendorf wären dringend auf Mittel aus dem Gewaltgipfel und Jugendgewaltgipfel angewiesen, damit wir Projekte, die jetzt angelaufen sind, auch weiterführen können. Insbesondere ist es bei uns der Hermann-Ehlers-Platz, wo inzwischen eine Verwahrlosung einhergeht, die wir aber mit unseren eigenen Maßnahmen und unseren Haushaltsmitteln überhaupt nicht in irgendeiner Form bewältigen können.

Die Schülerbeförderung behinderter Kinder wurde erhöht, und die Neustrukturierung der Produkte wird uns helfen. Dennoch wird deutlich durch das Schulamt geschaut, an welchen Stellen von einer Einzelbeförderung auf eine Sammelbeförderung übergegangen werden kann. Da ist das Schulamt sehr intensiv dabei. Ich hoffe, wir kommen mit den eingestellten Mitteln aus.

Beim Schwimmbus läuft unser Vertrag noch bis Ende 2026. Wir sind aber in Verhandlungen mit dem Anbieter und haben für 2026 die Beträge im Ansatz schon mal um 10 Prozent reduziert. Der Anbieter ist auch durchaus bereit, weniger anzubieten. Es geht auch um so simple Dinge, und da fragt man sich, warum wir nicht schon früher darauf gekommen sind, wie: Muss es wirklich ein Reisebus sein, oder kann es auch ein ausgemusterter alter Linienbus sein, mit dem die Kinder befördert werden? –, weil das auch für den Anbieter deutlich günstiger ist. Wir machen es auch so wie die anderen und schauen: Wie ist entweder mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder zu Fuß ein Erreichen der Schwimmhalle für die Schülerinnen und Schüler möglich?

Bei der Musikschule haben wir die Gelder bereits im letzten Jahr erhöht und auch jetzt an einigen Teilen wieder, um die Tarifsteigerungen abzufangen. Wir werden auch noch eine moderate weitere Erhöhung, allerdings nicht bis zum möglichen Spitzensatz, vornehmen müssen.

Zur Grundsteuer: Bei uns ist die Situation bei einigen Sportvereinen schwierig, die Gastronomie haben. Wir sind, wenn ich richtig informiert bin, auch noch mit der Finanzverwaltung oder mit dem Finanzamt in der Diskussion, inwieweit die Werte, die da aufgerufen werden, tatsächlich der richtige Ansatz sind, weil für Sportvereine, die nach SPAN keine Vergütung bezahlen, die Grundsteuer dann ziemlich hoch reinkommt.

Die Tagesreinigung findet weiter statt. Wir haben auch versucht, die Reinigung insgesamt mehr in den Tag hinein zu verlegen, damit sie sichtbarer ist und gleich hilft. Wir haben hier das Problem, dass wir vor der Vergabekammer mit unserer Vergabe für die Schulreinigung insgesamt gescheitert sind und daher alles wieder auf Null stellen und die Vergaberegeln lösen müssen. Aber im Augenblick ist die Tagesreinigung noch gewährleistet.

Zu den Mitteln für die Beauftragte für Menschen mit Behinderung: Es ist bei mir haushälterisch so ähnlich wie in Spandau, dass in einem Kapitel alle Beauftragten auftauchen. Dann geht es nicht darum, wer am lautesten schreit, sondern das wird vorher schon abgesprochen, aber dann auch mit der Haushaltswirtschaft in Unterkonten verlegt. Ich habe zusammenge-rechnet, wobei sich das auch verschieben kann: Für Beirat und Veranstaltungen stehen im Augenblick 12 000 Euro im Jahr zur Verfügung. Wir haben aber zum Beispiel auch einen Workshop für Beiräte, den sowohl Klimaschutzbeauftragte, Beauftragte für Menschen mit Behinderung und Frauenbeauftragte gemeinsam machen und das dann aus diesen Mitteln finanzieren. Habe ich etwas vergessen? – Soweit erst mal.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön, Frau Bezirksbürgermeisterin! – Gibt es Wortmeldungen? – Frau Kollegin Brychey, bitte!

Franziska Brychey (LINKE): Vielen Dank! – Ich will nur noch mal zu der Mieterinnenberatung nachfragen, ob sie weiter fortgeführt werden kann, und habe dann noch die Frage, ob für Mietwucher spezielle Stellen vorgesehen sind. Dann eine letzte Frage zu den Schulstationen – da gibt es zum Beispiel an der Grundschule an der Bäke eine Schulstation –, ob das hier weitergefördert werden kann, also ob die Schulstationen gesichert werden können.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Bitte schön, Sie haben das Wort!

Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg (BA Steglitz-Zehlendorf): Ich fange bei den Schulstationen an. Die Schulstationen sind soweit gesichert. An einer Schule muss eine Einschränkung bei der Personalausstattung erfolgen. Das ist zumindest, soweit ich weiß, der aktuelle Stand. Die Mieterberatung wird so fortgeführt wie bisher, aber auch wir haben keine eigenen Mittel für die Mieterberatung im Haushalt eingestellt. Besondere Stellen für Mietwucher haben wir nicht im Bezirk.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Goiny, bitte!

Christian Goiny (CDU): Noch mal eine Nachfrage, weil Sie das selbst angesprochen haben, Frau Bezirksbürgermeisterin, zur Situation auf dem Hermann-Ehlers-Platz, der nun einer der zentralsten und verkehrsreichsten Plätze im Süden Berlins und verkehrlich hervorragend angebunden ist und sich in einem tatsächlich trostlosen Zustand befindet. Es gibt schon länger die Überlegung – und da wollte ich mich erkundigen, wie der Stand oder die Sicht des Bezirksamtes ist –, zumindest im Sommerhalbjahr einen größeren Teil der Fläche durch die angrenzende Gastronomie zu bespielen, indem man ihr dort mehr Flächen zur Verfügung stellt, wo sie mit Tischen und Sitzbänken ein gastronomisches Angebot open air anbieten kann. Drumherum gibt es eine ganze Reihe gastronomischer Einrichtungen, und selbst an den Markttagen ist meine Beobachtung, dass man, wenn man die Marktstandflächen etwas neu arrangiert, durchaus auch an diesen Tagen Platz dafür hätte. Man hat umgekehrt auch den Vorteil, dass es rund um den Hermann-Ehlers-Platz quasi keine Anwohner gibt. Da gibt es das Hotel auf der einen Seite, auf der anderen Seite ist die Autobahnbrücke, und in dem angrenzenden Gebäudeteil sind eigentlich nur Ärzte, Gewerbe, Rechtsanwälte und Ähnliches. Das heißt, man läuft auch nicht Gefahr, dass man in den Abendstunden irgendwie Anwohner belästigt. Der Verkehrslärm ist da allemal lauter im Übrigen. Ist in diese Richtung gedacht? Das schiene mir doch angesichts leerer Kassen, was die Umgestaltung des Platzes, die an sich vielleicht ganz wünschenswert wäre, anbetrifft, eine relativ zügig umzusetzende Möglichkeit, um den Platz durch die dann genutzten gastronomischen Flächen in einem etwas gepflegteren Zustand und mit einem freundlicheren Gesicht erscheinen zu lassen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Brychey, bitte!

Franziska Brychey (LINKE): Entschuldigung, ich will nur eine kurze Ergänzung machen! Wir hatten gestern die zweite Lesung im Bildungsausschuss, und dort wurde berichtet, dass die Mittel aus dem Jugendgewaltgipfel im Großen und Ganzen überführt werden konnten. Gibt es denn hier Angebote, die wegfallen müssen, wo Sie schon wissen, dass sie nicht weiterfinanziert werden, für den Hermann-Ehlers-Platz, wo sich eine Lücke ergibt? Es gab, glaube ich, auch einen Runden Tisch Wohnungslosigkeit, denn wir haben viele Menschen, die wohnungslos sind, und da hatten Sie vor, im Kreisel auch noch mal Angebote zu schaffen. Können Sie dazu noch etwas sagen? – Danke!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Bezirksbürgermeisterin, Sie haben das Wort! – Bitte!

Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg (BA Steglitz-Zehlendorf): Danke sehr! – Zum Hermann-Ehlers-Platz: Da ich diesen Bereich nicht mehr verantworte, weiß ich nicht, wie die konkreten Überlegungen und Planungen sind. Ich werde das aber noch mal nachfragen, denn wir haben ein bisschen das Problem, dass – zumindest noch – dort eine, wenn auch nicht häufig, zu befahrende Straße ist. Wir müssten dann schauen, ob die Gastronomie überhaupt Inte-

resse daran hat. Mit der Neugestaltung soll das aber, meine ich, vereinheitlicht werden. Ich kann das aber auch noch mal nachreichen.

Zur Jugendgewalt: Wir haben mehrere Maßnahmen im Umkreis der Schloßstraße oder des Hermann-Ehlers-Platzes. Bedauerlicherweise kann ich die im Augenblick nicht aufzählen, weil ich sie nicht parat habe; aufsuchende Sozialarbeit sowohl für Obdachlose, aber auch speziell für Jugendliche, die aus meiner Sicht sehr gute Arbeit leistet, weil die genau dort vor Ort sind und die Leute auch kennen. Es wäre sehr schön, wenn wir diese Mittel wieder bekommen könnten, um das weiterzuführen, sowohl die Ansprache an die Menschen ohne Obdach als auch an die Jugendlichen, die sich im Harry-Bresslau-Park und Hermann-Ehlers-Platz und so weiter aufhalten.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Goiny, bitte!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank, Frau Bezirksbürgermeisterin! – Dann würden wir vielleicht die Punkte, die ich eben nachgefragt hatte, noch mal in schriftlicher Form aufschreiben, dann ist es ein bisschen präziser, und dann kann das gerne durch die zuständige Fachabteilung vielleicht auch noch konkreter beantwortet werden. Diese Lieferstraße ist nur zwei, drei Meter breit. Da kann man rüberlaufen als Gastronom, und dahinter ist der ganze Platz. Es würde sich anbieten, da etwas zu machen. Die Idee war jetzt nicht, diese Ladestraße mit Tischen und Bänken zuzustellen, sondern die müsste natürlich für die Anlieferung frei bleiben, aber dahinter ist genug Platz.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Das kommt dann schriftlich zur zweiten Lesung. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kann der Bericht zur Kenntnis genommen werden, und Ihnen noch einen angenehmen Tag, Frau Bezirksbürgermeisterin. – Wir kommen dann zum Bezirk Tempelhof-Schöneberg.

07 - Tempelhof-Schöneberg

Mitberaten wird:

Bericht BA Tempelhof-Schöneberg – FinL – vom
13.08.2025
**Quartalsberichte (2024 und I 2025) über die
eingegangenen Verpflichtungen und die daraus
resultierenden Verbindungen zukünftiger Jahre
hier: BA Tempelhof-Schöneberg**
gemäß Auflage A. 1 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25

[1830 U](#)
Haupt

Ich begrüße Herrn Bezirksbürgermeister Oltmann und Mitarbeiter und übergebe das Wort an den Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg. – Bitte schön!

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann (BA Tempelhof-Schöneberg): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank für die Gelegenheit, den Bezirkshaushalt aus Tempelhof-Schöneberg vorzustellen! Ich erspare Ihnen an dieser Stelle die doch sehr intensiven Debatten, die wir in Tempelhof-Schöneberg führen mussten. Ich würde behaupten,

das ist der schwierigste Haushalte der letzten zehn Jahre gewesen. Tempelhof-Schöneberg gehört mit Sicherheit zu den Bezirken, denen es im Vergleich der Bezirke noch besser geht. Aber der Reihe nach: Wir haben alle Vorgaben der Senatsverwaltung für Finanzen bei der Aufstellung des Haushaltes eingehalten, das heißt die Leitlinien, wir haben den Nachholbetrag, der notwendig war, eingestellt. Wir haben das Personal auf die Richtwerte der Senatsverwaltung für Finanzen eingestellt, wir haben die E03- und E04-Vorgaben bei den Einnahmen eingehalten. Tempelhof-Schöneberg ist Budgetgewinner und hat 2024 den zweitbesten Jahresabschluss hingelegt. Wir haben das Jahresergebnis auf die beiden Haushaltsjahre verteilt, und trotzdem müssen wir festhalten, dass das Budget insgesamt nicht reichte, um die noch bei uns vorhandenen freien Stellen auszufinanzieren. Wir haben deswegen in Größenordnungen auch Stellenstreichungen vornehmen müssen. Von 2025 und 2026 – können Sie im Stellenplan ablesen – sind es insgesamt 106 Stellen. Hier sind alle zentral über die AG Ressourcensteuerung zur Verfügung gestellten Stellen natürlich erhalten geblieben. Trotzdem haben wir den Bereichen mit auf den Weg gegeben, dass die Stellen vorbehaltlich einer Finanzierung gesperrt sind, das heißt, wenn die Fachbereiche die jeweilige Finanzierung nachweisen können, die sich beispielsweise durch personalwirtschaftliche Maßnahmen wie Stellenreste oder Ähnliches ergeben kann, dann kann natürlich auch ein Stellenbesetzungsverfahren durchgeführt und erfolgreich abgeschlossen werden.

Bei den Einnahmen haben wir im Haushaltsjahr 2024 die Einnahmenvorgabe E03 um 2,3 Millionen Euro überschritten, wir haben also mehr eingenommen als die Einnahmenvorgabe war. Jetzt leben wir 2026 mit der Situation, dass wir eine Einnahmenvorgabe haben, die noch mal 1 Million Euro höher ist als das Ist 2024. Wir haben uns beim Sachhaushalt strikt an dem Ist von 2024 orientiert und haben sämtliche Erinnerungsposten, die für uns keinen Wert mehr hatten, eingesammelt. Der Spielraum ist in Tempelhof-Schöneberg deutlich kleiner geworden. Wir haben dann mit einer pauschalen Minderausgabe von 1,9 Millionen Euro für 2026 und 2,6 Millionen Euro für 2027 abgeschlossen. Um diese aber zu erwirtschaften, ist, wie gesagt, der Spielraum sehr viel kleiner geworden. Das liegt, und das ist heute schon häufig angesprochen worden, an der strukturellen Unterfinanzierung der Bezirke. Wenn Sie sich die Basiskorrektur, das Volumen angucken für 2024 mit 745 Millionen Euro, dann könnte man auf die Idee kommen, der Senat hat irgendwie einen Bezirk vergessen, denn das ist ungefähr das Volumen eines Bezirkshaushaltes an der Stelle.

Bei den Transferausgaben ist es so – das wurde auch schon deutlich in den unterschiedlichen Beratungssituationen –, dass wir hier nicht nur über HzE reden, sondern wir reden über ein sehr stark steigendes Kostenvolumen. Die Fälle sind insgesamt komplexer geworden, und ich würde mir schon wünschen, dass wir noch mal klarere Aussagen dahingehend bekommen, wohin die Reise an der Stelle geht. Ich würde mir auch wünschen, dass es jetzt die gesamtstädtischer Steuerung auch in diesem Bereich gibt. Es gibt zwei Arbeitsgruppen, die sich mit dem Thema auseinandersetzen. Das finde ich gut, und das ist auch richtig, aber wenn man sich die Zwischenergebnisse anguckt, dann muss man leider konstatieren: Wir bekommen im Land Berlin mit diesen Vorschlägen insgesamt ein großes Problem, weil sie nicht in der Lage sind, die Kostensteigerungen in dem Maße aufzufangen, wie es eigentlich notwendig wäre an der Stelle. Dazu gehört natürlich auch, dass man all diese Fragestellungen zentral bündelt, was das Vertragsmanagement angeht.

Um die Frage gleich vorweg zu nehmen – Sie fragten ja alle Bezirke durch –: Wie ist es mit den Inklusionsmitteln? – Wir haben die „Berlin Inklusiv“-Mittel im Haushalt vollständig ab-

gebildet, das heißt, wir haben einerseits eine Stelle dafür eingerichtet und andererseits auch die Mittel dafür verausgabt. Insgesamt handelt es sich um ein Volumen von 166 000 Euro. Die Aufwendungen allein für die Beiräte betragen bei uns 1 500 Euro und sind in meinem Kapitel abgebildet.

ALLRISS – wurde auch abgefragt – haben wir nicht abgebildet. Wir sehen die Verantwortung eindeutig bei der Senatsverwaltung für Inneres, also müsste das auch in diesem Haushalt wiederzufinden sein. – Es wurde auch oft nach der Beförderung von behinderten Kindern gefragt. Wir haben die Transferveranschlagungsvorgabe von der Senatsverwaltung für Finanzen eingehalten und die Kosten dafür vollständig abgebildet. – Jetzt sehe ich gerne Ihren Fragen entgegen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön! – Gibt es Wortmeldungen? – Herr Kollege Wiedenhaupt, bitte!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Schönen Dank! – Herzlichen Dank, Herr Bezirksbürgermeister! Sie haben schon die besondere Aufgabe, die Stellen in ihrem Bezirk auszufinanzieren, angesprochen. Das scheint bei Ihnen etwas stärker in der Problematik zu stehen als in anderen Bezirken. Sie haben im Bezirk in den Haushaltsberatungen gesagt, gegebenenfalls müsste sogar ein Bürgeramt geschlossen werden; so ist mir das zugetragen worden. Deshalb würde ich Sie gerne hier fragen, wie es bei dieser Frage steht, und damit verbunden insgesamt die Frage, wie Sie es bei den nicht besetzten beziehungsweise weggefallenen Stellen als möglich ansehen, dass wirklich alle gesetzlich hinterlegten Aufgaben auch in angemessener Zeit erfüllt werden können.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Kollegin Brychey, bitte!

Franziska Brychey (LINKE): Vielen Dank! – Ich würde da auch gerne noch mal nachfragen, in welchen Bereichen diese 106 Stellen weggefallen sind beziehungsweise gestrichen werden mussten. Ich würde auch Sie noch mal zu den Schwimmbussen fragen, wenn Sie dazu etwas sagen könnten, ob die aufrecht erhalten werden können; auch zur Schulreinigung und zur Tagesreinigung, ob die Mittel hier eingestellt sind. Dann die Frage zu den Schulstationen: Gibt es Schulstationen, die gefährdet sind oder die weiter gesichert werden konnten? Zu den Musikschulen wüsste ich gern, wie die Angebote da gesichert sind, ob Sie eine Warteliste haben und möglicherweise Gebühren erhöhen mussten.

Dann zur psychosozialen Beratungsstelle Pinel, auch in Verbindung mit den PEP-Mitteln: Dazu gab es eine große Presseberichterstattung, dass da leider kein oder weniger Geld eingestellt wurde. Wie wird da die Zukunft gesichert? Zu den Nachbarschaftsheimen Kurmärkische Straße: Sind die Mittel gesichert? – Danke schön!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Bezirksbürgermeister, bitte, Sie haben das Wort!

Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann (BA Tempelhof-Schöneberg): Ich fange mit dem Bürgeramt an. Sie können in unserem Stellenplan für die Bürgerdienste, Kapitel 35, ablesen, es sind für 2025 204 Stellen vorgesehen gewesen und für 2026 und 2027 jeweils 201 Stellen. Jetzt sind also drei Stellen gekürzt worden, und ich kann nicht erkennen, dass die Leistungsfähigkeit dadurch beeinträchtigt würde. Ich habe diese Aussage nicht getroffen, dass da ein

Standort geschlossen werden muss, sondern gehe, ganz im Gegenteil, davon aus, dass die hervorragende Arbeit, die in den Bürgerämtern geleistet wird, weiterhin mit der Struktur und dem Personal fortgesetzt werden kann.

Zu den Schulstationen muss ich Ihnen nachliefern. Dazu kann ich leider nichts sagen. – Bei den Musikschulen wie bei der VHS ist es so, dass wir die Honorarmittel von unserer Seite aus leicht erhöht haben, aber der Bedarf, insbesondere auch an der Volkshochschule, sehr viel größer ist. Das Angebot könnte sehr viel stärker ausgedehnt und ausgeweitet werden. Denken Sie nur an den Sprachbedarf für geflüchtete Menschen an der Stelle. Das könnten wir eigentlich sehr viel stärker ausdehnen, wenn wir mehr Mittel und mehr Möglichkeiten dazu hätten.

Sie haben nach den PEP-Mitteln gefragt. Der Stadtratskollege Oliver Schworck hat im Hauptausschuss zu Protokoll gegeben, wenn er die jetzige Struktur absichern, also verstetigen wollte, bräuchte er nochmal 500 000 Euro mehr, alleine in Tempelhof-Schöneberg. In den Medien wurde immer über die Kontakt- und Beratungsstelle Pinel, die eine sehr wichtige Einrichtung ist, berichtet. Die ist tatsächlich in Gefahr, es geht hier aber durchaus um mehr, als nur um diese eine Kontakt- und Beratungsstelle. Das will ich gerne mit auf den Weg geben. Wenn man sich die Klientel an der Stelle anguckt, die da betroffen ist, denke ich schon, dass man darüber nachdenken kann, ob hier nicht eine Verstärkung seitens des Landes möglich ist.

Bezüglich der Kurmärkische Straße war vom Sozialstadtrat in Rede gewesen, diese möglicherweise zu schließen. Aktuell ist sie durch den Haushalt abgesichert.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann wird der Bericht zur Kenntnis genommen. Ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Tag, Herr Bezirksbürgermeister! – Wir kommen zum Bezirk Neukölln.

08 - Neukölln

Mitberaten wird:

Bericht BA Neukölln – BzBm – vom 31.07.2025
**Quartalsbericht (I 2025) – über die eingegangenen
Verpflichtungen und die daraus resultierenden
Verbindungen
hier: Bezirksamt Neukölln**
(Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 02.06.2025)

[1830 L](#)
Haupt

Ich begrüße Herrn Bezirksbürgermeister Hikel und seine Mitarbeiter und übergebe gerne das Wort für ein Statement von circa fünf Minuten. – Bitte schön, Herr Bezirksbürgermeister!

Bezirksbürgermeister Martin Hikel (BA Neukölln): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich glaube, viele Themen wurden schon in den vorherigen Beratungen angesprochen. Darum will ich versuchen, auf das wesentliche Neuköllnspezifische zu reduzieren. Ich möchte an der Stelle auch den Kollegen, Leiter des Steuerungsdienstes, Dr. Frank König, vorstellen und möchte gleich zu Beginn sagen, dass die Haushaltsplanaufstellung für den Bezirk Neukölln eine relativ große Herausforderung gewesen ist. Aufgrund der Schwerpunktsetzung im Bezirk in den letzten 15 bis 20 Jahren, gerade

im Bereich Schulbau und Jugendarbeit, hat sich ein strukturelles Defizit im Bezirkshaushaltsplan aufgebaut, das sich mittlerweile auf rund 20 Millionen Euro über alle Bereiche hinweg erstreckt. Das heißt, wir mussten mit einem Defizit von 20 Millionen Euro gegenüber den Bedarfen und dem Ist, das wir vorher finanziert haben, diesen Haushaltsplan aufstellen. Wir konnten das möglich machen, indem wir im Rahmen der Eckwertbildung für die jeweiligen Geschäftsbereiche des Bezirksamtes bereits rund 10 Millionen Euro aufgelöst haben, und die restlichen 10 Millionen Euro finden Sie einmal als eine pauschale Minderausgabe bezogen auf das Personal und einmal bezogen auf eine allgemeine pauschale Minderausgabe im Haushaltsplan wieder. Dementsprechend haben wir enorme Kraftanstrengungen unternehmen müssen, um einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen zu können. So transparent möchte ich an der Stelle sein.

Dementsprechend kann ich Ihnen zu manchen Fragen noch nicht die konkreten Ergebnisse nennen. Sie hatten unter anderem zum Thema Schulstationen regelmäßig nachgefragt. Dazu kann ich aktuell noch keine Aussage treffen, weil die Kollegin, die für die Schulstationen in ihrer dezentralen Fach- und Ressourcenverantwortung zuständig ist, ihren Eckwert über eine pauschale Minderausgabe noch nicht erfüllen konnte und dementsprechend die Frage noch nicht beantwortet werden kann. Sie kann vermutlich dann erst im Rahmen der Nachschau beantwortet werden. Ich kann Ihnen aber sagen, dass sich das Bezirksamt gemeinsam dazu entschlossen hat, die Tagesreinigung, die wir eingeführt haben, weitestgehend oder komplett einzustellen. Wir haben auch weitestgehend keine Schwimmbusse mehr. Die mussten wir insgesamt auch abschaffen, auch aus der Begründung heraus, dass die Beförderung von Kindern über das kostenfreie Schulticket ohnehin gesichert ist und dementsprechend aufgrund der mangelnden Haushaltslage, wie ich eingangs geschildert habe, diese Dienstleistung nicht mehr angeboten werden kann. – Die Gebühren für Schülerinnen und Schüler unserer Musikschule wurden in einzelnen wenigen Instrumenten moderat erhöht. – Wir können keine weiteren Stellen zum Thema Mietwucher einrichten, weil uns die Befugnis zur Einrichtung neuer Stellen an der Stelle fehlt, aber auch, wie Sie hören konnten, die Finanzierung etwaiger Stellen.

Eine Frage war noch offen, und zwar die nach den Mitteln für die Beauftragten für Menschen mit Behinderung, die Inklusionsmittel. Da haben wir konstant 20 000 Euro an Sachmitteln plus die entsprechende Stelle eingerichtet. Dementsprechend haben wir dort die Mittel veranschlagt, und im Haushaltsplan finden Sie diese wieder. – Ich würde Ihnen jetzt gerne die Gelegenheit geben, Nachfragen zu stellen. Ich glaube, ich habe Ihnen zumindest den abstrakten Rahmen skizzieren können.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön, Herr Bezirksbürgermeister! – Herr Kollege Ziller hat sich gemeldet. – Bitte!

Stefan Ziller (GRÜNE): Ich habe eine Frage. Danke für die ehrliche Darstellung der doch dramatischen Finanzlage! Ich würde jetzt von den Beschreibungen auch der anderen Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister her sagen, dass Neukölln nicht besonders gut aussieht. Deswegen die Frage, wie Sie das mit den Tarifmitteln machen. Neukölln hat vermutlich über die Vorsorge und die Verteilung der Mittel dezentral die Tarifmittel in die Globalsumme bekommen. Werden Sie sicherstellen, dass trotz der angespannten Haushaltslage bei allen Zuwendungsempfängern die entsprechenden Tarifierhöhungen 2025, aber vor allem

2026/2027 auch ausgereicht werden? Wie stellen Sie ein einheitliches Verfahren her, damit nicht das eine Amt das mal so macht und das andere so? Das würde mich interessieren.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Ziller! – Frau Kollegin Brychcy von der Fraktion Die Linke, bitte!

Franziska Brychcy (LINKE): Danke schön, Herr Vorsitzender! – Ich will auch noch mal fragen, ob die bezirkliche Mieterinnen- und Mieterberatung in Neukölln fortgesetzt wird. Im Bereich Jugend haben Sie gesagt, dass das noch nicht so ganz klar ist, aber falls Sie es schon wissen, wüsste ich gern, ob die Jugendzentren erhalten bleiben können, auch das Neuköllner Kinderbüro, und wie das beim Schülerinnen- und Schülerhaushalt zur Partizipation von Schülerinnen und Schülern aussieht. – Danke!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön! – Weitere Wortmeldungen? – Herr Kollege Schenk, bitte schön!

Olaf Schenk (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank, Herr Bürgermeister, für Ihren Vortrag! Ich habe eine kurze Frage, und zwar habe ich gesehen, dass die PMA im Bezirk Neukölln für den nächsten Haushalt relativ weit runtergegangen ist auf 4,5 Millionen Euro. In den Jahren davor war sie bei 10 Millionen Euro. Da will ich einfach mal fragen, wie das Ergebnis da bislang ist, ob das zum Großteil aufgelöst werden konnte. Sonst würde ich ankündigen, noch zwei, drei Fragen schriftlich nachzureichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Bitte bis Montag, 12 Uhr! – Herr Bezirksbürgermeister, Sie haben das Wort zur Beantwortung!

Bezirksbürgermeister Martin Hikel (BA Neukölln): Ich fange vielleicht gleich hinten an. Wie ich eingangs gesagt habe, ist die PMA in zwei Teile aufgeteilt, die Sie in Kapitel 4500 finden, einmal eine personalbezogen PMA und einmal eine pauschale PMA. Das heißt, das, was vorher als allgemeine pauschale PMA sichtbar war, ist jetzt auf ungefähr 4 Millionen Euro reduziert. Die andere circa Hälfte finden Sie als einen weiteren Posten im gleichen Kapitel als pauschale Minderausgabe bezogen auf Personalausgaben. Das vielleicht vorab gesagt. Das heißt, da hat sich in den Zahlen nichts geändert. Der Ehrlichkeit halber muss man das hier festhalten. Das heißt, wir sind da an der Zulässigkeitsgrenze, von der wir ausgehen, dass sie mit den Summen noch darunter sind aktuell.

Zur Frage der Mieterinnen- und Mieterberatungen: Die können wir aufrechterhalten, weil sie nach Aussage des Stadtrates zentral finanziert werden von SenStadt und wir sie für diese Zwecke auch ausreichen und den Bürgerinnen und Bürgern im Bezirk anbieten. – Ich kann Ihnen zum Schülerinnen- und Schülerhaushalt sagen, dass diese Mittel tatsächlich nicht mehr finanzierbar sind, diese Ausgabe, das heißt, Mittel für ein Schülerinnen- und Schülerparlament sind so in der Form nicht mehr vorhanden. Ich kann Ihnen aktuell leider auch nicht sagen, wie es sich mit den Jugendzentren verhält, denn dadurch, dass aktuell der Geschäftsbereich Jugend nur einen ausdrücklichen Haushalt darüber herstellen konnte, dass noch eine weitere dezentrale PMA dort eingerichtet wurde, weil der Eckwert nicht eingehalten werden konnte, diese erst noch aufgelöst werden muss, schwebt im Grunde genommen das Damoklesschwert aktuell über allen verfügbaren Mitteln in dem Bereich Jugend. Das heißt, es ist ein bisschen wie mit Schrödingers Katze, wenn sie noch in der Kiste ist: sie ist tot und lebendig

zugleich aktuell, und das kann sich tatsächlich erst in dem Rahmen auflösen, wenn diese dezentrale PMA über die Plausibilisierung von SenFin, die in der Nachschau kommt, dann auch aufgelöst wird oder sich in anderer Weise auflöst. Das wird aber noch Gegenstand von weiteren Plausibilisierungen sein.

Die Weitergabe von Tarifmitteln haben wir erst einmal so in der Form eingeplant. Das heißt, die werden wir durchreichen. Was wir aktuell noch nicht sagen können, ist, ob die gleiche Summe an Angebotsstunden gemacht werden kann. Es ist klar, die Tarifmittel müssen ausgereicht werden, aber ob dann die Quantität der Angebotsstunden gehalten werden kann, kann aktuell noch nicht gesagt werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Sehe ich nicht. Dann wird der Bericht hiermit zur Kenntnis genommen, und Ihnen, Herr Bezirksbürgermeister, und Ihren Mitarbeitern wünsche ich noch einen angenehmen Tag. – Wir kommen dann zum Bezirk Treptow-Köpenick.

09 - Treptow-Köpenick

Mitberaten wird:

Bericht BA Treptow-Köpenick – StDPFin FSL – vom
18.08.2025

[1830 Q](#)
Haupt

**Freigabe von Verpflichtungsermächtigungen
hier: BA Treptow-Köpenick**
gemäß Auflage A. 1 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25 und Berichtsauftrag aus der
77. Sitzung vom 04.06.2025

Ich begrüße Herrn Bezirksbürgermeister Igel, und Sie haben das Wort für Ihre Stellungnahme. – Bitte schön!

Bezirksbürgermeister Oliver Igel (BA Treptow-Köpenick): Vielen herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Mich begleiten Frau Heinrich und Frau Kassner aus dem Steuerungsdienst Personal und Finanzen. Ich danke auch für die Möglichkeit, hier in der Anhörung etwas zum bezirklichen Haushalt zu sagen, und kann mich zahlreichen Punkten meiner Vorrednerinnen und Vorredner anschließen. Ich würde mich auf ein paar Punkte konzentrieren, die noch nicht überbetont wurden beziehungsweise die ein besonderes Problem im Bezirk Treptow-Köpenick darstellen.

Auch wir haben das Phänomen, dass sich das Haushaltsvolumen unseres Bezirkes erneut deutlich erhöht auf weit über 900 Millionen Euro, aber nicht nur die gefühlte Möglichkeit, sozusagen Leistungen für Bürgerinnen und Bürger direkt zu erhöhen, ist nicht gegeben, sondern Spielräume werden eher verkleinert. Das hat etwas damit zu tun, dass eine Vielzahl von Sozialleistungen steigt, steigen muss und auf jeden Fall gestiegen ist und dafür entsprechende Vorsorge getroffen wurde. So haben sehr viele Ämter im Bezirk Treptow-Köpenick Mehrbedarfe angemeldet, die nicht befriedigt werden konnten mit dem zur Verfügung stehenden Haushaltsvolumen.

Es hat sich unter anderem als besonders schwierig herausgestellt, die Bewirtschaftungsausgaben auszufinanzieren. Der größte Posten bei den Bewirtschaftungsausgaben ist bei uns im Übrigen die Reinigung, und das gilt nicht nur für die Reinigung von Schulen, sondern auch von Dienstgebäuden. Wir sind dort schon vor längerer Zeit auf Tagesreinigung umgestiegen, was zu einer erheblichen Verbesserung an allen Orten geführt hat. Allerdings sind die Kosten damit auch gestiegen. Um die Frage vorwegzunehmen: Wir können noch nicht sagen, ob wir an diesem Modus Änderungen vornehmen wollen. Wir waren, glaube ich, sogar der erste Bezirk, der die Tagesreinigung in Schulen eingeführt hat. Wir möchten das ungern abschaffen, aber wir werden sehen, wie weit wir bei den Bewirtschaftungsausgaben unterstützt werden, sodass eine Finanzierung möglich ist.

Mich hat gewundert, dass keiner meiner Vorrednerinnen und Vorredner erwähnt hat, dass ein besonders ärgerliches Phänomen dabei ist, dass wir, wenn wir zu Recht aufgefordert werden, Energiekosten einzusparen, nunmehr von der GASAG für die Minderabnahme von Gas bestraft werden – und zwar mit Hunderttausenden Euro pro Bezirk, die als Strafzahlung zu leisten sind, weil die entsprechenden Landesverträge so sind. Das sei an dieser Stelle auch angemerkt. Bewirtschaftungsausgaben sind also ein Thema, das uns sehr bedrückt.

Das zweite Thema, das uns sehr bedrückt, neben all den anderen Themen, die schon von den Kolleginnen und Kollegen genannt wurden, und das hier noch nicht so deutlich genannt wurde, sind die Investitionen. Treptow-Köpenick ist ein Bezirk, der weiterhin erheblich wächst. Die Bevölkerungsprognose sagt ein deutliches Bevölkerungswachstum voraus, noch mehr, als wir es bereits in den vergangenen Jahren erlebt haben. Das bedeutet, dass die soziale Infrastruktur insbesondere bei den Schulen weiter ausgebaut werden muss. Wir haben umfangreiche Pläne für Ausbauten und Erneuerungen von Schulen, sehen uns allerdings der aktuellen Situation gegenübergestellt, dass es eine Bremse bei der Schulbauoffensive gibt. Es gibt neue Regelungen, sodass wir in der Möglichkeit, pauschale Minderausgaben im Investitionsbereich anzubringen, begrenzt sind.

Wir mussten daher unseren Haushaltsplan vor der Beschlussfassung noch einmal erheblich umstellen, als wir die Nachricht von der Senatsverwaltung für Finanzen erhalten haben, dass es bei der angedachten Neuregelung bleibt, dass die investiven pauschalen Minderausgaben auf die Möglichkeit, insgesamt pauschale Minderausgaben im Haushalt anzusetzen, angerechnet werden. Dadurch mussten wir erhebliche Planänderungen vornehmen und sehr viele Projekte verschieben, was in einem wachsenden Bezirk, in dem die Schulplätze benötigt werden, schwierig ist. Das erweist sich als ein großes Problem. Wir haben dann aber einen Schwerpunkt gesetzt. Der Schwerpunkt ist, dass die gesamte Möglichkeit, pauschale Minderausgaben anzusetzen, für Baumaßnahmen im Schulbereich genutzt wird, um das Meistmögliche zu erbringen. Auch das wird bereits eine Herausforderung sein, weil wir das natürlich alles über die Kolleginnen und Kollegen von FM umsetzen müssen.

Bei diesen beiden Punkten will ich es belassen, weil ich nichts wiederholen will, was die anderen Kolleginnen und Kollegen bereits gesagt haben. Ich würde dann, Herr Vorsitzender, meine Redezeit beenden und auf die gestellten Fragen eingehen:

Das eine ist die Frage nach den Mitteln für den Beauftragten für Menschen mit Behinderung. Da ist zunächst zu nennen, dass wir an dieser Stelle drei Personalstellen haben: den Beauftragten für Menschen mit Behinderung, die Kollegin, die die Kompetenz- und Koordinie-

rungsstelle nach der UN-Behindertenrechtskonvention – UN-BRK – innehat, und einen Beauftragten für Barrierefreiheit im Baubereich, also einen Bausachverständigen für Barrierefreiheit. Das sind schon erhebliche Mittel, die dadurch gebunden werden. Dann ist es so, dass die Tätigkeit, die nach außen hin erfolgt, in Form von Veranstaltungen oder Veröffentlichungen, natürlich in den vorgegebenen Haushaltstiteln zu finden ist, nämlich Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit – und Titel 54053 – Veranstaltungen – im Kopfkapitel 3300 – Bezirksbürgermeister –. Da ist es in der Tat so, dass natürlich dort auch die Mittel für die anderen Bereiche von Beauftragten etatisiert sind. Es ist so, wie der Kollege Bewig gesagt hat, dass dann abgestimmt wird, wer welche Veranstaltungen und Veröffentlichungen plant. Das kann in einem Jahr mehr sein, das kann in einem anderen Jahr weniger sein, aber das wird erst mit dem laufenden Haushalt abgestimmt. Die Aufwendungen für Beiräte sind leicht erhöht. Mit dem Titel 41210 gibt es da einen eigenen Titel im Kopfkapitel 3300.

Was den Schwimmbus betrifft, sind die Mittel in Titel 51802 – Mieten für Fahrzeuge – des Kapitels 3700 – Schule und Sport – von 280 000 auf 430 000 Euro erhöht worden. Allerdings ist das auf erhebliche Kostensteigerungen zurückzuführen. Ich will mich da Herrn Hikel anschließen. Auch dort mussten wir Regelungen vornehmen, dass, wenn eine Schule in der Nähe einer Schwimmhalle liegt, ein Bus in der Sache nicht erforderlich ist, wenn es ein kostenloses Schülerticket gibt. Das wäre tatsächlich unangemessen. Wir prüfen deswegen auch jeweils, welche Schulen verkehrsunünstig liegen oder eine schlechte Wegebeziehung mit dem öffentlichen Nahverkehr haben, und dann wird der Schwimmbus auch finanziert. Sie sehen eben auch, dass wir mehr Mittel eingestellt haben. Das gilt ähnlich für die Schülerbeförderung von behinderten Schülerinnen und Schülern. Auch hier haben wir die Mittel erheblich von 1,1 auf 1,6 Millionen Euro erhöht. Auch hier muss im Einzelfall selbstverständlich die Notwendigkeit der Mittel geprüft werden, und auch dort gibt es natürlich ganz erhebliche Erhöhungen der Kosten.

Bei den Musikschulen haben wir die Mittel für freie Mitarbeiter und für Tarifbeschäftigte erhöht. Eine Einnahmesteigerung und damit eine Steigerung der Entgelte ist nicht geplant. – Bei der Mieterberatung – das gilt sowohl für den Milieuschutz als auch für die allgemeine Mieterberatung – haben wir die Mittel, die der Senat uns in auftragsweiser Bewirtschaftung zur Verfügung stellt; und diese Mittel müssten Sie, das wäre ganz nett, bei der entsprechenden Senatsverwaltung sichern, sodass wir sie im nächsten Jahr auch zur Verfügung haben. Mietwucher wird, wie bei den anderen Bezirken sicherlich auch, in der Gruppe Zweckentfremdung dargestellt. Die Tätigkeit besteht bei uns aus zwei Mitarbeiterinnen, die diese Fälle entsprechend bearbeiten. Das ist also auch gleich geblieben.

Zu den Schulstationen: Wir hatten nur eine Schulstation in Kapitel 4010 – Jugendsozialarbeit, Jugendarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz –, Titel 68466 – Zuschüsse an freie Träger für Schulstationen –. Da sind aufgrund einer fachlichen Entscheidung der Bezirksratsmitglieder diese Mittel gestrichen worden. Ich sage ausdrücklich: Ich weiß nicht, ob man die 63 000 Euro, die darin enthalten waren, nicht irgendwo gefunden hätte, aber es war eine Entscheidung, die bewusst getroffen wurde, dass diese Schulstation nicht fortgeführt werden soll. – Das waren, glaube ich, die Fragen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister! – Herr Kollege Wiedenhaupt, Ihre Wortmeldung bitte!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Danke, Herr Vorsitzender! – Zunächst an Sie auch noch einmal die Frage, die ich vorhin schon zwei Bezirken gestellt habe, zum Thema Bibliotheksentwicklung und Verstärkungsmittel: Wenn ich es bei Ihnen richtig gelesen habe, dann haben Sie diese Stellen auch nicht besetzen können oder noch nicht besetzt. Dazu hätte ich gern eine Aussage.

Sie haben ausgeführt, dass die Spielräume begrenzt sind. Da würde ich Ihnen sogar recht geben. Dann erstaunt es mich aber, dass Sie beispielsweise Räume im Rathaus unter Wert vergeben. Bei einer ortsüblichen Miete von 9 000 Euro nehmen Sie 600 Euro vom Bund der Antifaschisten Treptow, einem Bund, der geäußert hat, dass er Medien auf die Tasten treten werde, was Ihre Parteikollegin und Innensenatorin durchaus gerügt hat und anders sieht, während Sie sich geäußert haben, das sei völlig in Ordnung. Da kann man dann auch klatschen, dass Sie das in Ordnung finden; ich glaube, dass viele Menschen in der Stadt das nicht in Ordnung finden. Deshalb möchte ich hier einmal nachfragen, wie Sie das sehen, wenn man solchen Verbänden, die sich klar rechtswidrig ausdrücken, Räume unter Wert überlässt.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Freier-Winterwerb, bitte!

Alexander Freier-Winterwerb (SPD): Herr Bezirksbürgermeister! Ich habe eine Frage, die in die ähnliche Richtung geht. Wie fördern Sie denn Projekte wie zum Beispiel den VVN-BdA, der sich explizit gegen Rechtsextremismus, gegen Nationalsozialismus und explizit für Gedenkkultur einsetzt, der sich für Vielfalt einsetzt und ein ganz wichtiger Akteur beim Fest für Demokratie ist, der unglaublich engagierte Menschen, junge und ältere Leute, zusammenbringt und das quasi als Generationenprojekt macht? Der auch Erinnerungskultur so gestalten möchte, dass man jetzt, wo die Zeitzeugen nicht mehr da sind, sich quasi die nächste Generation zusammensucht und da ein Verständnis erwirkt. Mich würde das sehr interessieren, wenn Sie da vielleicht noch einmal mit dieser Konnotation ausführen würden. Aber so wie das hier gerade von rechts gekommen ist, möchte ich das nicht stehen lassen, weil sich der Kollege nie mit dem VVN-BdA in Treptow-Köpenick auseinandergesetzt hat. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Kollegin Brychey, bitte!

Franziska Brychey (LINKE): Vielen Dank! – Herr Bezirksbürgermeister! Sie haben viele Fragen schon beantwortet. Vielen Dank für Ihren Vortrag! Ich möchte noch fragen, ob der Betrieb der Kiezclubs in Treptow-Köpenick gesichert werden konnte und ob alle Jugendfreizeiteinrichtungen weiterbetrieben werden können. Könnten Sie auch noch etwas zum Kinder- und Jugendparlament und zu den Musikschulen sagen?

Den Finanzsenat möchte ich zu diesem neuen Vorgehen der investiven PMA noch etwas fragen. Wir haben eigentlich einen enormen Schulplatzmangel, es fehlen 25 000 Schulplätze, und es wurde gerade berichtet, dass enorme Planänderungen vorgenommen und zentrale Schulbauprojekte verschoben werden mussten: Wie kann das verantwortet werden, und wie kann hier auch gerade bei diesem Schulplatzmangel verhindert werden, dass zentrale Schulbauprojekte noch weiter verzögert werden?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. – Dann, Herr Bezirksbürgermeister, haben Sie das Wort zur Beantwortung!

Bezirksbürgermeister Oliver Igel (BA Treptow-Köpenick): Vielen herzlichen Dank! – Zunächst zu den Fragen der Bibliotheken: Wir haben tatsächlich etwas länger gebraucht, um die zugesagten Stellen besetzen zu können. Sie sind jetzt nahezu alle besetzt, also in diesem Moment. Ich habe gehört, eine wurde noch nicht besetzt, aber da sind wir jetzt auch durch.

Bevor ich zu der wohl politischen Frage komme, will ich noch die anderen Fachfragen abarbeiten. Wir sehen aktuell keine drohenden Schließungen von Jugendfreizeiteinrichtungen oder von Kiezclubs. In der Tat ist es so, dass wir im Bereich der Seniorenfreizeitstätten der Bezirk sind, der mit Abstand die höchsten Personalausgaben hat. Das ist für uns sehr schwierig im Vergleich zu den anderen Bezirken, weil wir natürlich dann der mit Abstand teuerste Bezirk in dem Bereich sind, und das finanziert zu bekommen, ist äußerst schwer. Wir haben dann auch die Situation, dass nicht garantiert werden kann, noch weitere Stellen zu besetzen. Das wird kaum möglich sein. Auch in der Frage, ob es dort Nachbesetzungen geben wird, wenn Kollegen ausscheiden, muss man ehrlicherweise sagen, dass das auch in Konkurrenz mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern steht, die möglicherweise im Leistungsbereich des Amtes für Soziales nachbesetzt werden müssen, denn da besteht natürlich auch besondere Not durch eine erhöhte Nachfrage. Dadurch werden die Kiezclubs aber nicht in eine besondere Schieflage geraten, weil wir ein sehr hohes bürgerschaftliches Engagement im Ehrenamt haben, das dafür sorgt, dass diese Strukturen zusätzlich unterstützt werden. – Das Jugendparlament hat eine erfreuliche Entwicklung genommen. Es gibt Jugendliche, die sich dort sehr stark engagieren. Sie werden vom Bezirksamt durch das Kinder- und Jugendbeteiligungsbüro unterstützt, das wir finanziell ausstatten.

Herr Wiedenhaupt! Ich weiß nicht, ob die Frage nach der Vergabe der Räume unter Wert tatsächlich die Frage war oder ob es doch eher die politische Frage war, dass Ihnen der Verein nicht gefällt, der dort ist. Wir machen seit vielen Jahren transparent, das müssen wir auch, welche Objekte – Sie haben die Liste gesehen, es ist eine umfangreiche Liste – im Bezirk unter Wert vergeben werden. Dafür gibt es auch immer eine gute Begründung. Dass gemeinnützige Vereine nicht eine ortsübliche Miete zu zahlen haben, ist, glaube ich, sogar politischer Wille des gesamten Hauses, dass wir gemeinnützige Vereine nicht mit der höchsten Miete, die genommen werden kann, sozusagen schröpfen. Insofern ist eigentlich bei gemeinnützigen Vereinen die Frage: Warum müssen wir überhaupt 600 Euro nehmen? Warum können wir diese Miete nicht auf null setzen, wie beispielsweise durch gesetzliche Regelungen an anderer Stelle, ich glaube, sogar im Sport, wo es nur geringe oder gar keine Mieten gibt, oder im Jugendbereich durch das Kinder- und Jugendhilfegesetz, wo es gar keine Mieten gibt? Das ist eigentlich das Ungleichgewicht, dass wir dann bei Vereinen, die nicht in ein Raster einer Gesetzlichkeit fallen, die aber gemeinnützig sind, zu Vereinbarungen kommen müssen, die von der Null, aber auch von der ortsüblichen Miete entfernt sind, und da sind dann 600 Euro tatsächlich nicht zu beanstanden.

Sie haben diesen Haushaltsplan bereits mehrmals mitbeschlossen mit dieser Nachricht über die Vergabe unter Wert an den Bund der Antifaschisten. Das ist nicht das erste Mal. Nun ist es eher eine politische Sache, dass Ihnen das Vorgehen des Vereins gegen ein rechtskonservatives Medium, um es einmal neutral auszudrücken, nicht gefällt. Dass Sie jetzt die Frage stellen und auch die Kritik haben, wundert mich wiederum nicht, aber ich glaube, Sie können

auch verstehen, dass wir in diesem Rahmen dieses Spiel gar nicht spielen müssen, auch nicht das Spiel, dass da mit Halbwahrheiten gearbeitet wird, dass behauptet wird, dass der Bezirksbürgermeister irgendwie Gewalttaten gegen Medien unterstützt. Nein, ich sage ganz klar: Wenn es ein bürgerschaftliches Engagement gibt, das sich darin ausdrückt, auch Medien für ihre Berichterstattung zu kritisieren, dann ist das Teil unserer Demokratie. Dann ist das Teil von Meinungsfreiheit, dass an dieser Stelle auch jemandem gesagt wird: Es gefällt mir nicht, was und wie Sie berichten. – Was daraus folgt, hat derjenige zu verantworten, der diese Kritik äußert. Ich kann nur sagen, dass es völlig in Ordnung und auf Grundlage unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist, diese Kritik zu äußern. Und es kann gar nicht sein, dass man deshalb sagt: Deswegen müssen wir hier die ortsübliche Miete nehmen, oder deswegen dürfen die gar nicht in den Räumen sitzen. – Das ist doch dann eigentlich das Undemokratische, dass man diese Kritik plötzlich unterdrücken möchte.

Das ist eine schwierige Problematik und vielleicht auch nicht ganz losgelöst davon zu betrachten, dass möglicherweise auch andere Dinge von rechtskonservativer Seite nicht gefallen, nämlich wie der Verein arbeitet. Der Verein Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes erinnert an eines der dunkelsten Kapitel unserer Geschichte. Er initiiert Stolpersteine, die daran erinnern, dass in unserem Alltag in unseren Wohngebieten in den Dreißiger- und Vierzigerjahren Menschen abgeholt wurden und sich dann auf dem Weg in die Gaskammern nach Auschwitz oder anderswo auf ihrer letzten Reise befunden haben, von der sie nicht wieder zurückgekehrt sind. Daran erinnert der Verein, mit entsprechenden Initiativen für Stolpersteine, mit der Dokumentation über Stolpersteine, und er führt auch Diskussionen darüber, wie sich heute rechtes Gedankengut in unserer Gesellschaft wieder Raum verschafft. Das kann man gut finden, das kann man schlecht finden. Ich finde es wichtig, daran zu erinnern, und ich bin deswegen auch bei Veranstaltungen des Bundes der Antifaschistinnen und Antifaschisten dabei.

Ich will aber noch etwas Weiteres sagen, weil ich an dieser Stelle, wenn Sie die Vergaben für Räume unter Wert kritisieren, enttäuscht bin, dass Sie mich nicht darauf ansprechen, dass wir auch ein Zentrum für Demokratie fördern. Das machen wir seit vielen Jahren, dass wir ein Zentrum für Demokratie fördern, wo es auch darum geht, dass dokumentiert wird, wenn Menschen auf der Straße angegriffen werden, ob nun verbal oder körperlich, weil sie irgendwie anders sind, und wenn Hasskommentare oder Hasspostings irgendwo in unserem Bezirk angebracht werden, dass auch das kommuniziert und kritisiert wird. Das ist Demokratiearbeit. Die gefällt manchen nicht, weil das, was dort kritisiert wird, möglicherweise auf der eigenen Linie liegt, aber auch das muss man aushalten. Deswegen fördern wir nicht nur den Bund der Antifaschisten, sondern für uns ist es eine wichtige Aufgabe, dass verschiedenste Institutionen für Demokratiearbeit in unserem Bezirk stehen und auch durch eine große Zivilgesellschaft unterstützt werden. Wenn es dann am Ende darum geht, ob wir dabei auf ein paar Hundert oder ein paar Tausend Euro an Mieteinnahmen verzichten, dann sollte uns unsere Gesellschaft das wert sein.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Herr Bezirksbürgermeister! – Herr Kollege Wiedenhaupt, bitte!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Danke, Herr Bürgermeister, für Ihre Ausführungen! Ich darf das vielleicht einmal auf den Boden der Realität zurückbringen und dann noch einmal meine Frage an Sie stellen. Wir wissen alle, dass die Vergabe unter Wert etwas ist, wo wir als Steuer-

zähler jemandem helfen wollen, der gute Dinge tut. Sie haben das Thema Gemeinnützigkeit angesprochen. Diesem Verein ist 2019 die Gemeinnützigkeit entzogen worden, weil es die größte linksextremistische Vereinigung in diesem Bereich Deutschlands ist. Das ist festgestellt worden.

Nun darf ich mal wieder zurückkommen: Wir haben nicht nur die Tatsache, dass Sie hier eben von Gemeinnützigkeit gesprochen haben, obwohl wir in diesem Fall gar keine Gemeinnützigkeit mehr haben. Sie haben aber nicht dazu Stellung genommen, dass dieser Verein gerade erst gesagt hat, man müsse rechtskonservativen Medien auf die Tasten treten. Das ist für mich ein Gewaltaufruf. Deshalb noch einmal die Frage an Sie, sie ist schon einmal an Sie gestellt worden, und Sie haben geantwortet: Ja, das ist schon durchaus gut, und ich begrüße das. – Noch einmal die Frage an Sie: Lassen Sie diese Worte so stehen und begrüßen Sie solche Aufrufe, Medien auf die Tasten zu treten? Das Zweite: Sind Sie der Meinung, dass, wenn einem Verein die Gemeinnützigkeit schon vor sechs Jahren entzogen worden ist, wegen der linksradikalen Einstellung dieses Vereins, dass das ein Verein ist, bei dem der Steuerzahler sagen sollte: Das möchte ich unterstützen?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Kollege Rauchfuß, bitte schön!

Lars Rauchfuß (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich will diesem Theater nicht unnötig weiter Raum geben, deshalb will ich nur sagen, dass meine Einschätzung ist, dass alle demokratischen Kräfte in diesem Haus vollumfänglich der Auffassung des Bezirksbürgermeisters sind. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank! – Ich habe auch den Eindruck, dass alles gesagt wurde. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. – Herr Bezirksbürgermeister greift aber zum Mikrofon und hat das Wort.

Bezirksbürgermeister Oliver Igel (BA Treptow-Köpenick): Ja, weil ich auch gestern in der BVV gesagt habe, dass sich das Bezirksamt nicht in die inhaltliche Arbeit von Vereinen einmischt. Deswegen werde ich jetzt auch nicht über Ihr Stöckchen springen und irgendwelche Dinge, die der Verein dort gemacht hat oder wo es irgendwelche Veranstaltungen gab – – Das ist nicht meine Veranstaltung, sondern ich habe mich nur dazu zu äußern, was gefragt wurde. Ich muss aber nicht einzelnes Vereinsverhalten, wie auch immer, kommentieren.

Deswegen wiederhole ich meine Haltung: Wenn es einen Verein gibt, der, und das meine ich ausdrücklich, friedlich sagt: Ich kritisiere ein Medium, so wie ein Medium mit Menschen umgeht, wie ein Medium Menschen beschreibt, wie ein Medium berichtet –, dann muss das Medium das aushalten. Dann muss auch die Gesellschaft aushalten, dass es diese Kritik gibt. Das ist keine Form von Gewalt, sondern es ist eine legitime Kritik, dass man sagt: Das ist ein Medium, das diskriminierend, menschenverachtend oder vielleicht sogar verkürzt berichtet. – Sie haben wahrscheinlich auch schon einmal Medien für aus Ihrer Sicht Falschberichterstattung kritisiert, ich weiß es nicht, aber es muss erlaubt sein. Das ist meine Haltung. Ich finde es sogar schwierig, dass man dann einem Verein diese Erlaubnis entziehen oder es einem Verein schwer machen will, Kritik äußern zu dürfen. Das ist das, was ich für richtig erachtet habe, dass dieser Verein diese Kritik äußern darf.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Wiedenhaupt, bitte!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Herr Vorsitzender! – Wir möchten einen schriftlichen Bericht ankündigen, dass wir – da Sie gesagt haben, dass Sie die Inhalte der Vereine nicht interessieren – für alle Vergaben unter Wert die Kriterien aufgelistet haben möchten, wie und warum Sie gerade diesen Vereinen unter Wert die Räume gegeben haben. Bis Montag um 12 Uhr reichen wir das ein.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Freier-Winterwerb, bitte schön!

Alexander Freier-Winterwerb (SPD): Ich bin nicht so ganz geschäftsordnungsfit, aber es müsste doch die Möglichkeit geben, über so einen Antrag abstimmen zu dürfen, ob man ihn auslöst oder nicht. Das würde ich dementsprechend an dieser Stelle machen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Wenn es strittig gestellt wird, lasse ich darüber abstimmen. Frau Kollegin Wojahn hat sich noch gemeldet. – Bitte schön, Frau Kollegin!

Tonka Wojahn (GRÜNE): Ich kann das nur unterstützen, weil ich in diesem Bericht keinen Bezug zu den Haushaltsberatungen sehe.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Dann lasse ich über den Berichtswunsch der AfD-Fraktion abstimmen. Wer zustimmen möchte, dass dieser Bericht ausgelöst wird, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Die Gegenprobe, bitte! – Das sind die Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU. Damit wird der Bericht nicht ausgelöst. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Kollege Hansel, bitte!

Frank-Christian Hansel (AfD): Ihnen ist allen klar, dass diese Sendung öffentlich ist und aufgezeichnet wird?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Ich gehe davon aus, dass der Livestream funktioniert. Mir ist nichts Gegenteiliges bekannt. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. – Herr Kollege Wiedenhaupt, bitte schön!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Ich hätte gern ein Wortprotokoll zu diesem Thema und dem gesamten Titel beziehungsweise dem gesamten Einzelplan des Kollegen aus Treptow-Köpenick.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Also nur zum Bezirk Treptow-Köpenick, den Part aus der Anhörung, in der wir uns befinden. – Wird dann entsprechend so angefertigt. – Dann können wir den Bericht zur Kenntnis nehmen. Ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Tag und Ihren Mitarbeiterinnen auch, Herr Bezirksbürgermeister! – Wir kommen zum Bezirk Marzahn-Hellersdorf.

10 - Marzahn-Hellersdorf

Mitberaten wird:

Bericht BA Marzahn-Hellersdorf – Fin L – vom
07.08.2025
**Quartalsbericht (I 2025) – über die eingegangenen
Verpflichtungen und die daraus resultierenden
Verbindungen
hier: Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf**
(Berichtsauftrag aus der 77. Sitzung vom 02.06.2025)

[1830 K](#)
Haupt

Ich begrüße Frau Bezirksbürgermeisterin Zivkovic und ihre Mitarbeiter und erteile Ihnen das Wort, Frau Bezirksbürgermeisterin, für das circa fünfminütige Statement. – Bitte schön!

Bezirksbürgermeisterin Nadja Zivkovic (BA Marzahn-Hellersdorf): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! – Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen herzlichen Dank! Zu meiner Rechten sehen Sie Herrn Dr. Schmidt, den Leiter Steuerungsdienst und Personal, und zu meiner linken Herrn Fix, der die Leitung Finanzen verantwortet. Herzlichen Dank, dass auch wir unseren Haushalt vorstellen dürfen! Auch Marzahn-Hellersdorf hat einen Haushalt von 1 Milliarde Euro. Ich kann mich noch daran erinnern, vor zwei Jahren war Herr Hikel der einzige, der 1 Milliarde Euro hatte, und ich war beeindruckt von der großen Zahl, aber die haben wir in unserem Bezirk jetzt auch. Bei uns sind es natürlich auch die Transferausgaben, die dafür gesorgt haben, dass unser Haushalt um circa 120 Millionen Euro gestiegen ist. Es sind natürlich bei uns im Bezirk vor allen Dingen die Kosten für HzE, die uns dreien und noch vielen anderen Sorgen bereiten, denn diese sind natürlich bei uns steigend. Aber auch das haben wir heute schon ausführlich diskutiert, und ich will es an dieser Stelle auch gar nicht noch einmal vertiefen.

Ein Thema, das vielleicht noch nicht so genannt wurde und in Marzahn-Hellersdorf von großer Wichtigkeit ist, ist das Personalmanagement. Da bin ich der Senatsverwaltung für Finanzen auch dankbar, dass die Mittel an dieser Stelle nicht gekürzt wurden. Wir sind ein Bezirk, in dem bis 2030, glaube ich, 750 Stellen aufgrund von Altersfluktuation wechseln werden. Das ist ein Thema, das unseren Bezirk sehr beschäftigt. Da bin ich Herrn Dr. Schmidt sehr dankbar, weil er das Thema Personaleinstellung und -rekrutierung auf neue Füße gestellt hat, sodass wir da sehr schnell geworden sind und unsere offenen Stellen von 350 auf 300 abbauen konnten.

Vorhin wurde darum geworben, dass Mittel für die Haltekorrektur bereitgestellt werden – das auch, weil wir für die Kolleginnen und Kollegen, die seit Jahren die Arbeit solide und sehr gut bei uns in den Bezirksämtern machen, natürlich auch Mittel zur Verfügung stellen müssen. Wir brauchen aber auch Mittel, um neue Kräfte zu gewinnen, und dabei ist natürlich der Fakt New Work ein wichtiger, der schon vielfach genannt wurde. Ich möchte aber auch auf die Digitalisierung und dort auf die Kürzungen im Landeshaushalt eingehen, weil das Mittel sind, die wir dringend benötigen, damit wir da gut aufgestellt sind und in einigen Bereichen auch mit technischer Unterstützung Fachkräfte einsparen können. Ich bin ganz fest davon überzeugt, dass wir das an vielen Stellen tun können, und ich glaube auch nicht, dass Personalaufwuchs die Antwort auf alles ist, sondern wir müssen uns an vielen Stellen der Arbeitskritik stellen und effizienter werden. Denn mehr Geld wird es nicht, und ich glaube, da ist dieser

Haushalt noch ganz solide. Ich habe ein bisschen Sorge vor dem nächsten Haushalt, muss ich ehrlich sagen. – Das sind die Themen, die ich gern aus Marzahn-Hellersdorf noch mitgeben wollte.

In Bezug auf die Fragen, die gestellt wurden: Auch wir hatten das Thema Schulstationen. In den Haushaltsverhandlungen war es eher so, dass wir uns von den Schulstationen trennen wollten, dann hat aber die BVV da noch einmal gegengesteuert, zusammen mit dem Bezirkssamt natürlich, und wir haben uns auf das Fortbestehen der bestehenden Schulstationen geeinigt. Wir haben natürlich auch geschaut, an welchen Schulen es besonders notwendig ist, wo keine Schulsozialarbeit geleistet werden kann, und konnten das durch Umschichtung aus verschiedenen Titeln gewährleisten. Aber ein Aufwuchs von Schulstationen ist nicht möglich.

Dann zu den Mitteln für die Behindertenbeauftragung in Marzahn-Hellersdorf: Genauso wie bei den anderen Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeistern ist diese auch in meinem Kopfkapitel verortet. Es würde auch nichts bringen, zu schauen, wie wir 2025 damit umgegangen sind, weil diese Kollegin erst dieses Jahr zu uns gestoßen ist. Wir konnten die Stelle neu besetzen, und genauso wie die anderen es machen, machen wir es auch. Alle Beauftragten sind im dem Kopfkapitel der Bürgermeisterin, in 3300, und dann wird eine Jahresplanung gemacht, und die Mittel werden verteilt, und das funktioniert ganz wunderbar.

Bei der Musikschule gehen wir von einer Steigerung der Mengen aus, nicht der Preise sozusagen, sondern der Menge. Das konnten wir auch schon im Jahr 2025 beobachten. Wir sind jetzt schon über den Mengen von 2024, also nach Corona gab es ja einen gewissen Einbruch, der aber jetzt wiederbelebt ist, und wir gehen da von einer Steigerung aus. Die Tarifmittel konnten wir in allen Bereichen mit verorten.

Die 50 000 Euro, die für ALLRIS vorgesehen sind, haben wir mit eingeplant. Ich würde mich natürlich trotzdem freuen, wenn die Senatsverwaltung dafür Verantwortung übernimmt und da 50 000 Euro frei werden.

Dann gab es noch die Frage zu den Jugendfreizeiteinrichtungen und bei uns den Stadtteilzentren, die wir mit, ich glaube, 1,2 Millionen Euro finanzieren. Das machen wir auch weiterhin, und auch die Jugendfreizeiteinrichtungen sind nicht gefährdet. Auch das Kinder- und Jugendparlament können wir weiter finanzieren, und bei den Stellen in den Bibliotheken haben wir einen Aufwuchs von 48 Stellen in 2024, und jetzt auf 58 Stellen in 2025, die aber noch nicht komplett besetzt sind.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön, Frau Bezirksbürgermeisterin! – Es gibt bislang zwei Wortmeldungen. – Zunächst Frau Kollegin Brychey, bitte!

Franziska Brychey (LINKE): Vielen Dank! – Den Großteil haben Sie schon beantwortet. Ich möchte Sie bitten, noch etwas zur Schulreinigung und Tagesreinigung, zur Beförderung von Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigung und zu den Schwimmbussen zu sagen.

Bei den Schulstationen der Konrad-Wachsmann-Schule und Gretel-Bergmann-Schule war ja noch nicht ganz klar, ob diese wirklich gesichert werden können. Ist schon entschieden, dass es dort weiterhin Schulstationen geben wird? – Sind außerdem auch die Frauenprojekte im Bezirk gesichert? – Danke!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Wiedenhaupt, bitte schön!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Danke, Frau Bürgermeisterin! Zu dem Thema des Beauftragten für Menschen mit Behinderung würden wir darum bitten, dass noch einmal die genauen Zahlen nachgereicht werden, zumindest aus dem Jahr 2024, sodass man da auch noch einmal eine Einschätzung hat.

Meine Frage beim Thema Bibliotheken geht dahin, dass zumindest zum Zeitpunkt des Berichts, den wir bekommen haben, offensichtlich diese zusätzlichen Stellen bei Ihnen nicht besetzt waren. Hat sich das jetzt auch verändert, oder haben wir da weiterhin ein Problem?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Ziller, bitte!

Stefan Ziller (GRÜNE): Ich habe auch noch zwei Fragen. Die eine betrifft die Sanierung der Chemnitzer Straße. Auf einer Anwohnerversammlung hat die Stadträtin für Stadtentwicklung gesagt, dass der Bebauungsplan soweit fertig ist und sie eigentlich hofft, dass es in den nächsten Jahren mit dem Umbau losgeht. In der I-Planung steckt es aber noch nicht drin. Deswegen die Frage: Gibt es da noch irgendein Update oder irgendeine Chance, dass das in den nächsten Jahren tatsächlich noch hineinkommt?

Das Zweite: Für Marzahn-Hellersdorf ist ja eines der wichtigsten Projekte das Freibad. Bisher ist nur die Schwimmhalle gesichert, und es steht im Raum, dass aus irgendwelchen Zusatzmitteln der Außenbereich auch noch finanziert werden könnte. Gibt es da heute einen neuen Stand, dass die Außenbereiche vielleicht schon geklärt sind? Ansonsten wäre meine Frage technisch: Wann ist denn so ein Point of no Return erreicht, also wann kann man den Bau nicht mehr zusammen durchführen, sondern es kommt in zwei Bauphasen? Bis wann müsste man das entscheiden, also der Senat das Geld dann entsprechend in der I-Planung bereitstellen?

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Bezirksbürgermeisterin, bitte!

Bezirksbürgermeisterin Nadja Zivkovic (BA Marzahn-Hellersdorf): Vielen Dank für die Fragen! Ich beginne mit der Schulreinigung. Da hatte ich mich sogar vorher noch erkundigt und habe jetzt vergessen, es in meine Aufzählung mit aufzunehmen. Wir mussten die Bewirtschaftungskosten etwas senken, aber bei der Schulreinigung machen wir keine Abstriche, genauso auch nicht bei der Beförderung der Schülerinnen und Schüler.

Bezüglich der Schulstationen: In der Selma-Lagerlöf-Grundschule konnten wir die Schulstation erhalten und in der Konrad-Wachsmann-Schule, glaube ich, auch, aber das sage ich jetzt aus dem Kopf, das könnte ich Ihnen auch noch einmal nachreichen.

Bei den Frauenprojekten waren wir mit einem Ansatz in die BVV gegangen, der 20 000 Euro niedriger war als der Ansatz 2024. Das konnten wir aber mit einer Gegenfinanzierung aus der Wirtschaftsförderung dann noch aufstocken, sodass der Ansatz von 2024 erhalten bleibt und wir da keine Kürzungen vornehmen mussten.

Bezüglich der Behindertenbeauftragten: Es war leider so, dass die Stelle lange nicht besetzt war. Daher habe ich aus 2024 oder 2025 keine vergleichbaren Zahlen in Bezug auf Ihre Frage. Daher würde es uns ein wenig schwerfallen, das darzustellen.

Bezüglich der Bibliotheken: Ich sagte es ja, wir haben den Aufwuchs der Stellen um zehn Stellen vorgenommen, aber die Besetzung ist noch nicht komplett.

Die Chemnitzer Straße ist in der I-Planung eingeplant, und zwar 2029, zum einen mit der Entschädigung des Eigentümers, denn wir müssen ja an der Stelle enteignen, damit wir die Kreuzung B1/Chemnitzer Straße so ausbauen können, dass sie auch eine belastbare Kreuzung ist. Das ist auf jeden Fall und damit, denke ich, auch die Chemnitzer Straße in der I-Planung vorgesehen. Wir haben mit dem Eigentümer gesprochen, und er wollte seine Mietshäuser gern so lange wie möglich nutzen, deshalb gehen Enteignung, Finanzierung und der Straßenbau Hand in Hand und sind in denselben Jahren verortet.

Bezüglich des Freibads sind ja bei der Senatsinnenverwaltung 10 Millionen Euro eingestellt, um erst einmal den Innenteil zu bauen. Das ist eine interessante Frage, Herr Ziller! Einen Point of no Return gibt es an der Stelle eigentlich nicht, weil der B-Plan so gestaltet ist, dass es sich immer noch um das Multifunktionsbad handelt, also den ganz großen Plan, den wir ursprünglich gemeinsam im Bezirk verfolgt haben, aber die finanziellen Mittel nicht hergeben werden. Deshalb kommt erst die Typenschwimmhalle, und dann baue ich ein bisschen auf den Kammolch in Spandau, dass dann noch das Außenbecken gebaut werden kann. Aber das wäre jederzeit möglich. Das gibt der B-Plan her, und das wird auch die Fläche hergeben.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön! – Ich schaue mal, ob es weitere Wortmeldungen gibt. – Das ist nicht der Fall. – Dann kann der Bericht zur Kenntnis genommen werden, und Ihnen, Frau Bezirksbürgermeisterin, wünsche ich dann noch einen angenehmen Tag! – Wir kommen, da wir den Bezirk Lichtenberg vorhin vorgezogen haben, jetzt zum Bezirk Reinickendorf, dem letzten Bezirk in unserer heutigen Anhörung.

12 - Reinickendorf

Mitberaten wird:

Bericht BA Reinickendorf – BzBmin . vom 25.08.2025 [1830 R](#)
Quartalsberichte (2024 und I 2025) über die Haupt
eingegangenen Verpflichtungen und die daraus
resultierenden Verbindungen zukünftiger Jahre
hier: BA Reinickendorf
gemäß Auflage A. 1 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25 und Berichtsauftrag aus der
77. Sitzung vom 04.06.2025

Ich begrüße Frau Bezirksbürgermeisterin Demirbüken-Wegner und ihr Team und erteile ihr das Wort für ihr Statement. – Bitte schön, Frau Bezirksbürgermeisterin!

Bezirksbürgermeisterin Emine Demirbüken-Wegner (BA Reinickendorf): Vielen herzlichen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Es ist schon sehr viel gesagt worden, das ist immer das Los, als Zwölfter an die Reihe zu kommen.

Vielleicht einmal grundsätzlich zu der Bezirksfinanzierungssystematik, weil am Anfang, als meine Kollegen gesprochen haben, die Frage kam: Wie müsste sich denn eine Bezirksfinan-

zierungssystematik heute gestalten? – Dazu wurde auch schon einiges gesagt. Ich möchte vielleicht noch eines hinzufügen, bei dem ich mir wünsche, dass eventuell in den fortgesetzten Diskussionen und Debatten dieses auch mit auf die Agenda genommen werden kann, weil damit ein Haushalt steht und fällt. Was meine ich damit? – Selbstverständlich sind wir im Auftrag, einen Haushalt aufzustellen, der auf das Ist des Jahres 2024 ausgerichtet ist, ohne Berücksichtigung künftiger Kostensteigerungen. Das bedeutet, dass Inflationen, Tarifsteigerungen, Energiekosten keine Berücksichtigung finden. Das wiederum bedeutet aber: Wenn man einen Haushalt aufstellt, in dem alle diese Kostensteigerungen nicht berücksichtigt sind – normalerweise bedeutet das mit Blick auf die Zukunft, dass man bei Projekten und Leistungen Einschränkungen vornehmen muss –, dass eigentlich eine Finanzstabilität gefährdet ist und auch nach außen hin eine Glaubwürdigkeit verlorenggeht, also einen Verlust an Glaubwürdigkeit. Insofern wäre es sehr interessant, wenn man eine Grundsatzdiskussion darüber führt, wie ein Bezirk eine Stabilität auf einem Ist 2024 erreichen soll, gestrickt auf 2026, 2027, obwohl wir wissen, dass all diese Kostensteigerungen auf uns zukommen. Ich möchte nur eine Zahl hinsichtlich der Baukosten nennen, bei denen wir eine Kostensteigerung von circa 40 Prozent haben. – Das vielleicht einmal vorweg.

Dass die Aufstellung der Haushalte aller Bezirke eine große Herausforderung war, wurde schon ausgiebig von allen vorgestellt. Wir haben ein Haushaltsvolumen für 2026 von 906 Millionen Euro und für 2027 von 912 Millionen Euro, vom Senat zugewiesen eine Globalsumme von 685,8 Millionen Euro für 2026 und für 2027 von 689,1 Millionen Euro. Dass wir in einigen Bereichen vieles abfedern und abfangen beziehungsweise verstetigen oder fortsetzen konnten, hängt lediglich damit zusammen, dass wir unsere gesamten Ergebnismrücklagen aus 2024, nämlich die 9,4 Millionen Euro – auch wenn wir in Berlin Spitze in der Haushaltsaufstellung waren – voll dort hineingeben mussten. Insofern können wir für diesen Haushalt noch von einem auskömmlichen Haushaltsplanentwurf, den wir Ihnen vorlegen konnten, sprechen.

Hinsichtlich des Personalaufwuchses schließe ich mich dem Dank meiner Vorrednerin an. Wir konnten es hier erreichen, dass wir in Summe rechnerisch Stellenaufwüchse in Höhe von 36,25 VZÄs im Haushalt hatten, aber 28,22 VZÄs durch eine erhöhte Zuweisung von Sonderkalkulationen, AG Ressourcensteuerung und sogenannten Fachclustern. Da danken wir auch der Senatsverwaltung für Finanzen, dass hier ein Schluck aus der Pulle, würde der Berliner sagen, genommen werden konnte. Ohne das wäre es eigentlich nicht gegangen.

Nichtsdestotrotz sind uns wie allen anderen Bezirken auch im Bereich der Sachmittelausgabe hinsichtlich schwer kalkulierbarer Preissteigerungen sehr enge Grenzen gesetzt. Wir wissen heute nicht, was 2026, 2027 hinsichtlich der Inflation, Tarifsteigerungen und Energiekosten auf uns zukommen wird. Hinzu kommen natürlich auch – deshalb kommt auch immer die Frage nach Schulreinigung und so weiter – die Kostensteigerungen in den Bereichen der Leistungen wie Reinigung, Wartung, Sicherheitsdienstleistungen – und auch Abschlüsse neuer Verträge. Sie können sicherlich nachvollziehen, dass neue Verträge nicht mit einem Volumen aus dem Jahr 2024 abgeschlossen werden. Da schauen auch die Betriebe und die Dienstleister, dass sie ihre Inflation auf die gegebene Situation anpassen.

Ich betone noch einmal: Die Nutzung der bezirklichen Rücklagen ist komplett in die bezirkliche Rücklage eingegangen. Natürlich halten wir den Mindestbetrag, der uns von SenFin vorgegeben wird, aufrecht, die 0,5 Prozent als negatives Jahresergebnis zurückhalten zu müssen.

Wir haben sehr viele Bereiche, die uns Kopfzerbrechen bereiten. Vorweg: Gesamtstädtisch ist das natürlich der Flughafen TXL, und hier ist es so, dass wir die angemeldeten Bedarfe von zehn VZÄs zur Erschließung und Ertüchtigung des TXL-Geländes noch immer offen haben. Das ist natürlich für uns eine große Herausforderung, die wir allein als Bezirk nicht stemmen können. Auch wenn der Flughafen TXL in Reinickendorf ist, hat das eine gesamtstädtische Bedeutung, und da sind wir eigentlich auch froh, dass die Senatsverwaltung diese gesamtstädtische Verantwortung übernommen hat. Aber nichtsdestotrotz ist der Bezirk hier in argen Nöten hinsichtlich der Umsetzung der Planung der Erschließung. Dazu gibt es noch viele Gespräche auf Senatsebene, auf unterschiedlichen Ebenen, und wir hoffen, dass wir auch da ein Stück guter Dinge sind und hinsichtlich der zehn offenen Stellen noch gute Abschlüsse erzielen können.

Die große Herausforderung, die wir in diesem Jahr hatten – es ist durch die Presse gegangen –, ist nicht im Haushaltsentwurf enthalten, aber mit Blick auf den nächsten Haushalt wird es uns schwer auf die Füße fallen: die Sturmschäden, die im Haushaltsplan nicht etatisiert sind. Eine ähnliche Situation hatten wir, als ich vor zwei Jahren hier saß, was die Geflüchteten aus der Ukraine anging. Wir haben eine Sturmschädengröße in unserem Bezirk, die wirklich ausschließlich die Sturmschäden beinhaltet und nicht Grünpflege, Baumpflege et cetera, im GRIS-System erfasst. Im Ortsteil haben wir Schadensfälle von 7 763 – 49 Prozent davon konnten abgearbeitet werden –; in Objektarten sind das 7 955 Objekte – 50,1 Prozent konnten abgearbeitet werden. Das sind alles Zahlen, die wir im nächsten Haushalt nicht abbilden können, weil es dafür kein Produkt gibt, und die Summe von 3,6 Millionen Euro, die für Grünflächen, Ertüchtigung und Pflege für Reinickendorf vorgesehen ist, reicht von vorn bis hinten nicht aus. Aber auch da befinden wir uns im Gespräch mit der Senatsverwaltung für Finanzen.

Unsere Bereiche in der Herausforderung ähneln denen anderer Kollegen. Wir sind im Bereich Digitalisierung ziemlich aktiv unterwegs. Hinsichtlich der E-Akte und auch was New Work angeht, sind wir aktiv unterwegs. Wir haben im Bereich New Work eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die ein Jahr lang einen sehr breit partizipativ ausgelegten Prozess angegangen ist, und auch die Beschäftigtenvertretungen haben in diesem Prozess mitgewirkt. Wir haben über 200 Maßnahmen zusammengeschrieben, und 18 konkrete Maßnahmen sind daraus gefolgt. Wir haben das im Bezirksamt behandelt. Es gibt einen Bezirksamtsbeschluss, dass wir uns hinsichtlich New Work auf den Weg machen wollen. Wir unterteilen dieses New-Work-Konzept in finanzarm, finanzfrei und doch finanziell sehr starke Positionen und gehen natürlich als Allererstes die finanzfreien Bereiche an. Da sind wir ziemlich gut unterwegs.

HxE wurde auch sehr oft angesprochen. Auch hier muss ich sagen, dass der große Teil von SenFin basiskorrigiert worden ist, aber trotzdem bleiben wir mit 4 Millionen Euro Defizit erst einmal zurück.

Jetzt gehe ich ganz schnell einmal die Fragen durch, die alle Bezirke bekommen haben, damit Sie die Möglichkeit haben, uns mit neuen Fragen zu konfrontieren. Ich fange mit dem Schüler*innenHaushalt an, danach haben Sie gefragt, Frau Brychcy: Das Projekt haben wir aufgestockt. Im Haushalt ist es mit 6 000 Euro etatisiert gewesen, und wir haben es auf 15 000 Euro aufgestockt.

ALLRIS ist bei uns auch im Haushalt abgebildet, dafür haben wir 70 000 Euro eingestellt.

Die Grundsteuersteigerung beziffert sich bei uns im Bezirk auf eine Kostensteigerung von 200 Prozent. Das bedeutet für uns eine Steigerung von 71 000 Euro auf 213 000 Euro, also die Differenz sind 142 000 Euro; die haben wir auch eingestellt.

Bei der Musikschule wird es ab Januar 2026 eine Kostensteigerung von 5 Prozent geben. Bis jetzt konnten wir alle Angebote aufrechterhalten und auch alle Honorarkräfte; die Steigerung greift erst ab 2026.

Zu dem Thema Mietwucher: Wir haben bei uns im Fachbereich Wohnen sechs Mitarbeitende bei der Zweckentfremdung, die auch den Bereich Mietwucher bearbeiten. Ich möchte hier anmerken, dass wir in diesem Jahr 20 Fälle von Mietwucher hatten, von denen sehr viele eingestellt wurden, weil die Anzeigenden ihre Zeugenaussage später nicht machen oder bei den Antworten nicht von der Ausnutzung einer Notlage ausgegangen werden konnte. Insofern hält sich das alles noch ein bisschen in Grenzen.

Hinsichtlich Schulstationen, Schwimmbus und Schulreinigung: Zu allen drei Bereichen würde ich sagen, dass wir sie halten.

Bei der Behindertenbeauftragtenstelle haben wir einen Sachmittelanteil von 11 200 Euro, die Stelle ist mit 1,2 VZÄs besetzt. Ich möchte hier aber auch anmerken: Wie bei den anderen Kollegen auch ist es bei mir im Kopfkapitel mit abgebildet, und es kommt von Zeit zu Zeit auch vor, dass Mitarbeitende gemeinsame Aktionen vornehmen, sodass sich diese Summe dann bei einer Kooperation und Koexistenz erhöhen kann.

Hinsichtlich der Schulbeförderung haben wir im Jahr 2024 den Ist-Zustand genommen und eine leichte Erhöhung sowohl für 2026 als auch 2027 anmelden können. – Ich glaube, dass ich damit alle Fragen, die Sie bisher hatten, beantwortet habe, und bin offen für neue Fragen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön, Frau Bezirksbürgermeisterin! – Es gibt drei Wortmeldungen. – Kollege Ziller beginnt, bitte schön!

Stefan Ziller (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich wollte Sie noch etwas zu den Sturmschäden und den Learnings fragen: Sie sagen jetzt, das wird dann erst in der Zukunft beseitigt. Aber was würden Sie denn von den Verfahren und der Zusammenarbeit der Berliner Bezirke her sagen, was wir lernen können oder besser machen können? Ein Sturm ist ja manchmal regional, in dem Fall hat es Reinickendorf und sozusagen den Nordwesten getroffen. Gab es in den Tagen danach Unterstützung aus anderen Straßengrünflächenämtern, dass die Bezirke, die durch den Sturm höher belastet waren, Unterstützung an Personal bekommen haben, um die Schäden zu beseitigen?

Denn das wäre ja die Chance im Land Berlin, dass man Kräfte bündelt, so wie wir das bei den Bürgerämtern mit dem Springerpool machen oder in anderen Ämtern unterstützt wird, damit ein Bezirk eine lange Warteliste abarbeiten kann. Funktioniert das im grünen Bereich schon, oder glauben Sie, dass man nach dem Sturm dann noch für die Zukunft lernen sollte? Denn das ist ja auch die These, dass solche Stürme eben immer wiederkommen werden, und es wäre schön, wenn die Sperrung der Parks, Grünanlagen und Wälder dann nicht ganz so lange dauert.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Herr Kollege Wiedenhaupt, bitte!

Rolf Wiedenhaupt (AfD): Danke! – Danke, Frau Bürgermeisterin! Eine Frage aus den ständigen Fragen hätte ich noch beim Thema Bibliotheken: Wenn ich das richtig gesehen habe, gab es da in Reinickendorf auch noch Probleme.

Zum Thema Sturmschäden: Sie haben angesprochen, dass der Bezirk diese Schäden sicherlich nicht allein wiedergutmachen kann und dass das auch eine Landesaufgabe ist, aber es war ja auffällig, dass in einer Straße – die Schulzendorfer war es, glaube ich – praktisch keine Schäden aufgetreten sind, weil kurz vorher Baumpflegemaßnahmen vorgenommen worden sind. Das hat gezeigt, dass das offensichtlich auch Wirkung hat. Deshalb die Frage: Inwieweit sind die baumpflegerischen Maßnahmen im Hinblick auf die Zukunft im Haushalt abgebildet, dass man dort mehr machen kann, um zu verhindern, dass beim nächsten Sturm wieder dieses schlimme Ergebnis kommt?

Nächste Frage: Ich glaube, vorbildlich bei der Frage, wie wir in Bürgerämtern schneller und servicefreundlicher agieren können, hat ja der Bezirk Reinickendorf diese automatische Dokumentenausgabebox installieren lassen – aber wenn ich das richtig sehe seit einem Jahr, ohne dass sie benutzt werden darf. Meine Frage: An welcher Bürokratieangel hängt das Ganze denn? Wann können wir damit rechnen, dass die Bürger endlich darauf zurückgreifen können und dadurch wesentlich flexibler an die Dokumente kommen?

Eine letzte Frage: Sie haben, glaube ich, auch als einziges Rathaus, in Reinickendorf dieses everguide-System aufgestellt, wonach Sehbehinderte sehr viel besser durch das Rathaus geleitet werden können. Gibt es dazu schon Evaluationen? Gibt es Erkenntnisse? Wird das angenommen? Denn es ist ja nicht ganz günstig im Preis, sage ich mal.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Frau Kollegin Brychcy, bitte!

Franziska Brychcy (LINKE): Vielen Dank! – Sie haben schon fast alle Fragen angesprochen, vielen Dank dafür! Ich möchte zur Tagesreinigung noch einmal explizit fragen, ob diese Mittel erhalten bleiben können. – Zur Frage der Jugendangebote: Sie haben ja an der Stelle eine PMA angesetzt. Können die Jugendangebote gesichert werden?

Dann möchte ich noch einmal nachfragen, denn ich glaube, das ist vorhin in unserer politischen Debatte über Anmietungen ein bisschen untergegangen: Was ist mit der investiven PMA? Welche Auswirkungen hat das auf Verschiebungen beim Schulbau? Was genau hat sich geändert? Vom Bezirk Treptow-Köpenick hat der Bezirksbürgermeister ja berichtet, dass dort enorme Verschiebungen stattfinden mussten. – Danke schön!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön, Frau Kollegin! – Frau Bezirksbürgermeisterin, Sie haben das Wort, bitte!

Bezirksbürgermeisterin Emine Demirbükten-Wegner (BA Reinickendorf): Ich fange mit dem einfachsten Teil an und komme dann zu den Sturmschäden, dem allerschwierigsten Teil.

Zu dem Thema Bibliotheken: Das kann ich so nicht stehen lassen, Herr Wiedenhaupt, wir sind eigentlich ziemlich gut unterwegs. Acht Stellen sind uns zugewiesen worden, 6,5 Stellen haben wir besetzt, und wir sind guter Dinge, dass wir auch diese Stellen besetzt bekommen. Ich bin auch sehr stolz darauf, dass diese Stellen sehr gefragt sind durch unsere Auszubildenden, die ihre Ausbildung beenden und auf diese Stellen zugreifen möchten. Das ist schon eine ganz tolle Entwicklung, finde ich.

Zu den Sturmschäden: Auch wenn ich gesagt habe, zukünftig behoben, möchte ich nicht missverstanden werden: Wir stecken jetzt schon in den finanziellen Nöten, deshalb haben wir auch in Richtung der Senatsverwaltung für Finanzen und der zuständigen Fachsenatsverwaltungen Schreiben mit der Auflistung aufgestellt, was wir aktueller Natur hinsichtlich der Sturmschädenbewältigung brauchen. Das ist eine Ziffer von circa 4 Millionen Euro, die im Haushalt nicht abgebildet werden kann. Kann es auch nicht. Ich glaube, hier brauchen wir, auch in diesem Haus, die Debatte darüber: Was bedeuten Naturkatastrophen, die nicht im Haushalt abgebildet werden können? Brauchen wir dafür Sonderposten? Das ist eine politische Debatte, die geführt werden müsste, und eine politische Entscheidung, die getroffen werden müsste.

Letztendlich sind es Schäden in einem Ausmaß, das uns finanzieller Natur im Bereich Grünpflege, Baumpflege die Beine weghaut. Das hat es in Reinickendorf getan. Wir sind seit dem 26./27. Juni nicht in der Lage, Baumpflege und Grünpflege zu betreiben, das muss ich ganz offen sagen. Denn wenn ich Ihnen die Zahlen nenne, dass wir aktuell einen Schadensfall in den Ortsteilen von 7 763 und bei den Objekten von 7 955 haben, dann ist das eine enorme Zahl. Wir bekommen noch immer tagtäglich 80 Mitteilungen in den SGA, wo es überall Schäden gibt. Wir nehmen aber nur die Schäden auf, die Sturmschäden sind. Da ist nicht die Baumpflege und Grünpflege inkludiert. Deshalb sage ich auch immer, dass im GRIS-System die Zahlen stehen, die ich hier genannt habe. Wir brauchen dringend diese 4 Millionen Euro, und wenn wir hier keine Basiskorrektur hinbekommen, dann weiß ich einfach keine Antworten hinsichtlich unserer SGA in der Haushaltsaufstellung und -planung.

Ich wünsche mir sehr – das habe ich auch diversen Senatsverwaltungen mitgeteilt –, dass wir im Katastrophenschutzgesetz Großschadenslagen verankern, wie wir sie in Reinickendorf erfahren haben, nämlich eine Sturmböe von 108 km/h; vor ein paar Jahren waren das vielleicht 60, 80 km/h, heute haben wir es mit 108 km/h zu tun, das ist eine enorme Geschwindigkeit, die Reinickendorf getroffen hat. Mit dieser Geschwindigkeit allein klarzukommen, ist nicht möglich, deshalb sind wir auch gesetzlich nicht in der Lage, einen Schadensfall ausrufen zu können, bei dem die Hilfsketten automatisch greifen. Was sind die Hilfsketten? – Das sind alle Blaulichter, die eigentlich in dieser Situation greifen sollten, aber nicht greifen können, weil keine gesetzliche Vorgabe existiert. Nun könnten Sie auf die Idee kommen und sagen: Frau Bezirksbürgermeisterin, Sie können ja mit dem Technischen Hilfswerk, mit der Polizei und mit der Feuerwehr eine Vereinbarung treffen. – Mag sein, ich teile aber diese Auffassung nicht – auch wenn die Frage noch nicht gestellt worden ist, vielleicht könnte sie kommen –, weil ich meine, dass Naturkatastrophen dieses Ausmaßes in das Katastrophenschutzgesetz hineingehören. Das ist eine Debatte, die wir führen sollten, die ich eigentlich vom Land einfordere und die ich gern mit Ihnen führen möchte. – Das ist die eine Geschichte.

Die andere Geschichte ist: Heute trifft es Reinickendorf, morgen kann es einen anderen Bezirk treffen. Insofern brauchen wir parallel zu der Ressourcenfrage eine Rechtssicherheit hin-

sichtlich des Auslösens dieser Hilfsketten. Darüber hinaus muss auch einem Bezirksamt ermöglicht werden – auch eine gesetzliche Vorgabe, die nicht im Katastrophenschutzgesetz steht –, in solchen Schadenslagen allein die Katastrophe für seinen eigenen Bezirk ausrufen zu dürfen, sodass die Hilfsketten auch rechtssicher greifen.

Das sind alles Debatten, die meines Erachtens in Verbindung mit diesen Sturmschäden geführt werden müssen. Ich hoffe, dass wir diesbezüglich in die gemeinsame Debatte einsteigen, denn die Senatorin für Inneres hat sich diesbezüglich sehr offen gezeigt, auch der Regierende Bürgermeister, und mit SenFin sind wir sowieso sehr interaktiv im Austausch, was die Fachebene angeht; und die Fachebene sind Herr Heinrich zu meiner rechten Seite, der Leiter des Steuerungsdienstes, und für Personal Frau Dammenhayn zu meiner linken Seite. Diese Gespräche werden geführt, aber nichtsdestotrotz stehen wir aktuell mit den 4 Millionen Euro erst einmal da.

Zur Dokumentenausgabebox: Sie haben vollkommen recht, am 7. November werden wir genau ein Jahr alt sein. Ich habe die große Erwartung, dass wir unsere Dokumentenausgabebox noch in diesem Jahr in den Echtbetrieb überführen, und daran halte ich fest.

Für eine Evaluation des everguide-Systems ist es noch ein wenig zu früh. Wir nehmen aktuell sehr stark in Angriff, dass wir Gruppen durch unser Haus führen. Das macht unsere Beauftragte für Menschen mit Behinderung, die selbst blind ist, wirklich mit Herzblut und auch sehr erfolgreich. Egal, welche Veranstaltung wir haben, ob Tag des offenen Rathauses, Inklusionsfest, Familienfest, Kinderfest oder was auch immer, wir versuchen im Rahmen dieser Veranstaltungen immer, Gruppen durch das Haus zu führen und ihnen unser everguide-System vorzustellen. Es ist in der Tat wirklich etwas Einmaliges. Wenn Kinder sehen, dass Blinde mit einem Handy umgehen und telefonieren können, können sie gar nicht die Welt verstehen, dass ein Blinder ein ganz normales Smartphone bedienen kann. Das muss ihnen auch erklärt werden, das sind neue Welten, die sich ihnen dann öffnen.

Hinsichtlich der Themen Tagesreinigung und Jugendangebote kann ich einfach sagen, dass wir hier nichts zurückgefahren haben. Das werden Sie auch aus unserem Haushaltsaufstellungsplan sehen. – Eine große Verschiebung hinsichtlich Anmietung investiver Maßnahmen musste in Reinickendorf nicht erfolgen.

Vorsitzender Stephan Schmidt: Danke schön, Frau Bezirksbürgermeisterin! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Frau Staatssekretärin Mildenberger!

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin): Ich würde gern auf die Frage der Abgeordneten Brychcy zum investiven Schulbau antworten, die vorhin aus bestimmten Gründen offengeblieben ist. Man muss zwei Dinge unterscheiden: Es gibt die pauschale Investitionszuweisung und die gezielten Zuweisungen an die Bezirke. Es ist kein neues Verfahren, dass ein Bezirk, wenn er innerhalb dieser pauschalen Zuweisung mehr Maßnahmen hineinpackt, als die Summe der pauschalen Zuweisung ist, beides erst einmal mathematisch auf null bringen und dann schauen muss, welche Investitionsmaßnahmen er dann tatsächlich ausführt. Aber ich glaube, das ist auch ein Punkt, den wir im Rahmen der Nachschau der Bezirkspläne, auf dem Weg dahin – Bezirksbürgermeister Igel hat ja auch angedeutet, dass sich das eine oder andere noch ein bisschen auspendeln muss – dann auch diskutieren werden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Stephan Schmidt: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin! – Wortmeldungen gibt es keine mehr. Dann wird der Bericht zur Kenntnis genommen. – Ich wünsche einen angenehmen Feierabend, Frau Bezirksbürgermeisterin, und Ihren Mitarbeitenden natürlich auch!

Damit ist die Anhörung der Bezirke beendet. Die mitberatenden Berichte werden allesamt zur Kenntnis genommen. Die heute angeforderten Berichte werden, soweit sie die Bezirke betreffen, rechtzeitig zur Nachschau und Beratung der Bezirkshaushaltspläne im Unterausschuss Bezirke, Personal und Verwaltung sowie Produkthaushalt und Personalwirtschaft am 24. November 2025 bis zum 17. November 2025 möglichst als Sammelvorlage an den Hauptausschuss erbeten.